

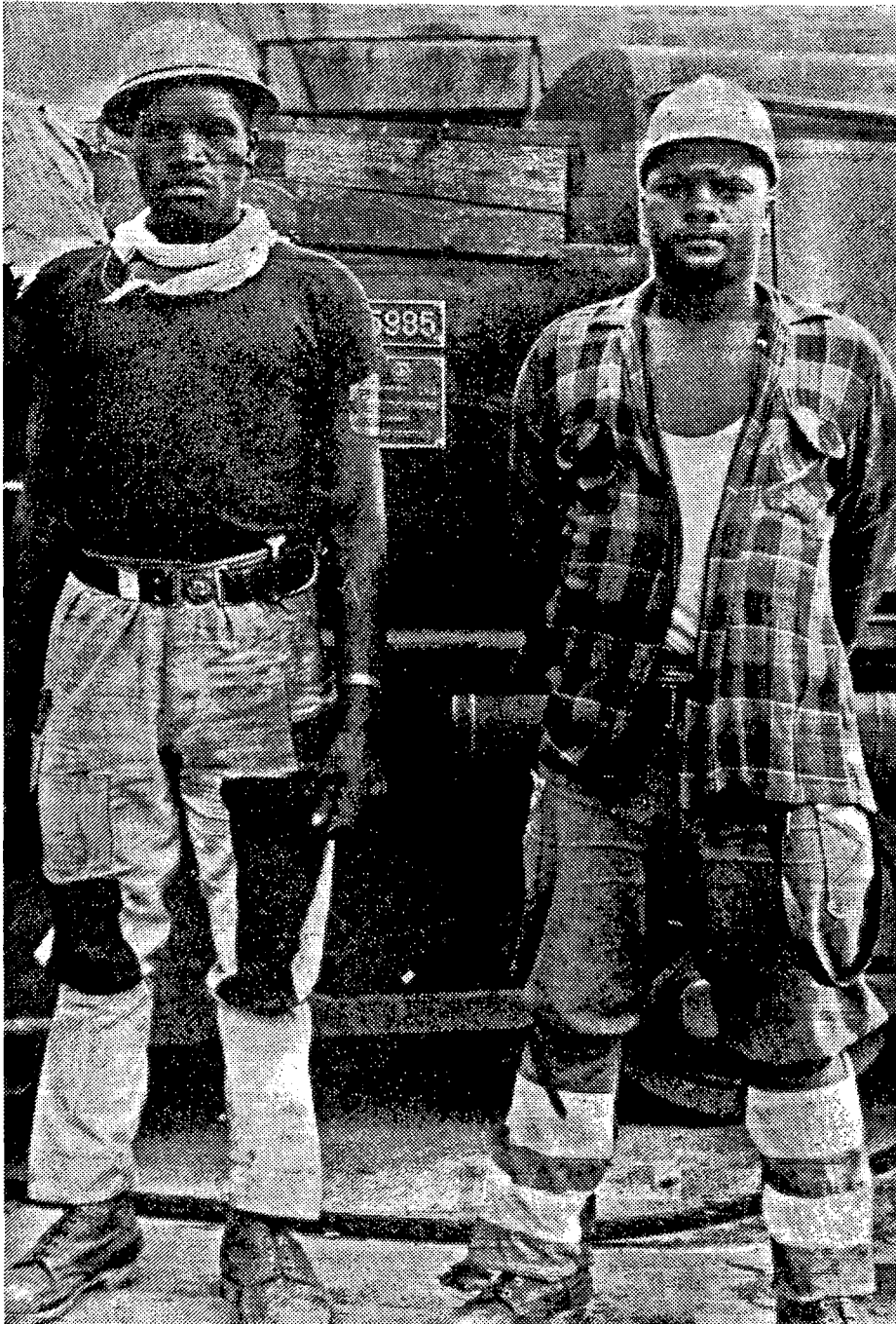
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



5. Mai 1984
Jg. 5 Nr. 9

G 7756 D Preis:
2,50



Ausländerpolitik: Ein Gesetzentwurf der GRÜNEN gegen die Ausländerpolitik der Reaktion Seite 10



Frauenarbeit in Niedriglohngruppen: Anhebung der unteren Lohngruppen und tarifliche Schutzbestimmungen nötig Seite 22



Großbritannien: Spaltung der Bergarbeiter nicht überwunden Seite 29

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

AKTUELLES AUS POLITIK
UND WIRTSCHAFT

Tarifbewegung: Das "Flexi-Konzept" endlich im Schußfeld der IG Metall	4
Urabstimmungsergebnisse in der Druckindustrie	5
Mehr Schinderei für weniger Geld	6
"Aktion Muttertag": SPD auf der Suche nach Einfluß auf die Frauenbewegung	7
VDS-MV: Staatstragende Kräfte gestärkt	7
Ostermärsche '84: Schwache Angriffe auf die Bundesregierung — CDU reagiert gereizt	8
Polizeischießerei: Ausländerfeindlichkeit in Aktion	9
Ausländerpolitik: Ein Gesetzentwurf der GRÜNEN gegen die Ausländerpolitik der Reaktion	10
Fachgruppe ÖTV fordert Einschränkung der Auslieferungsmöglichkeiten ..	11
"Auschwitzlüge": Gesetzesvorlage: ein Lehrstück über die Reaktion	11
SS/HIAG — "der fdGo eng verbunden".	12
SPEZIALBERICHTE	
Südliches Afrika: Die Aggressionspolitik Südafrikas zeigt Ergebnisse — aber das Regime gibt sich stärker, als es ist	13
Der Kampf der SWAPO verwandelt Namibia in "einen Mühlstein am Halse Südafrikas"	14
Cahora-Bassa-Damm: Ein imperialistisches Projekt gegen die Unabhängigkeit Mosambiks	16
Imperialistische Kredithilfen für Südafrikas Kolonialwirtschaft und Kolonialkriege	17
REPORTAGEN UND BERICHTE REGIONAL	
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	18
Universität Bielefeld: Landesregierung wünscht Lohn- und Gehaltsenkung durch Abgruppierung	19
BMW München: Ergebnisse der Betriebsratswahl	19
Tarifabschluß Banken: HBV fordert Wiederaufnahme der Verhandlungen	20
Arbeitsbedingungen: DGB sucht Unterstützung durch Universitäten ...	21
Darmstadt: Vertreibung von Roma-Familien	21
Niedriglohngruppen: Anhebung der unteren Lohngruppen und tarifliche Schutzbestimmungen nötig	22

Bundesarbeitsgericht erleichtert Sanierung ohne Abfindung**SOZIALPLAN NACHRANGIG**

Am 30. April hat das Bundesarbeitsgericht in zwei Modellprozessen über die Erfüllung von Sozialplänen bei Konkursen so entschieden: Künftig muß das in Pleite gegangenen Unternehmen Forderungen der Arbeiter auf Abfindungen nicht mehr wie bisher vorrangig erfüllen. Vielmehr sollen Ansprüche aus Sozialplänen wie die Forderungen sonstiger Gläubiger, d.h. erst nach Abgeltung erstens eventuell noch offener Lohn-, zweitens Sozialversicherungs- und drittens Steuerzahlungen, aus der Konkursmasse abgegolten werden. Damit wird, wie der Präsident des Gerichts, Kissel, feststellte, der Sozialplan "in vielen Fällen praktisch wertlos".

Der Fall, den das Bundesarbeitsgericht nach einer erfolgreichen Verfassungsbeschwerde eines Konkursverwalters neu zu entscheiden hatte, macht deutlich, welche Praktiken künftig den Kapitalisten erlaubt wären (wir stützen uns dabei auf die Darstellung in den "Themen" der ARD): Die Firma FEKA, Umbau von LKWs, hatte Konkurs angemeldet. Ein anderer Kapitalist fand sich, der das Unternehmen unter demselben Namen, aber mit einer auf 30% reduzierten Belegschaft fortführt. Nach dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts braucht der neue Ausbeuter nun keine Abfindungen für die entlasse-

nen 70% der Arbeiter zu zahlen, obwohl der Betriebsrat mit dem alten Kapitalisten einen Sozialplan abgeschlossen hatte. Man kann sich leicht weitere Fälle nun erlaubter "Sanierungspraktiken" von Banken und Kapitalisten denken, mit denen Entlassungen künftig ohne einen Pfennig Abfindung möglich sind.

Der BDI hatte noch unmittelbar vor der Urteilsverkündung in einer Eingabe an den Bundesrat einen Gesetzentwurf der SPD abgelehnt, mit dem der Vorrang des Sozialplans ins Konkursrecht aufgenommen werden soll. Vielmehr, so der BDI, müsse der Gesetzgeber die Unternehmen von schweren Belastungen wie Abfindungsregelungen befreien. — (alk)



Protestaktion der IG Metall bei Haas & Sohn

Afghanistan: Allparteien-Beschluß im Bundestag

"Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß die fortdauernde Besetzung Afghanistans neben anderen Ursachen auch ein wichtiger Grund für die anhaltenden Spannungen im Ost-West-Verhältnis ist." Und: "Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ... die afghanischen Widerstandskämpfer durch die Gewährung humanitärer Hilfe ... zu unterstützen." Auszüge aus einem Entschließungsantrag "Lage in Afghanistan", der seit dem 11.4. dem Bundestag als gemeinsamer Antrag aller Parteien vorliegt. Die Zustimmung der GRÜNEN zu einer solchen Entschließung ist, nachdem sie an dem Antrag mitgewirkt haben, zu befürchten. Der Bundesregierung würde eine solche Allparteien-Beschlußfassung Rückendeckung für weitere imperialistische Einmischung in Afghanistan verschaffen. Bekanntlich sind die BRD-Imperialisten für solche "humanitäre Hilfe" stets zu haben — am besten mittels Bundeswehrmaschinen, Marke "Transall" u.ä., die die "Hilfsgüter" an die jeweilige

Grenze schaffen. In diesem Fall also wohl nach Pakistan. Womit der Antrag, sollte er gebilligt werden, nicht nur die westdeutsche imperialistische Wühlätigkeit in Afghanistan billigt, sondern auch noch die pakistanische Regierung dreist auffordert, sich solchen Absichten von ihrem Territorium aus gefälligst nicht in den Weg zu stellen. — (rül)

Krefeld: Geldstrafe gegen Polizeiprovokateur

Ein Krefelder Schöffengericht hat am 27.4. den Polizeispitzel Tröber wegen Landfriedensbruch und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen zu 10 DM verurteilt. In dem Prozeß bemühten sich Verteidigung, Staatsanwaltschaft und Gericht, möglichst viele Tatsachen über den Einsatz des Verfassungsschutzmannes bei den Auseinandersetzungen um den Besuch des US-Außenministers Bush in Krefeld am 25.6.83 im Dunkeln zu belassen. Tröber befand sich im Auftrag des Westberliner Innensenators Lummer in Krefeld. Aufgrund eines Mißgeschicks wurde er als "besonders gewalttätiger Steinwerfer" auf die Fahndungslis-

ste gesetzt, so daß der Einsatz von V-Leuten bei dieser Demonstration an die Öffentlichkeit gelangte. Der Verteidiger erklärte, die Prozeßteiligten hätten "kein Interesse, den Hintergrund auszuleuchten". Lediglich ein Polizist sagte aus, Tröber habe ihn aus der "gewalttätigen Menge heraus mit der bloßen Faust angegriffen". Der Prozeß wurde überhaupt nur geführt, weil der V-Mann gegen einen Strafbefehl Widerspruch eingelegt hatte. Bei der noch gültigen Rechtslage konnte das Gericht den Provokateur nicht gänzlich straffrei lassen. Bei der geplanten Verschärfung des Demonstrationsrechtes sollen Spitzel und Provokateure künftig von der Strafandrohung ausgenommen werden. — (clm)

Bücherverbot für politische Gefangene

Seit November 1983 haben die Gefängnisleitungen in Bruchsal und Straubing den Gefangenen aus der RAF, Günter Sonnenberg, Roland Mayer und Bernd Rösner, den Bezug politischer Bücher und Broschüren verboten. Dagegen haben bisher 30

Buchhandlungen und Verlage mit Protestschreiben an das Justizministerium Baden-Württemberg und an die Gefängnisleitung protestiert. Das haben die Buchhandlungen jetzt in einer Presserklärung bekanntgegeben und enthüllt, daß die Gefängnisleitungen auf die Protestschreiben mit Drohungen reagiert haben: "Die Gefangenen erhielten daraufhin ein Schreiben der Knastleitung, in dem es unter anderem heißt: '... Diese Buchhandlungen sind offensichtlich bereit, die beiden Gefangenen in ihrem Widerstand mit den Mitteln des Buchhandels zu unterstützen.' Diese Drohung gegen die Buchläden ist ein Teil der Kriminalisierung all derer, die die Gefangenen in ihrem Kampf gegen die Isolation und für ihre Zusammenlegung unterstützen." Die 30 Buchläden und Verlage haben sich dadurch nicht einschüchtern lassen. In ihrer Presserklärung halten sie fest: "Für Kollektivität und Selbstbestimmung kämpfen die Gefangenen um ihre Zusammenlegung. Wir, die Unterzeichnenden, fordern nach wie vor die sofortige Rücknahme des Bücherverbotes." — (clm)

Hans Sautmann zum 1. Juni 1984 begnadigt!

VORZEITIGE ENTLASSUNG

Seit Anfang September 1983 sitzen Hans Sautmann und Cornelia Koepsell in bayerischen Gefängnissen. Sie wurden wegen ihrer Tätigkeit als Fachschaftsvertreter an der Universität Heidelberg zu 19 bzw. 20 Monaten Gefängnis verurteilt. Anfang des Jahres hatten beide Gnadengesuche auf vorzeitige Entlassung gestellt, die wenig später von der Staatsanwaltschaft Heidelberg abgelehnt wurden. Hans Sautmann hatte am 25. März 1984 gegen diese Ablehnung Beschwerde eingelegt. Als Antwort auf diese Beschwerde teilte ihm das Justizministerium mit Datum vom 13.4.84 am 27.4.84 mit, daß "durch Gnaden-

entscheidung vom heutigen Tag der noch nicht verbüßte Teil ihrer Gesamtfreiheitsstrafe mit Wirkung vom 1. Juni 1984 zur Bewährung ausgesetzt wurde". Hans Sautmann wäre bei (der üblichen) Gewährung einer 2/3-Bewährung und unter Anrechnung bereits verbüßter U-Haft am 7.7.84 freigelassen worden. Die "Gnade" besteht also in 5 Wochen Haftersatz nach 9 Monaten Strafhafte. Möglicherweise könnte mit dem Gnadenbescheid auch eine sehr lange Bewährungsfrist auf die Reststrafe verbunden sein (der Wortlaut liegt noch nicht vor). Bei Silvia Schmitt, die insgesamt begnadigt worden war, wurde die Bewährungszeit auf 4 Jahre festgesetzt (üblich sind 2 Jahre). Damit wäre dann die Auswirkung der "Gnädigkeit" eine vierjährige Drohung mit der Vollstreckung der Reststrafe. Auch Cornelia Koepsell hat gegen die Ablehnung ihres Gnadengesuches Beschwerde eingelegt. Hierzu hat sich das Justizministerium noch nicht geäußert, wie überhaupt die bewußt unterschiedliche Behandlung aller drei in einem Verfahren Verurteilten Kennzeichen der Behördenaktivitäten war und ist. Ohne die fortgesetzten Proteste wäre aber gar nichts passiert. Es muß jetzt darum gehen, auch für Cornelia Koepsell die sofortige Freilassung durchzusetzen, die sonst mindestens noch bis November eingesperrt bleibt. — (tob)



Demonstration in Heidelberg, 1976

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit 23

Startbahn West: Eröffnung gefeiert 23

Kraftwerk Buschhaus: Keine Inbetriebnahme ohne Entschwefelung 23

NRW: DUV-Veranstaltungen teilweise verhindert 24

Elbgrenze: Albrecht für völkerrechtswidrige Regelung 24

Atenheime: Pflegeheime in Neumünster und im Kreis Segeberg ... nur noch Essen, Waschen, Abführen! 25

Machenschaften der CDU — Forderungen der "Grauen Panther" 26

Stichwort: Altenheime 27

AUSLANDSBERICHTERSTATTUNG

Internationale Nachrichten 28

Belgien: Die Kapitalisten wünschen Lohnkosten "mit Westdeutschland abgestimmt" 29

Großbritannien: Spaltung der Bergarbeiter nicht überwunden 29

Frankreich: Reaktionäre Schulkampagne nicht geschlagen 30

Großbritannien: Provokation gegen die libysche Regierung 30

China — Vietnam: "Zweite Lektion" für Vietnam in Vorbereitung? 31

Türkei: Immer mehr Todesurteile verhängt 31

Jugoslawien: Gewerkschaften vor schwierigen Aufgaben 32

Westliche Imperialisten verlangen Senkung und Spaltung der jugoslawischen Löhne 32

KULTUR UND WISSENSCHAFT — DISKUSSIONSBEITRÄGE

Die unendliche Geschichte: Ein Produkt der deutschen Filmindustrie .. 34

Juwelenräuber aus Langeweile? 34

DDR-Darstellung, die der CSU gefällt 34

Lassalle: Besitz statt Enteignung 35

Arbeitsbedingungen: "Medizinische Argumente" gegen die 35-Stunden-Woche 35

RAF-Prozeß: Entwicklung des Haftrechts für politische Gefangene (II) ... 36

Arbeitsstudie 37

SOZIALSTATISTIK

Betriebsratswahlen Hoesch: Verluste der Rechten — Gewinne der IG Metall 38

Dokumentiert: Betriebsratswahlen bei den Hoesch-Werken Dortmund 38

Eine Perle unter den Stahlkonzernen . 39

Titelbild: Transportarbeiter in Südafrika/ Azania.

Das „Flexi-Konzept“ endlich im Schußfeld der IG Metall!

Dem Leser werden die Metall-Urabstimmungsergebnisse aus Hessen und aus Nord-Württemberg/Nordbaden vorliegen, die zur Schlußredaktion dieses Heftes noch nicht bekannt sind. Ohne Zweifel wird die große Mehrheit der Metallarbeiter in diesen beiden Tarifbezirken für Streik stimmen und wahrscheinlich wird auch die Zustimmung bei den Angestellten ausreichend sein. Die bürgerliche Presse beginnt bereits vorzubauen und dämpft die bei ihrem Publikum verbreitete Hoffnung auf Scheitern der IG Metall bei der Ur-

abstimmung. Gleichzeitig halten praktisch alle Zeitungen die Behauptung aufrecht, daß der Rückhalt der Forderung nach 35-Stunden-Woche in den Belegschaften schwach sei. Werden sie durch ein gutes Urabstimmungsergebnis Lügen gestraft, wie z.B. H. Mayr vom IGM-Vorstand meint?

Aus den bisherigen Ereignissen läßt sich das leider nicht ablesen, sondern viel eher folgendes: Die Kapitalisten erkannten früh, daß die IG Metall mit der 35-Stunden-Woche Mobilisierungsschwierigkeiten hat. Sie ergriffen

die Gelegenheit, mit dem Flexibilisierungsangebot einen Vorstoß auf die Nacht- und Wochenendruhe, die für viele Metallarbeiter ja noch besteht, zu unternehmen. Diesen Vorstoß unternahmen sie nicht nur in Verhandlungen, sondern sie faßten auch mit betrieblichen Abschlüssen dieser Art nach.

Die IG Metall war auf den Flexibilisierungsdreh sträflich unvorbereitet. Ja, es bestehen sogar Äußerungen von Abschlußbereitschaft in dieser Richtung. In vielen Tarifbezirken, so muß man feststellen, wissen die Beschäftigten immer noch nicht, daß der freie Samstag in Gefahr ist und letztlich sogar vollkontinuierliche, kapazitätsorientierte Schichtsysteme zur Einführung anstehen. Auf diese Tatsachen macht die IGM erst in der allerletzten Zeit und durchaus nicht in allen Tarifgebieten aufmerksam.

Dem Vorhaben, die 35-Stunden-Woche durch Einschwenken auf die Flexibilisierung zu erkaufen, (Steinkühler: „Mir ist es lieber, der Papi gehört Samstag der Firma als von Montag bis Freitag dem Herrn Stingl“) erteilt nun der Urabstimmungsauftrag aus Nordwürttemberg/Nordbaden (siehe nebenstehendes Dokument) eine unmißverständliche Absage.

Darin liegt ein großer Fortschritt.

Aber nach wie vor bleibt, daß die IGM die besondere Rücksicht nicht genommen hat, die Nachtarbeit, Schichtarbeit, Akkordarbeit, kurz alle Arten überdurchschnittlich intensiver Belastung verdient hätten. Die IGM nahm eine solche Rücksicht nicht auf der Lohnseite – etwa durch einen ausreichend hohen Mindestbetrag – und sie nahm eine solche Rücksicht nicht im Manteltarifvertrag – etwa durch einschränkende Bestimmungen gegen Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit.

Darin liegt eine große Schwierigkeit.

Der Angriff der Kapitalisten auf Nacht- und Wochenendruhe hat eine starke Abwehrfront ausgelöst, nicht zu sehen ist allerdings, daß dieselbe Kraft im Kampf um die 35-Stunden-Woche wirksam wird, so wie dieser nun einmal bestimmt worden ist. Erfolgversprechende Möglichkeiten wie etwa Verbindung des Kampfes für die 35-Stunden-Woche mit Forderungen nach direkten Widerstandsrechten gegen extreme Arbeitszerteilung und Arbeitsintensivierung sind ja durch den Hauptvorstand abgelehnt worden, die nicht unerheblichen Kräfte, die in Baden-Württemberg diese Verbindung woll-

Aufruf der IG Metall Bezirksleitung zur Urabstimmung Anfang Mai

Ja zum Streik

Über 70 Tarifverhandlungen für die Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden in der Metallindustrie waren bisher ergebnislos. Die Metallunternehmen bleiben bei ihrem Tabu. Sie wollen die 40-Stunden-Woche für weitere fünf Jahre festschreiben. Die beiden Spitzengespräche mit dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall erbrachten den letzten Beweis.

Die Unternehmer wollen die Massenarbeitslosigkeit als Machtmittel beibehalten. Sie wollen die Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt, um Arbeiter und Angestellte täglich von neuem disziplinieren zu können. Statt über die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich zu verhandeln, machte die Gegenseite nur Scheinangebote. Sie heuchelte so der Öffentlichkeit Verhandlungsbereitschaft vor.

Doch die vorgeschlagenen „Alternativangebote“ entlarven sich nicht nur als Etikettenschwindel, sondern beinhalten einen direkten Angriff auf Errungenschaften, die Arbeiter und Angestellte in den letzten Jahrzehnten durchgesetzt haben.

Feierabend in Gefahr

So will uns Gesamtmetall den Normalarbeitsstag wegnehmen, um so die Menschen noch mehr den Bedürfnissen der Produktion unterzuordnen. Im Wechselbad des jeweiligen Produktionsanfalls sollen wir bei neun oder zehn Stunden täglicher Arbeitszeit unseren Feierabend opfern.

Samstagsarbeit

Unter dem Stichwort „Flexibilisierung der Arbeit“ gehen die Bosse sogar soweit, von der IG Metall die Zustimmung zu Samstags- und Sonntagsarbeit zu fordern. Damit würde das Direktionsrecht der Unternehmer weit in unsere Freizeit hinein ausgedehnt. Die bundesdeutschen Metallindu-

striellen wollen also Zustände durchsetzen, wie sie zu Beginn der Industrialisierung im 19. Jahrhundert geherrscht hatten.

Mit 58 zum Sozialamt

Auch die angebotene Vorruhestandsregelung ist keine Alternative zur 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Sie könnte die Massenarbeitslosigkeit bestenfalls unwesentlich mindern. Tatsächlich wollen die Unternehmer uns mit 58 Jahren zum Sozialamt entlassen. Die Vorruhestandsrenten würden nämlich

in den meisten Fällen den staatlich festgesetzten Sozialhilfssatz unterschreiten. Die Scheinangebote der Unternehmer schaffen also in Wirklichkeit keinen Arbeitsplatz. Die Unternehmer versuchen mit Arbeitslosigkeit auch, Ausländer – die sie einst geholt haben – und Deutsche gegeneinander auszuspielen. Gegen die Ausländer-Raumpolitik fordert die IG-Metall die Verkürzung der Arbeitszeit für alle. Metallarbeiter kämpfen für ihre eigene Sicherheit, für die Sicherheit ihrer Familien.

Nachdem die Unternehmer uns trotz zahlloser Verhandlungen keinen Millimeter in der Wochenarbeitszeit entgegengekommen sind ist der Arbeitskampf unausweichlich geworden. Die Tarifkommission der IG Metall für Nordwürttemberg/Nordbaden ruft deshalb zur Urabstimmung auf. Denn nur mit Streik werden wir unsere berechtigten Forderungen durchsetzen können. Nur im Arbeitskampf werden wir die freien Angriffe von Gesamtmetall zurückweisen können.

Verdrehtungen und Lügen

Die Unternehmer werden wie seither mit Verdrehungen und Lügen Gift verspritzen. Wir lassen uns davon nicht in die Irre führen. Sie haben bereits angekündigt, daß sie auch die Urabstimmung behindern wollen. Doch Metallarbeiter lassen sich dieses demokratische Recht nicht nehmen.

Störmanöver

Auch hier zeigt sich erneut die Heuchelei der Unternehmerverbände. Während sie sich bei unseren Kollegen der Druckindustrie scheinheilig für die generelle Urabstimmung einsetzen, versuchen sie dieselbe in der Metallindustrie zu stören. Lassen wir uns also nicht beirren. Folgen wir dem Aufruf unserer IG Metall.

Solidarität

Der Kampf wird gewonnen, denn die Solidarität ist unsiegbar. Kämpfen wir gemeinsam für die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Kämpfen wir für eine Zukunft ohne Massenarbeitslosigkeit.

Kämpfen wir für unsere Sicherheit, für die Sicherheit unserer Familien und die Sicherheit unserer Kinder. Stimmen wir deshalb bei der Urabstimmung mit Ja für den Streik.

Die Gegensätze

Forderungen der IG Metall	Antwort der Metall-Unternehmer
Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden mit vollem Verdienstaussgleich.	Festschreibung der 40-Stunden-Woche für weitere fünf Jahre.
Menschengerechte Arbeitsbedingungen durch erzwingbare Betriebsvereinbarungen.	Kein Angebot.
Überstunden nur noch in wirklich dringenden Fällen.	Kein Angebot.
Freizeitenausgleich für solche Überstunden.	Kein Angebot.
Zuschuß bis 80 Prozent des Brutto-Monatsseinkommens für Arbeiter bei Kurzarbeit.	Kein Angebot.
Gerechteren finanziellen Ausgleich bei Arbeitsausfall und Arbeitsverhinderung.	Kein Angebot.
Wegfall der Vorlegepflicht der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung bei Kurzerkrankung.	Kein Angebot.
Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit nach den Bedürfnissen der Beschäftigten. Abschaffung des Normalarbeitstages. Wiedereinführung der Samstags- und Sonntagsarbeit.	Freie Verfügbarkeit über die Zeit jedes Beschäftigten. Abschaffung des Normalarbeitstages. Wiedereinführung der Samstags- und Sonntagsarbeit.
3,3 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung, mindestens 60 Mark monatlich.	3,3 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung; keine besondere Anhebung der unteren Lohngruppen.
Für Auszubildende die gleiche Erhöhung wie in Lohngruppe 2, also 60 Mark.	Kein Angebot.

Flugblatt der IG Metall Nordwürttemberg/Nordbaden vom 27.4.84



Demonstration der IGM in Hamburg

ten, brachte man in die Minderheit, genauso wie Kräfte in die Minderheit gebracht wurden, die eine Verbindung des sog. Kampfes um die 35-Stunden-Woche mit einer aktiven Lohnpolitik wollten.

Wenn sich nun herausstellt, daß die Kapitalisten nicht imstande sind, den Arbeitern das sog. „Flexi-Konzept“ aufzuzwingen, umgekehrt aber die Arbeiter nicht imstande, den Kapitalisten die 35-Stunden-Woche, wird die Situation kompliziert und die Gefahr der Spaltung einer Streikfront groß.

In so einer Situation kann leicht sein, daß ein „Kompromiß“ erzielt wird, die Sache „offenzuhalten“, d.h. die gekündigten Verträge nicht oder nur mit kurzer Laufzeit neu abzuschließen. Ob das dann für die Arbeiter oder für das Kapital von Vorteil sein wird, hängt ganz von der Höhe des Lohn- und Gehaltsabschlusses ab, der dazu gehört. Darin würde sich nämlich niederschlagen, ob der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit auf Kosten des Lohnes geführt wurde (und weiter geführt wird) oder nicht. Deswegen wäre es sehr wichtig, wenigstens eine hohe Abschlagszahlung für die verstrichene tariflose Zeit (Größenordnung: 200,- DM pro Monat) ins Gespräch und dann zum Abschluß zu bringen.

Obwohl alle Tarifbezirke der IG Metall Urabstimmung beantragt haben, führt die IGM die Urabstimmung nur für zwei Tarifbezirke durch. H. Mayr vom Vorstand sagte, man würde die anderen nachziehen, falls nötig. Als Grund hört man aus IGM-Kreisen, daß die Kapitalisten gewiß aussperren würden und daß man glänzend propagandistisch ausschlagen könne, wenn die Kapitalisten in Tarifbezirken aussperrten, die gar nicht bestreikt würden. In diesem Sinne lauten auch Gerüchte aus den Urabstimmungsbezirken: Man würde nicht etwa die Großbetriebe, sondern die Zulieferer bestreiken, so daß die Großbetriebe nicht arbeiten lassen könnten und entweder Verluste einstecken müßten oder sich ins sog. Unrecht setzen würden, weil sie in Ta-

Urabstimmungsergebnisse in der Druckindustrie bis zum 1. Mai

Bei den Streikaktionen der IG Druck bis zum 1. Mai wurde in 199 Betrieben die Urabstimmung durchgeführt. Der Hauptvorstand der IG Druck gab dazu bekannt, daß im Bereich der gewerblichen Arbeiter 82,3% und von den organisierten Angestellten 74,3% für Streik gestimmt haben. In absoluten Zahlen haben von 23 328 Abstimmungsteilnehmern 18 896 für Kampfmaßnahmen gestimmt, das sind 81%. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung der gewerkschaftlich Organisierten ist nicht bekannt. In der BRD sind insgesamt ca. 164 000 in der Druckindustrie beschäftigt, die 23 328, die bisher abstimmten, sind davon 14%. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Druckindustrie liegt bei ca. 100 000 Beschäftigten, bzw. 60%.

Einerseits hat die IG Druck in den 199 Schwerpunktbetrieben über 75%-Mehrheiten für Streik im Durchschnitt erreicht, entgegen allen vorherigen Mutmaßungen und Hetztiraden der bürgerlichen Presse. Andererseits hat sie in 20 der 199 Betriebe (das sind 10% davon) die 75% nicht erreicht, und dies in Betrieben, die für die jeweiligen Regionen von Bedeutung sind:

In Nürnberg bei Maul & Co (60%) und bei den Nürnberger Nachrichten (69,2%); in Mannheim beim Mannheimer Morgen (64,5%); in Saarbrücken bei der Saarbrücker Zeitung (54,6%); in Hannover bei Madzack (67%); in Essen bei Girardet; in Frankfurt bei der Frankfurter Societätsdruckerei (FAZ); in Hamburg beim Springer-Verlag; außerdem auch noch bei mehreren anderen Springer-Druckereien, so bei der Ah-

rensburger Offsetdruckerei, der Springer-Tiefdruckerei Darmstadt und der Springer-Druckerei Essen-Kettwig. In Westberlin ist bei Springer mit 77,3% zwar die 75%-Marke erreicht worden, aber knapp.

Daß das Abstimmungsergebnis der bisher beteiligten Angestellten nur bei 74,3% liegt, kann u.a. auch damit zu tun haben, daß die Lohnstrukturforderungen, die im Urabstimmungstext für die Arbeiter enthalten sind, für die Angestellten nicht gelten. Demgegenüber sind die Zehntausenden von Abgruppierungen, die die Druckkapitalisten bei der neuen Lohnstruktur bei den Arbeitern durchsetzen wollen, schon alleine ein Grund, für Streik zu stimmen.

Leider hat der Hauptvorstand im Urabstimmungstext keine Lohnforderung gestellt (da die Lohnstrukturforderung vorrangig sei). Dies wird für die Erhaltung und noch mehr für die Ausdehnung der jetzt bestehenden Streikfront immer mehr zu einem Problem werden. Anfang bis Mitte Mai werden die ersten Löhne und Gehälter ausgezahlt, auf denen normalerweise schon die Lohnerhöhung drauf sein mußte. Die Geldnot wird dann zunehmend dringlicher werden gegenüber der Arbeitszeidlänge, weil man schließlich leben muß.

Dies wird sich bei den unteren Lohngruppen am schärfsten stellen, die aber gleichzeitig ein starker Faktor in der jetzigen Streikfront sind. Deshalb muß mindestens bei der Lohnstruktur an den besonderen Anhebungen der Hilfskräfte festgehalten werden, bei Ablehnung jeder Einführung flexibler Arbeitszeit.



Köln, 27.4.: Mit massivem Polizeiaufgebot erzwangen die Kapitalisten des DuMont-Verlags die Auslieferung von Streikbruchausgaben ihrer Zeitungen.



Die Vertreter der Metallkapitalisten. Von links: Müller, Thiele, Kirchner

rifbezirken zur Aussperrung griffen, in denen gar nicht gekämpft würde.

In der bürgerlichen Presse wiederum schreibt man unverhohlen, die IGM habe sich halt die zwei Bezirke ausgesucht, in denen sie am ehesten erwarten könne, die Urabstimmung zu ge-

winnen, weil die lokale Arbeitsmarktsituation relativ besser sei als sonstwo.

Diese Vermutung werden die Kapitalisten gerne testen wollen. Sie werden sich verlockt sehen, den Konflikt gerade dorthin zu ziehen, wo ihn die IG Metall dem Anschein nach nicht haben

will. Sie werden also durch so ein Verhalten geradewegs verlockt, auf die Arbeiter in den Tarifbezirken Aussperrungsdruck zu üben, die nicht zur Urabstimmung gerufen sind.

Viele glauben ja, das wäre auf eine „politische“ Weise gut, indem nämlich der Widerstandswille der Arbeiter durch Aussperrung besonders angestachelt würde. Das ist nach allen bisherigen Erfahrungen nicht der Fall. Die Aussperrung ist für die betroffenen Lohnabhängigen eine schwere wirtschaftliche Zusatzbelastung. Sie ist ein Kampfmittel der Kapitalisten. Eine Taktik, die in einer sowieso schon schweren Auseinandersetzung Aussperrungen einkalkuliert, um „politisch“, zum Beispiel mit der Forderung nach Verbot der Aussperrung „ranzukommen“, ist sträflich dumm.

Wenn es zum Streik kommt, wird auch die Rede von Aussperrungen und dem Kampf gegen Aussperrung sein. Eine unmißverständliche Erklärung des IGM-Vorstandes, in allen Tarifbezirken die Urabstimmung einzuleiten, wenn die Kapitalisten anfangen auszusperrten, wäre herbeizuführen.

Quellenhinweis: Versch. Tageszeitungen; Agitation der IG Metall – (maf, alk, nlr)

Mehr Schinderei für weniger Geld

Wir hatten bereits gemeldet (Pol. Ber. 8/84), daß die Kapitalisten in der verarbeitenden Industrie 1983 erstmals seit Jahren die Lohnstückkosten senken konnten und dies darauf zurückgeführt, daß sie die Löhne gesenkt und die Arbeitsintensität erhöht haben. Die Entwicklung von Beschäftigung, Umsätzen, Lohnsumme sowie Arbeiterstunden in der Metallindustrie liefert folgende weiteren Ergebnisse (siehe Tabelle):

– Die Metallkapitalisten haben weiter entlassen und die verbliebenen Arbeiter stärker ausgepreßt. Daher stieg in fast allen Branchen der Umsatz je Beschäftigten real, d.h. um mehr als die Inflationsrate. Die Kapitalisten konnten ihre Anlagen höher auslasten. Bei gleichbleibenden Kosten für Arbeitsvorbereitung, Verwaltung usw. stieg die Produktion je Beschäftigten und die Lohnstückkosten gingen zurück. Der steigende Umsatz je Beschäftigten erklärt sich nur zum Teil durch weniger Kurzarbeit und/oder mehr Überstunden. Sonst wäre die von jedem Arbeiter tatsächlich geleistete Arbeitszeit stärker gestiegen, als dies der Fall war. Somit bleibt als Schluß: Die Kapitalisten haben die Arbeitszeit ausgedehnt und die Arbeitsintensität gesteigert.

– Die Metallkapitalisten haben massive Lohnsenkungen durchsetzen können. Die Bruttolohnsumme je Arbeiter stieg in der Investitionsgüterindustrie nur knapp um denselben Prozentsatz wie der Tariflohn. Da die Kapitalisten vor allem in den unteren Lohnzonen entlassen haben, wäre ein höherer Anstieg zu erwarten gewesen. Die Kapitalisten haben also im großen Umfang Zulagen u.ä. gekürzt und so die Lohnsumme je Arbeiter real gesenkt. Dort, wo die Kapitalisten die Lohnsumme über dem Tarif erhöht haben (Fahrzeugbau), stieg auch die Arbeitszeit überdurchschnittlich.

– Die Metallkapitalisten zahlen schlecht verdienenden Arbeitern im Verhältnis zu besser verdienenden Angestellten immer weniger. Die Gehaltssumme je Angestellten stieg in den meisten Branchen deutlich stärker als die Lohnsumme je Arbeiter. Das heißt nicht, daß die Kapitalisten die Effek-

tivgehälter in größerem Umfang über den Tarif erhöht hätten. Sie haben vielmehr schlechter verdienende Angestellte entlassen. Dadurch steigt für die verbleibenden Angestellten das durchschnittlich gezahlte Gehalt. Einige Angestellte könnten so den Eindruck einer im Vergleich gebesserten Lage haben, weil die Kapitalisten die Einkommensskala gespreizt haben.

Zu befürchten ist, daß die IG Metall in dieser Lage Mobilisierungsschwierigkeiten haben wird. Höher verdienende Lohnabhängige könnten die Kapitalistenpropaganda vom Aufschwung, den niemand gefährden dürfe, für plausibel halten. Schlechter verdienende Arbeiter, die den Streik für die 35-Stunden-Woche zu führen hätten, können bei der jetzigen Forderungslage keinen Ausgleich für die schweren Lohnsenkungen und die gesteigerte Arbeitslast erwarten.

Beschäftigung, Umsatz, Arbeiterstunden und Lohnsumme Metallindustrie Änderungen in Prozent 1983 zu 1982 (jeweils Durchschnitt aller Monate)

Industriezweig	Zahl der Beschäftigten		Umsatz je Beschäftigten	Arbeiterstunden je Arbeiter	Lohnsumme je Arbeiter	Gehaltssumme je Angest.
	Arbeiter	Angestellte				
Investitionsgüterindustrie	– 4,8	– 2,3	+ 7,3	+ 0,3	+ 3,1	+ 4,3
Maschinenbau	– 5,5	– 2,0	+ 4,2	– 0,8	+ 1,7	+ 3,9
Fahrzeugbau	– 1,7	– 0,5	+ 8,4	+ 3,2	+ 4,4	+ 4,4
Elektrotechnik	– 5,0	– 2,3	+ 9,3	+ 1,2	+ 3,5	+ 4,5
EDV, Büromaschinen	± 0,0	+ 3,7	+ 17,0	– 1,1	± 0,0	+ 3,8
Stahlindustrie	– 8,1	– 4,6	– 0,7	– 1,7	+ 0,5	+ 0,1

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 4.1.1

„Aktion Muttertag“

SPD auf der Suche nach Einfluß auf die Frauenbewegung

Mit dem „Aufruf zum großen Frauenprotest anlässlich Muttertag am 12. Mai 1984“ wenden sich über 200 Erstunterzeichnerinnen, zumeist Mitglieder von SPD oder DKP, eine Abgeordnete der GRÜNEN und eine Reihe von Frauen, die als Selbständige arbeiten, an alle Frauengruppen und -organisationen, an diesem Tag mit einer zentralen Aktion in Bonn gegen die Politik der Bundesregierung zu protestieren. Der Forderungskatalog, von den Initiatorinnen als „Kompromiß“ bezeichnet, drückt das Bestreben aus, den Einflußbereich der SPD auf Teile der Frauenbewegung auszudehnen: „Bessere Arbeitschancen durch Schaffung neuer Arbeitsplätze/ tägliche Arbeitszeitverkürzung bei einer 35-Stunden-Woche und vollem Lohnausgleich/ bezahlten Elternurlaub und ausreichende gesellschaftliche Einrichtungen für Kinder und zur Entlastung von Hausarbeit/ eine eigenständige soziale Sicherung/ Erhalt der sozialen Indikation bei §218/ keine Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr/ die Kürzung des Rüstungsetats zugunsten des Sozialsetats/ Wir wollen in Frieden leben: Stop und Zurücknahme der Stationierung neuer Atomraketen in Ost und West.“

Als Aktionsform wird vorgeschlagen, „in der Innenstadt Bonns symbolisch ein Netz zu spinnen, dem sich die Bundesregierung nicht mehr entziehen kann (pro Meter wird eine Frau gebraucht!) Dabei könnten alle teilnehmenden Frauen zuvor gefertigte Schilder oder Transparente an den Wänden, Bäumen oder mit Stöcken in den Boden befestigt hinterlassen.“

Gegen den Aufruf haben sich Vertreterinnen von Autonomen Frauengruppen gewandt, so am 13.4. in der „tageszeitung“. Sie bemängeln, daß bestimmte Forderungen fehlen, z.B. gegen Gewalt in der Ehe, für die Rechte von ausländischen Frauen und von lesbischen Frauen, und kritisieren vor allem zwei Forderungen des Aufrufs. Gegen die Formulierung „Kürzung des Rüstungsetats“ verlangen sie: „Keinen Pfennig für die Rüstung!“ Weiter wenden sie sich gegen die Forderung nach „Erhalt der sozialen Indikation bei §218“. Sie befürchten, daß es „Mode zu werden droht, von der alten Forderung der Frauenbewegung nach ersatzloser Streichung abzugehen und *stattdessen* die bestehende Regelung zu verteidigen“. Berechtigt ist die Kritik an der Losung, unter der die Aktion stehen soll: „Nicht Blumen – Rechte

fordern wir.“ Die dahintersteckende Auffassung, daß alle Frauen als Mütter zu handeln seien, formulierte eine der Initiatorinnen auf einer vorbereitenden Konferenz im März. Der Tag sei gewählt worden, „da der 8. Mai (Internationaler Frauentag, d. Verf.) viele Frauen noch abschreckt, während vom Muttertag *alle* Frauen angesprochen werden“. Mag dahinter die Idee stecken, Frauen aus dem Lager der christlich-reaktionären Parteien zu interessieren, so ist doch äußerst ärgerlich, daß kein Wort der Kritik an der Einrichtung des Muttertages selbst fällt. Er wurde 1933 von den deutschen Faschisten zum offiziellen Feiertag gemacht und auf den zweiten Maisonnntag gelegt mit der Absicht, den Frauen die Funktion von Gebärerinnen des Maschinen- und Kanonenfutters zuzuweisen, das sie für ihre Welteroberungspläne verschleifen konnten. Die SPD-Frauen schneiden so die Möglichkeit einer Kritik ab, die die CDU als Fortsetzerin einer solchen Politik darstellen könnte.

Die Interessen, die unter den Forderungen des Aufrufs verfolgt werden können, sind eingeschränkt. Sie bewegen sich im Umkreis dessen, was auch von den Vertretern der SPD in der Bundestagsdebatte am 12.4. 1984 über ihre Große Anfrage zur Frauenarbeitslosigkeit vorgebracht wurde. Verbunden damit waren die ersten Lesungen des Gesetzentwurfs der SPD „zur Sicherung der Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz“ und der Gesetzentwurf der Regierung „zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau“, der



Forderungen gegen die CDU-Politik

die Durchführungsbestimmungen enthalten soll zu einem am 18.12. 1979 im Rahmen der UNO unterzeichneten Abkommen.

Einzig die GRÜNEN traten z.B. gegen die Beschäftigung in Teilzeitarbeit auf. Die SPD wollte lediglich die Überstunden vergütet und die Sozialversicherung geregelt haben. Sie hatte der von der CDU verbreiteten Propaganda, mehr Teilzeitarbeit führe zu besserer Vereinbarkeit der Pflichten in Familie und Beruf, wenig entgegenzusetzen. Arbeitsminister Blüm ergoß sich über den Begriff „Mütterlichkeit“: „Ich finde das ein liebes, schönes Wort. Ich wünsche mir eine Welt, in der es mehr Mütterlichkeit gibt.“ Zu deren Verwirklichung sollen die Zerstörung des Frauenarbeitsschutzes und die verstärkte Teilzeitarbeit dienen, die er wie folgt rechtfertigte: „Wir wollen eine Arbeitszeit, die am Lebensrhythmus Maß nimmt ... Was müssen wir dann ändern? Die Mütter oder die Welt, die solche Arbeitszeitordnungen hat? Ich würde sagen: Laßt die Mütter die alten und ändert die Arbeitsgewohnheiten!“

Ende letzter Woche hat die Bundesfrauenkonferenz der Gewerkschaft HBV dazu aufgefordert, auf der Kundgebung am 12. Mai in Bonn ihren Protest gegen die „frauen- und familienfeindliche Politik der Bundesregierung“ deutlich zu machen. Man kann erwarten, daß sie sich nicht auf die Forderungen des Muttertagsaufrufs beschränken wird.

Quellenhinweis: Aufruf und 1. Rundschreiben zur Vorbereitung der „Aktion Muttertag“, Postfach 120 121, 5300 Bonn; tageszeitung vom 13.4. 1984; Kölner Stadt-Anzeiger vom 30.4. 1984; Bundestagsprotokoll 10/67 vom 12.4. 1984 – (anl)

VDS-MV

Staatstragende Kräfte gestärkt

Vom 26. bis 31.3. tagte in Köln die 9. ordentliche Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS), des Dachverbandes der Studentenvertretungen in der BRD. Vertreter von 120 ASTen wählten einen Vorstand und verabschiedeten ein „Aktionsprogramm“. Die VDS befinden sich in schwieriger Lage: Reaktionäre Bildungspolitiker, Professoren- und Studentenverbände fordern die Auflösung des Verbandes; staatliche Unterdrückungsmaßnahmen nehmen zu. An mindestens fünf Hochschulen soll Studentenvertretern wegen Wahrnehmung ihres Mandats der Prozeß gemacht werden, in Baden-Württemberg sind zwei ehemalige Fachschafter in Haft. Mit der für Ende des Jahres geplanten Novellierung des Hochschulrahmengesetzes wird sich

die Frage der Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft in weiteren Bundesländern stellen.

Die Juso-Hochschulgruppen nutzen diese Lage, um sich Mehrheitspositionen im Vorstand zu schaffen. Obwohl in den ASten schwach vertreten, erpreßten die SPD-Studenten mit Auszugsdrohungen die Einrichtung einer „Referentenstelle“ mit Stimmrecht im Vorstand und damit die Möglichkeit, zusammen mit dem Liberalen Hochschulverband (1 Sitz) die beiden nicht staatstragenden Organisationen im Vorstand, MSB Spartakus und Sozialistischer Hochschulbund (je ein Sitz), zu überstimmen. Die Grün-Alternativen griffen in die Auseinandersetzung nicht ein wegen Fehlens eines „eigenen Konzepts“.

Erste Folgen dieses „Kompromisses“ lassen sich am Aktionsprogramm ablesen. Schwerpunkt der hochschulpolitischen Aktivitäten soll die Verhinderung einer „HRG-Novellierung nach rechts“ sein. Daß die Ablehnung der von der Bundesregierung geplanten Novelle damit begründet wird, daß sie der „Chancengleichheit“ den Todesstoß versetze, es stattdessen darum gehe, diese endlich voll zur Geltung zu bringen, erhöht die Chancen eines Erfolgs in dieser Auseinandersetzung nicht eben. „Chancengleichheit“ will zwar für alle gleiche Ausgangspositionen, aber nur, damit die „Besten“ (unabhängig von ihrer sozialen Herkunft) in der kapitalistischen Gesellschaft etwas werden. Das wollen auch die reaktionären Bildungspolitiker; deren Vorschläge sind in dieser Hinsicht jedoch effektiver, deshalb auch bei der Bourgeoisie gefragt.

Daß mit der Novellierung die letzten Reste von *Verpflichtungen* beseitigt werden sollen, die die Hochschulen bezüglich der *Ausbildung* der Studenten haben, wird hingegen im Programm nicht erwähnt. In der Frage der Bezahlung verlangt das Programm nicht mehr die Rücknahme der BAföG-Umstellung auf Vollدارlehen. Stattdessen werden „kostendeckende Stipendien“ gefordert. Laut Fremdwörterlexikon handelt es sich dabei um die „Stiftung einer Geldbeihilfe an begabte Studierende“. Die Herstellung solcher Verhältnisse sind ein Ziel reaktionärer Bildungspolitik: Geldvergabe nur noch über staatlich oder privat diktierte Leistungsbedingungen.

Konkrete Vorgehensvorschläge wurden nicht beschlossen; ein Antrag des MSB, am Ende des Sommersemesters eine außerordentliche Mitgliederversammlung durchzuführen mit dem Ziel der Einigung auf einheitliche Kampfmaßnahmen, wurde von den Juso-Hochschulgruppen erfolgreich hintertrieben.

Quellenhinweis: Arbeitsprogramm der VDS, März 84; VDS-Pressedienst Nr. 9/1 vom 4.4.84 – (jüg)

Ostermärsche '84

Schwache Angriffe auf die Bundesregierung – CDU reagiert gereizt

An den diesjährigen Ostermärschen beteiligten sich Tausende von Leuten. Die Veranstalter der Ostermärsche sprechen von 700000 Teilnehmern, die sich an den örtlichen Veranstaltungen, den regionalen Sternmärschen und Abschlußdemonstrationen beteiligten. Die neun Abschlußdemonstrationen glichen mehr einem Umzug von christlichen, liberalen, grünen, sozialdemokratischen, kommunistischen und auch revolutionär-sozialistischen Vereinigungen, die in örtlichen Gruppen angereist waren. Die Teilnehmer sprachen sich auf ihren Transparenten hauptsächlich zu zwei Themenbereichen aus: Abrüstung in Ost und West, atomwaffenfreie Zone in Europa und für die 35-Stunden-Woche. Unangenehm auffallend war auch die aufwendige Flugblattpropaganda der „Friedensliste“ zu den Europawahlen, an der sich auch die DKP beteiligt.

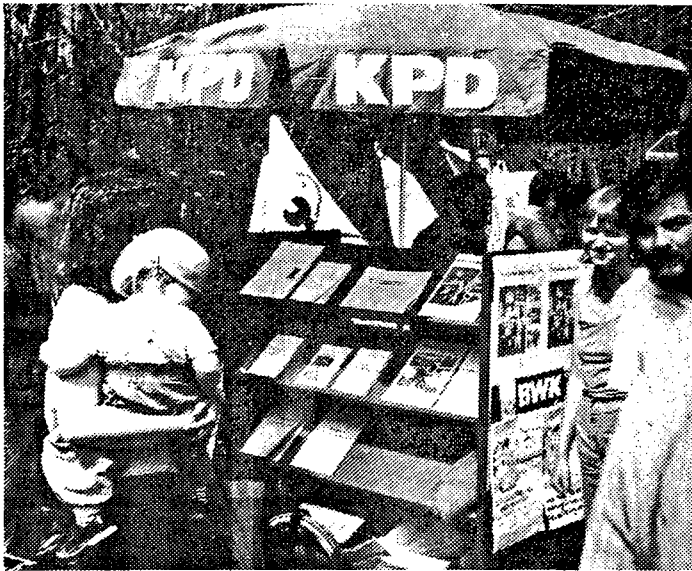
Die Kritik an der Politik der Bundesregierung war gering. Die weiteren Schwerpunkte der Friedensbewegung waren den Transparenten und Aussagen der Demonstranten und den Reden der Kundgebungssprecher nicht zu entnehmen. Erst in der Abschlußerklärung zum Ostermarsch Rheinland '84 erklärte dann der Veranstalter noch: „Der Ostermarsch Rheinland '84 ist der Auftakt für viele weitere Aktionen vor Ort und im ganzen Land. In den nächsten Monaten werden überall

Volksbefragungen organisiert, mit denen die mehrheitliche Ablehnung der neuen Raketen immer wieder sichtbar gemacht werden soll. Am 17.6. 1984, dem Tag der Europawahlen, kann den Raketenbefürwortern mit den von der Friedensbewegung durchgeführten Volksbefragungen vor den Wahllokalen ein Denkzettel gegeben werden.“

Ein mißlungener Auftakt! Die Basis bei den Demonstranten für die Volksbefragungsaktion war nicht groß. Seitdem auf Betreiben der SPD die Fragestellung des Volksentscheides bzw. der Volksbefragung geändert wurde und jeglicher Angriff gegen die Politik der BRD, im Zusammenhang mit der Stationierung der Mittelstreckenraketen, fallengelassen wurde, nimmt die Kampagne eine schlechte Entwicklung. Die Forderung der Friedensbewegung nach „Abrüstung in Ost und West“ läßt viele Interpretationen von nationalen und europäischen Positionen zu. Auf den Abschlußkundgebungen warben zahlreiche SPD-Redner für „unsere nationalen Interessen“ gegenüber den Supermächten und für einen staatstragenden Kurs. Der Ablehnung der Rüstungsplanungen der USA für den Weltraum durch die Bundesregierung mit der Begründung, die „europäischen Interessen“ seien nicht berücksichtigt, hatten die Kundgebungsredner dann überhaupt nichts mehr hinzuzufügen.



Abschlußdemonstration in Hamburg mit 60000 Teilnehmern



Gemeinsamer Informationsstand von BWK und KPD in Heilbronn (10000 Teilnehmer am Ostermarsch) (links). Hannover (rechts): In Niedersachsen beteiligten sich 30000

Immerhin wandte sich Grete Thiele (Abgeordnete der KPD 1952 im Bundestag) auf der Kölner Abschlußkundgebung gegen die reaktionäre Feindbildpropaganda, mit der zumeist ein einheitliches, nationales und europäisches Vorgehen begründet wird: „Und dafür, liebe Freunde, gibt es bei den Kriegsstrategen ein altes Konzept, nämlich: mit dem Antikommunismus, mit dem Feindbild Sowjetunion Volksbewegungen auseinanderzudividieren. Bekanntlich bereitete das Naziregime seinen Krieg bereits mit der Lüge von der jüdisch-bolschewistischen Bedrohung vor. Zur Remilitarisierung der Bundesrepublik mußte ebenfalls die angebliche Gefahr aus dem Osten herhalten.“

An den Ostermärschen beteiligten

sich wie in den Vorjahren Soldaten in Uniform. In Hannover erhielt ein Panzerschütze für seine Rede viel Beifall, als er zum Schluß forderte:

Jugendoffiziere raus aus der Schule
Keine Verlängerung des Wehrdienstes
Keine Frauen in die Bundeswehr
Nein zur Veränderung der Kriterien bei der Musterung.

Soldaten der Reserve aus Bayern unterrichteten die Ostermarschaktionen in einem Faltblatt über ihre strafrechtliche Verfolgung und über einen bevorstehenden Strafprozeß wegen eines von 127 Soldaten unterzeichneten Aufrufs „Für den Frieden! Erklärung gegen den Krieg!“ In dem Faltblatt (1) bekräftigten Soldaten der Reserve die Aussage des Aufrufs, wegen der sie verfolgt werden, ausdrücklich: „Wird

mit Alarm die Marschbereitschaft für den Krieg befohlen, marschieren wir nach Bonn!“

Auch wenn solche Angriffe gegen die Regierung die Ausnahme blieben, sind die Auswirkungen der Ostermärsche defaitistisch. Deshalb reagierte die CDU/CSU darauf gereizt. Der Abrüstungspolitische Sprecher der Union Todenhöfer erklärte: Die Friedensbewegung würde wieder einmal vor den falschen Kasernen demonstrieren und würde sich damit ungewollt zu nützlichen Idioten der Sowjetunion machen.

(1) Wir Soldaten zeigen unser wahres Gesicht! Nähere Informationen: Alfons Lukas, Streitfelderstr. 28, 8000 München 80. Weitere Quellenhinweise: Eigene Berichte; Pressematerialien des Ostermarsch-Büro Rheinland; div. Tagespresse vom 24.04.84; UZ 23. bis 26.04.84; Rote Fahne 17/84; Roter Morgen 17/84 – (jöd)

Polizeischießerei Ausländerfeindlichkeit in Aktion

Wie schon gemeldet, kam es in der Nacht vom 13./14.4. in der Mannheimer Innenstadt zu einer Schlägerei zwischen Zivilpolizisten und Angehörigen des antifaschistischen Vereins „Fortgeschrittliche Einheit aus der Türkei in Mannheim“ (MTIB), in deren Verlauf zwei Türken durch Schüsse eines Zivilpolizisten verletzt wurden.

Die Polizei behauptet, die Zivilpolizisten hätten eine reguläre Personenkontrolle durchgeführt, die Türken hätten sich jedoch widersetzt und sie mit einem Messer angegriffen. Doch die Aussage des bisher einzigen bekannten Augenzeugen belegt, daß die Polizisten die Angreifer waren und sich nicht auswiesen. Auch die Behauptung, die Türken hätten mit einem Messer angegriffen, worauf sich die Propaganda der Polizei stützt, konnte bisher nicht durch Vorlage der „Tat-



Mahnkreuze vor dem Standort der Pershing-Raketen in Waldheide

Waffe“ bewiesen werden.

Aufgrund des Vorfalles nähren Presse und Polizei die Ausländerfeindlichkeit mit ihrer Darstellung, eine Horde Türken hätte nächtlings, mit einem Messer bewaffnet, brave deutsche Polizisten grundlos angegriffen.

Vier Tage nach dem Vorfall fand in Mannheim dagegen eine Demonstration mit 500 Beteiligten statt. Von Anfang an hatten die GRÜNEN und die DKP, die beide im Stadtrat vertreten sind, aufgrund der Tatbestände eine unabhängige Untersuchung der Vorfälle verlangt und sich gegen den Polizeübergriff ausgesprochen. Auch das protestantische Stadtjugendpfarramt in Ludwigshafen und der DGB-Kreisvorsitzende, der auch Vorsitzender des Koordinierungsausschusses für ausländische Arbeitnehmer ist, setzen sich für einen solchen unabhängigen Untersuchungsausschuß ein, wogegen jedoch die Polizeigewerkschaft im DGB heftig auftritt und worin der Mannheimer

Polizeipräsident einen Angriff auf den Rechtsstaat sieht. „Er (der Polizeipräsident, d.Verf.) gehe davon aus, daß Hüneke (der DGB-Kreisvorsitzende, d. Verf.) in seinem Verlangen nach einer unabhängigen Untersuchung nur das rechtsstaatliche Ermittlungsverfahren gemeint habe und nicht etwa sogenannte Untersuchungsausschüsse, in einer Art Volksjustiz, die der Rechtsstaat der Bundesrepublik aus leidvoller geschichtlicher Erfahrung nicht kennt.“ (MM v. 19.4.) Die sonstigen Stadtratsparteien und die Verwaltung hüllen sich in Schweigen.

Von den Organisationen und Gruppen, die die Demonstration unterstützten, wurde ein Komitee gegen Ausländerfeindlichkeit gegründet, das eine Veranstaltung zu den Vorfällen und Hintergründen und weitere Aktivitäten durchführen will. Aus diesen Reihen wurde auch ein Ermittlungsausschuß mit Unterstützung der Rechtsanwälte der betroffenen Türken gebildet. – (rih)

Dennoch: Im Gegensatz zu den staatstragenden Parteien CDU/CSU, FDP und SPD verlangen sie die weitgehende Einbürgerung und Gleichberechtigung von Ausländern.

„Mittlerweise ist ... deutlich geworden, daß sich auch in der Bundesrepublik ein unumkehrbarer Einwanderungsvorgang vollzogen hat, der dazu führt, daß sich ... eine ethnische Minoritätenbevölkerung auf Dauer herausbildet“,

schreiben sie dazu. Gegen die Ausländerpolitik der Reaktion argumentieren sie dann streng republikanisch:

„Erstmals seit Abschaffung des preußischen Drei-Klassen-Wahlrechts hat sich in einem demokratischen deutschen Staat eine Situation entwickelt, in welcher der Arbeiterschaft bei demokratischen Wahlen ein geringeres Gewicht zukommt, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. Denn aufgrund des fehlenden Wahlrechts ihres als „Ausländer“ ausgegrenzten Teils sind in der Bundesrepublik derzeit rund 17% aller Arbeiter ohne Wahlstimme.“

Das wünschen die GRÜNEN geändert. Ein kommunales Wahlrecht für Ausländer sei „dringlich“, bis 1990 soll das aktive und passive Wahlrecht auf Landes- und Bundesebene für „niedergelassene“ Ausländer folgen.

Auch die Beschränkungen beim Versicherungsschutz für Ausländer sollen aufgehoben werden. Zur Begründung führen die GRÜNEN an, die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen müsse eingeschränkt werden:

„Zur Disposition steht ..., wie günstig oder belastend die Arbeitsbedingungen insgesamt sind. Was die Betriebe der Arbeitnehmerschaft zumuten können, ist bekanntlich eine Frage der Macht zwischen Arbeit und Kapital, und dabei hängt die Macht der Arbeitnehmerschaft wesentlich davon ab, ob es ihr gelingt, organisatorisch Konkurrenz zu unterbinden. Auf die Verschärfung der Konkurrenz zwischen Arbeitnehmern aber spekulieren jene, die „Ausländer raus!“ rufen.“

An verschiedenen Stellen polemisieren die GRÜNEN gegen die chauvinistische Propaganda der Bourgeoisie in Sachen „Ausländerpolitik“. Praktisch verlangen sie dann u.a., daß die deutsche Staatsbürgerschaft für Niedergelassene stets erteilt werden muß, wenn diese ihre alte Staatsbürgerschaft aufgeben. Die gegenwärtigen Gesetze dagegen würden eine Vielzahl unzulässiger Vorbedingungen vor den Erwerb einer deutschen Staatsbürgerschaft stellen und von Ausländern verlangen,

„daß er ‚deutscher‘ sein soll, als es Millionen Menschen sind, die bereits die Staatsangehörigkeit dieses Landes besitzen – von den weiteren Millionen vorbestraften Deutschen und angeblichen ‚Verfassungsfeinden‘ ganz zu schweigen.“

Die bürokratischen Schikanen und den Terror der Ausländerbehörden lehnen sie schroff ab. Sie fordern, daß

Ausländerpolitik

Ein Gesetzentwurf der GRÜNEN gegen die Ausländerpolitik der Reaktion

Die Bundestagsfraktion der GRÜNEN hat den Entwurf eines „Gesetzes über die Niederlassung von Ausländern“ vorgelegt. Darin verlangen die GRÜNEN, daß allen Ausländern „nach achtjährigem rechtmäßigem Aufenthalt“ in der BRD obligatorisch ein Niederlassungsrecht zuerkannt wird. Dieses Niederlassungsrecht soll auch für alle „Familienangehörigen von im Geltungsbereich des Gesetzes lebenden Niederlassungsberechtigten oder Deutschen“ gelten, d.h. Kinder unter 21 Jahren, Ehegatten sowie weitere Verwandte, „denen ein Niederlassungsberechtigter ... Unterhalt gewährt.“ Drittens soll dieses Niederlassungsrecht gelten für:

„1. politisch Verfolgte, sobald ihre Anerkennung unanfechtbar ist, 2. Kontingentflüchtlinge, 3. heimatlose Ausländer, 4. Aufenthaltsberechtigte im Sinne des § 8 des AuslG, 5. Ausländer nach fünfjähriger rechtmäßiger unselbständiger Erwerbstätigkeit im Geltungsbereich des Gesetzes.“

Nach Schätzungen der GRÜNEN würde dieses Niederlassungsrecht für 90% der Ausländer in der BRD gelten. Für diese „Niederlassungsberechtigten“ verlangen die GRÜNEN weitgehende politische Gleichberechtigung:

„Niederlassungsberechtigte können ihren Aufenthalt frei wählen und sich im Geltungsbereich des Gesetzes frei bewegen, ohne daß sie einer Erlaubnis bedürfen.“ (§ 6)

„Eine Ausweisung Niederlassungsberechtigter ist ausgeschlossen.“ (§ 6)

„Niederlassungsberechtigte sind zur selbständigen und unselbständigen Erwerbstä-

tigkeit nach den für Deutsche geltenden Bestimmungen zugelassen. Sie bedürfen keiner Arbeitserlaubnis.“ (§ 7)

„Niederlassungsberechtigte werden in allen Bereichen der öffentlich rechtlich geregelten Erbringung von sozialen Leistungen und Diensten Deutschen gleichgestellt.“ (§ 8)

„Niederlassungsberechtigte haben zu öffentlichen Schulen, höheren Lehranstalten und Hochschulen gleichen Zugang wie Deutsche.“ (§ 9)

„Niederlassungsberechtigte haben wie Deutsche Vereinsfreiheit, Versammlungsfreiheit und das Recht auf politische Betätigung ... Der Vorbehalt, der das aktive und passive Wahlrecht zum Deutschen Bundestag auf Deutsche beschränkt, endet am 31.12.1989.“ (§ 10)

Eine Aufhebung dieses Niedergelassenen-Status soll nur möglich sein durch Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft, durch Rückkehr oder Auswanderung sowie durch staatliche Rücknahme dieses Status in sehr wenigen, genau definierten Fällen (arglistige Täuschung bei Antragstellung u.ä.).

Mit ihrem Entwurf verfechten die GRÜNEN zwar keine sofortige und obligatorische Einbürgerung aller Ausländer. Gegen diese Lösung, die dem Wüten von Kapitalisten und Staatsorganen gegen Ausländer und der damit verbundenen chauvinistischen Hetze schroff entgegenzutreten würde, behaupten sie, es müsse „eine Zwischenstufe etabliert werden, die ... als Abschluß des Einwanderungsprozesses auch die Option der Einbürgerung eröffnet.“

Asylrecht: Fachgruppe der ÖTV fordert Einschränkung der Auslieferungsmöglichkeiten

Im März 1984 hat die ÖTV-Fachgruppe Richter und Staatsanwälte den „Entwurf eines Gesetzes zur Harmonisierung des Asylverfahrens“ vorgelegt. Das Asylverfahrensgesetz und das Gesetz über die internationale Rechtshilfe sollen so geändert werden, daß ausgeschlossen wird, politisch Verfolgte in den verfolgenden Staat auszuliefern, bevor sie bzw. nachdem sie als politisch Verfolgte anerkannt wurden.

§ 18 des noch unter der SPD/FDP-Koalition verabschiedeten Asylverfahrensgesetzes enthält noch die wunderschöne Fassung: „Die Entscheidung des Bundesamtes im Asylverfahren ist in allen Angelegenheiten verbindlich, in denen die Anerkennung rechtserheblich ist. Dies gilt nicht für das Auslieferungsverfahren.“ Obwohl schon die Tätigkeit des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge dafür gesorgt hat, daß so gut wie kein Asylsuchender aus der Türkei eine Chance hat, als politisch Verfolgter aner-

kannt zu werden, beseitigt § 18 des Asylverfahrensgesetzes doch letzte rechtliche Schranken. Danach ist es zulässig, politisch Verfolgte zum Beispiel in die Türkei auszuliefern, wenn die Militärbehörden ein Auslieferungsverfahren wegen „bloß krimineller Handlungen“ einleiten.

Zudem wurden bereits 1977 in der europäischen „Terrorismuskonvention“ alle Formen des bewaffneten Befreiungskampfes, sofern sie sich nicht in geschlossenen Formationen vollziehen, als nicht politische „Kriminalität“ abgestempelt. Dies hatte in den vergangenen Jahren die türkischen Behörden ermuntert, mit zum Teil gefälschten Anklagen die Auslieferung politisch Verfolgter zu beantragen.

Im Oktober 1982 versuchte das Oberlandesgericht Köln – allerdings erfolglos –, H. Balkir an die Türkei auszuliefern, obwohl er in Frankreich als politisch Verfolgter anerkannt war und einen französischen Paß besaß.

In der Begründung der Auslieferungshaft hieß es: „... die Anerkennung als politischer Flüchtling... (bindet) ... die deutschen Behörden nicht. Sie muß lediglich als Beweisanzeichen ... berücksichtigt werden.“

Insofern ist der Gesetzentwurf der Fachgruppe Richter und Staatsanwälte in der ÖTV von Bedeutung. Andererseits enthält er auch große Zugeständnisse an die Reaktion: In Artikel 2 des Entwurfs heißt es: „Vor unanfechtbarem Abschluß eines Asylverfahrens ist die Auslieferung nur zulässig, wenn der Asylantrag als offensichtlich unbegründet und unbeachtlich gewertet wurde.“

Für türkische Antifaschisten in der BRD, die wegen politischer Tätigkeit mit Ausweisung und Auslieferung bedroht werden – und dies zu erleichtern ist die Reaktion entschlossen –, wird von Bedeutung sein, ob sie sich auf den Tatbestand der politischen Verfolgung berufen können. Asylanträge aber, die nicht bei der Einreise, sondern während des Aufenthalts in der BRD gestellt werden, haben große Chancen, als unbeachtlich kassiert zu werden.

alle Niedergelassenen nicht länger den Ausländerbehörden unterstehen.

Gegenüber der manchmal in Fragen der Ausländerpolitik zutagetretenden süßlichen „Seid-nett-zu-den-Ausländern“-Haltung bestehen die GRÜNEN auf genau festgelegten politischen Rechten. Mit der Ausländerpolitik der Reaktion und den Plänen der Bundesregierung ist der Entwurf unvereinbar. Er bietet nützliche Anhaltspunkte für örtliche Aktionseinheiten.

Das gilt freilich nicht für alle Passagen. So wollen die GRÜNEN, daß „hoheitliche Aufgaben“ auch in Zu-

kunft „Deutschen“ vorbehalten bleiben: „Von der Gleichstellung ausgenommen ist die Wahrnehmung hoheitlicher Befugnisse einschließlich des Richteramtes als ständige Aufgabe“, schreiben sie. Die Fraktion begründet dies mit den Verfassungsgrundsätzen des Berufsbeamtentums, die einer anderen Regelung entgegenstünden. Diese *Anerkennung* dieser Grundsätze durch die Fraktion der GRÜNEN hat weitgehende Folgen. So kann die BRD die „niedergelassenen“ Ausländer zum Wehrdienst verpflichten. Ihre Offiziere wären dann Deutsche.

Schlecht ist auch, daß der Gesetzentwurf die Lage der etwa 326000 politischen Flüchtlinge nicht bessert, die seit 1976 in die BRD gekommen sind. Auch wenn die Willkür und der Terror, den die westdeutschen Staatsorgane gegenüber diesen Asylbewerbern ausüben, Folge der Neugestaltung des *Asylrechts* ist: Wenn schon ein „Niederlassungsrecht“ statt obligatorischer und sofortiger Einbürgerung, warum dann nicht auch für Asylbewerber?

Quellenhinweis: Gesetz über die Niederlassung von Ausländern, Niederlassungsgesetz, zu beziehen über die Fraktion „DIE GRÜNEN“, Bundestag, 53 Bonn, oder als Bundestagsdrucksache 10/1356 bei Verlag Dr. Heger, Herderstraße 56, 53 Bonn – (rül, wop)



Das Ausländerrecht „knüpft in seinen wesentlichen inhaltlichen Bestimmungen an ... die nationalsozialistische Ausländerpolizeiverordnung von 1938 an“, kritisieren die GRÜNEN in ihrem Gesetzentwurf. Bild: Zwangsarbeiterinnen werden für den „Arbeitsdienst“ zusammengetrieben.

Gegen „Auschwitzlüge“ Gesetzvorlage: ein Lehrstück über die Reaktion

Die Regierungsparteien von CDU, CSU, FDP und die SPD haben zwei gleichlautende Gesetzentwürfe gegen das „Leugnen und Verharmlosen des nationalsozialistischen Völkermordes“ in den Bundestag eingebracht. Die Regierungsparteien haben zusätzlich Änderungen vorgeschlagen. Das Vorgehen der bürgerlichen Parteien wirkt wie ein Lehrstück darüber, wie die Reaktion von CDU/CSU und FDP die öffentliche Debatte über ein Gesetz gegen die faschistische Propaganda

nutzt, um ein Unterdrückungsinstrument gegen die Kritik an den Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Imperialisten zu schaffen.

Daß die westdeutsche Reaktion seit je die Terrorherrschaft der Nazis verharmlöst und gebilligt sowie Kriegsverbrechen der deutschen Imperialisten unter der Führung der Nazis gerechtfertigt hat, das war bisher und soll auch weiter straffrei bleiben. Bestraft werden sollen jetzt Faschisten, die mit

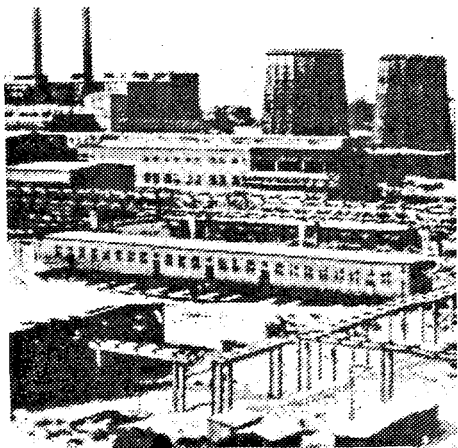


Bild: IG-Farben-Werk Auschwitz. Die IG-Farben-Kapitalisten hatten dort bis zum Januar 1945, als die Rote Armee Auschwitz befreite, 370000 Häftlinge „durch Arbeit vernichtet“

Pamphleten wie der „Auschwitzlüge“ die Völkermord-Verbrechen der Nazis zu leugnen suchen. Bisher konnte dagegen nur auf Antrag von jüdischen Einwohnern der Bundesrepublik eine Strafverfolgung wegen Beleidigung in Gang gesetzt werden. Mit dem vorgeschlagenen Gesetz bestünde die Möglichkeit, daß die Strafverfolgung durch die Justiz wegen eines Officialdelikts eingeleitet werden kann.

Mit der Begründung, daß „Bier-tischgeschwätz“ nicht unter das Gesetz fallen soll, sehen die Parteien jedoch vor, daß die Staatsorgane gegen die faschistische Leugnung der Nazi-Verbrechen nur dann vorgehen sollen, wenn „der öffentliche Friede gestört“ wird. Die Vertreter der öffentlichen Ordnung können so je nach Gutdünken gegen die Propaganda der Faschisten vorgehen, oder auch nicht. Eine einklagbare Pflicht zur Strafverfolgung der Faschisten besteht weiterhin nicht. In diesem Punkt sind sich CDU, CSU, FDP und SPD einig.

Die CDU/CSU strebt darüber hinaus eine weitere Einschränkung des vorgelegten Gesetzentwurfes an, die ihrem Personal die Glorifizierung der Nazi-Herrschaft und die Leugnung von Kriegsverbrechen erlaubt. Die CDU/CSU fordert, „daß nur solche Tathandlungen bestraft werden, die tatsächlich darauf abzielen, auch na-

SS/HIAG – „der fdGo eng verbunden“

Knapp vor Ablauf der Frist hat die SS-Truppenkameradschaft „1. Panzer-corps Leibstandarte Adolf Hitler und Division Hitler-Jugend“ Einspruch beim Verwaltungsgericht Braunschweig gegen das durch die Stadt Bad Harzburg ausgesprochene Veranstaltungsverbot erhoben. In einer zwölfseitigen Begründung führt der SS-Traditionsverband verschiedene Gründe gegen das Verbot des „Kameradschaftstreffens“ an, das vom 18. bis 20. Mai im Kurhaus in Bad Harzburg stattfinden soll.

So z.B. die Tatsache, daß die HIAG im Verfassungsschutzbericht 1983 des Ministeriums Zimmermann nicht erwähnt sei. Mit dem Hinweis auf ihre Verbandssatzung wollen die ehemaligen Waffen-SSler deutlich machen, wie eng sie der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verbunden seien. Enthalten ist in der Begründung an das Gericht auch der Hinweis, daß ja die zu erwartenden Gegendemonstranten die Gefahr der gewaltsamen Auseinandersetzungen erst mitbrächten.

Daß die Faschisten jetzt den Kronzeugen Zimmermann herbeirufen, ist von diesem gewollt: Die Politik der Bundesregierung mobilisiert und stützt die Faschisten. Das Verbot der Stadt Harzburg nach dem „Gesetz für Sicherheit und Ordnung“ ist ein Hilfskonstrukt, steht rechtlich auf äußerst schwachen Füßen und ist in der politischen Begründung gefährlich: Die Stadt sowie das Kurhaus könnten auch von starken Polizeikräften nicht ausreichend gegen Gegendemonstranten geschützt werden!

tionalsozialistische Organisationen oder Bestrebungen wieder zum Leben zu erwecken“. Jede Billigung der Nazi-Morde, so sie nur ausdrücklich mit der Förderung z.B. der CDU-Reaktion verbunden ist, soll weiter erlaubt und straffrei bleiben. Carstens, Filbinger und Geißler können ihre Propaganda zur Reinwaschung des Nazi-Terrors fortsetzen.

Der CDU/CSU-Bundesabgeordnete Götz erklärte am 12.4.84 in der Bundestagsdebatte über die beiden Gesetzentwürfe, daß „die Einschränkung auf Handlungen des Nationalsozialismus unbefriedigend ist“. Er forderte: „Wer die an Deutschen begangenen Vertriebsverbrechen nach dem Zweiten Weltkrieg als normale Maßnahmen im Rahmen einer Umsied-

Erfreulicherweise hat der DGB-Landesbezirksvorstand Niedersachsen, der das Verbot begrüßt hat, in seiner Erklärung einige politische Anhaltspunkte gegeben. Das HIAG-Treffen sei nicht ein unbedeutendes Klassentreffen oder ein Wiedersehen harmloser „alter Kameraden“, sondern eine politische Demonstration ehemaliger Angehöriger sogenannter „Elite“-Einheiten des Faschismus. Niemand solle dafür Verständnis haben, daß sich SS-Traditionsverbände ungehemmt und ungezügelt zu den Verbrechen des Nationalsozialismus bekennen und die faschistischen Angriffskriege rehabilitieren, so der DGB-Landesbezirksvorstand.

Es läge nahe, sich bei einer solchen Begründung auf das Potsdamer Abkommen (1945), das Urteil von Nürnberg (1946) und das Gesetz Nr. 2 des Kontrollrates zu stützen, das die Auflösung und Liquidierung der Naziorganisationen verlangt und Neugründungen unter anderem Namen verbietet, anstatt nach dem Grundgesetz zu rufen und die Einheit der Demokraten mitsamt der Bundesregierung zu suchen.

Die zahlreichen örtlichen und regionalen Kräfte, die das Treffen seit dem Bekanntwerden bekämpfen, sind durch das von der Stadt verhängte „Verbot“ etwas aus der Initiative gekommen. Zum Teil wurde nicht mehr davon ausgegangen, daß das Faschistentreffen stattfindet. Die Einschätzung beginnt jedoch realistischer zu werden. Zwar hat das Verwaltungsgericht noch nicht entschieden, doch die rechtlichen Aussichten der Faschisten scheinen eher gut. Der 1. Mai und die folgenden Tage sollen zur Vorbereitung von Gegenaktionen genutzt werden.

Quellenhinweis: Goslarische Zeitung v. 11.4.84

lungsaktion bezeichnet, darf nicht anders behandelt werden als jemand, der die Hitler-Greuel zu rechtfertigen sucht.“

Die Regierung will diese Strafandrohung als Änderung im Gesetzentwurf einbringen. Die SPD hat sich gegen die Gesetzesänderung gewandt. Die FDP stimmte zu. Es steht zu befürchten, daß der Plan eine Mehrheit im Bundestag findet. Die Reaktion hätte mit dem so geänderten Gesetz gegen das „Leugnen und Verharmlösen des nationalsozialistischen Völkermordes“ ein Instrument geschaffen, um jede Kritik an ihrer Kriegshetze gegen die osteuropäischen Völker und die polnische Westgrenze unter Strafe zu stellen.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksachen 10/891, 10/1286; Bundestagsprotokoll 10/67 – (gba, mio)

Die Aggressionspolitik Südafrikas zeigt Ergebnisse – aber das Regime gibt sich stärker, als es ist

Der frühere US-Verteidigungsminister und Weltbank-Präsident McNamara erklärte vor einiger Zeit, „die Krisenregion südliches Afrika“ werde in den 90er Jahren den Nahen Osten an „Gefährlichkeit“ erreichen. Der Brigadegeneral a.D. und CDU-Politiker Schall machte sich im Europäischen Parlament stark für die „Beteiligung von Streitkräften der europäischen Partnerstaaten in den sicherheitspoli-

tisch relevanten Bereichen des Vorderen Orients ... und Afrikas in nötigem Umfang“. Das beides ist aufschlußreich. Die Imperialisten stellen sich spätestens seit der Zerschlagung der Kolonialherrschaft in Zimbabwe (Rhodesien) ernsthaft darauf ein, daß auch ihre letzte Bastion in Afrika, Südafrika, ins Wanken gerät. Ihre Gegenmaßnahmen kalkulieren ihre direkte militärische Intervention mit ein.

Im Februar dieses Jahres veröffentlichte die Regierung Mosambiks, welche finanziellen Verluste Südafrikas „un-erklärter Krieg“ dem Land seit seiner Unabhängigkeit 1975 zugefügt hat: 3,8 Mrd. \$ Verluste durch einseitige Aufkündigung von gültigen Verträgen, wirtschaftliche Erpressung, Sabotage, durch einen hinterhältig und grausam geführten Bandenkrieg und nicht zuletzt durch sogenannte „Vergeltungsschläge“, die südafrikanische Truppen gegen Mosambik führten.

Noch ärger als Mosambik ist Angola von der Destabilisierungs- und Aggressionspolitik des Kolonialregimes betroffen. Der Terror der südafrikanischen Truppen, die zahlreiche Invasionen tief nach Angola hinein durchführten und die den Süden Angolas seit 1981 besetzt hielten, und der von Südafrika ausgehaltenen Banden der UNITA vertrieb einige hunderttausend Angolaner aus ihren Dörfern und Städten, unterbrach Ernten, behinderte die Diamantenförderung, hemmte die Entwicklung der industriellen Produktion. Die Hälfte der Staatsausgaben mußte die Regierung für die Landesverteidigung aufwenden, und zahlreiche Projekte zur Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit fielen der durch den Krieg bedingten Geldnot zum Opfer. Angola beziffert die Kosten des Krieges, der seit nunmehr acht Jahren im Land tobt, auf 10 Mrd. \$.

Das ist der Hintergrund für die beiden Verträge, die Südafrika der VR Angola und Mosambik im Februar bzw. März dieses Jahres aufzwingen konnte. Die angolansische Regierung stimmte einem von Südafrika „angebotenen“ Waffenstillstandsabkommen zu, das den schrittweisen Rückzug der südafrikanischen Truppen aus Südan-gola vorsieht gegen eine gemeinsame Überwachung des angolansisch-namibischen Grenzgebietes zur Kontrolle der namibischen Befreiungsorganisation SWAPO. Die mosambikanische Regierung unterschrieb einen „Nicht-Angriffspakt“, mit dem sie sich verpflichtete, nicht nur von Mosambik ausgehende Kampfhandlungen der azanischen Befreiungsorganisation, sondern

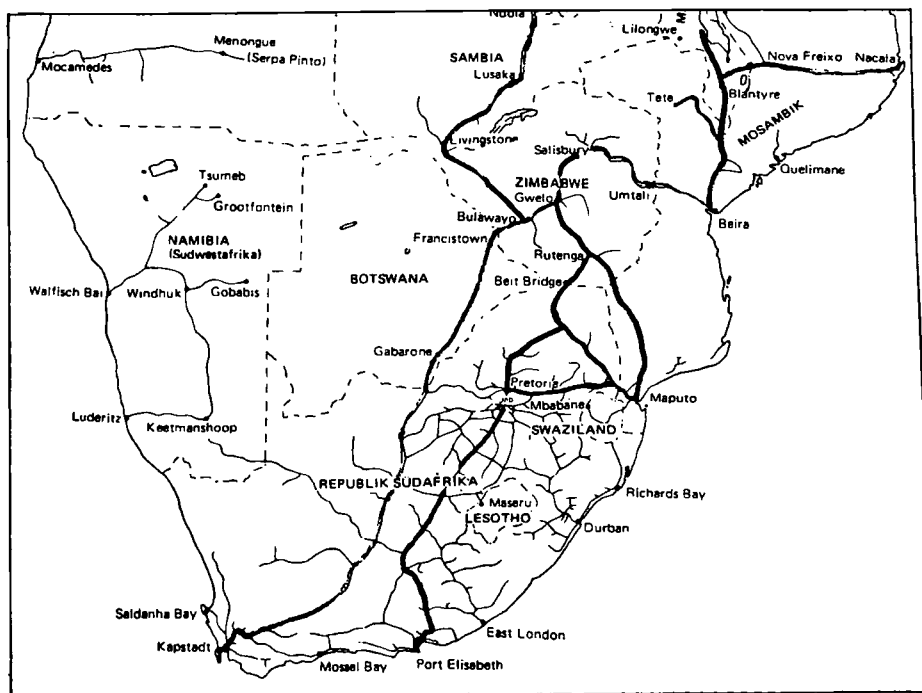
selbst die Propaganda der Befreiung Azanias in Mosambik zu unterbinden.

Die bürgerliche Presse kann sich über die „südafrikanische Friedensoffensive“ („Frankfurter Allgemeine“ vom 17.3.) nicht genug auslassen. Doch Frieden im südlichen Afrika ist das letzte, was das Regime in Pretoria, das die angolansische und mosambikanische Regierung buchstäblich an den Verhandlungstisch gebombt hat, mit den beiden Abkommen erreichen will.

Stünde es in der Macht Südafrikas, so wäre ein beispielloses Blutbad das erste Ergebnis seiner „Friedensoffensive“. Beide Abkommen zielen darauf ab, die im südlichen Afrika kämpfenden Befreiungsbewegungen zu isolieren und von ihrem Hinterland abzuschneiden, um sie so leichter vernichten zu können. „Die Kämpfer der SWAPO stecken in der Falle“, kommentiert dann auch „Die Welt“ (20.3.), hämisch und siegesgewiß – aber vorschnell. Die SWAPO hat im vergangenen Jahr deutlich bewiesen, daß sie

von Südafrika militärisch nicht zu vernichten ist, und politisch ist sie stärker denn je (s. auch S. 14/15). Die azanischen Befreiungsorganisationen ANC und PAC haben die Absichten des Regimes sogleich enthüllt, und sie legen in ihren Stellungnahmen Wert auf die Feststellung, daß die Entscheidung über die Befreiung ohnehin nur in Südafrika selbst fallen kann. Ob Südafrika also sein erstes Ziel erreicht, steht sehr in Frage, doch ändert das nichts an der Aggressivität dieses Ziels.

Auch Angola und Mosambik sollen nach dem Willen Südafrikas zukünftig keineswegs in Frieden und Unabhängigkeit leben. Erstens gibt es keine Garantie – und bisher auch keine Anzeichen –, daß das Regime seine Unterstützung für die „Rebellen“, die es ausgebildet, ausgerüstet und finanziert hat, d.h. für die UNITA in Angola, die MNR in Mosambik (sowie die LLA in Lesotho und verschiedene Kräfte in Zimbabwe), unterläßt. Zweitens sollen die beiden Abkommen den Zusam-



Pretoria sitzt wie eine Spinne im Netz der Eisenbahnlinien im südlichen Afrika. Und über die enormen Entfernungen sind die Bahnlinien in Angola (Benguela-Bahn) und Mosambik nicht gegen die Counterguerilla zu schützen. (aus Arbeiterkampf Nr. 245 – 9. April 1984)

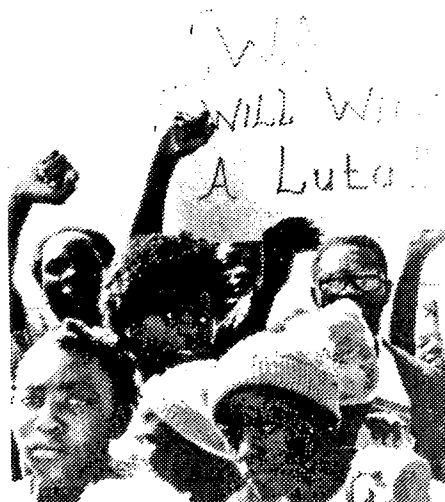
Der Kampf der SWAPO verwandelt Namibia in „einen Mühlstein am Halse Südafrikas“

Seit knapp 18 Jahren versucht das südafrikanische Regime mit Unterstützung der europäischen und US-amerikanischen Imperialisten zu verhindern, daß die SWAPO (South West Africa People's Organisation) in Namibia an die Regierung kommt und das Land unabhängig wird. Erklärtes Ziel Südafrikas war die Vernichtung der SWAPO und all jener Organisationen, die gegen die Ausplünderung, Ausbeutung und die Unterdrückung des namibischen Volkes durch die Imperialisten kämpfen. Alle diese Bemühungen haben sich als Fehlschläge erwiesen. Die SWAPO hat in den langen Jahren des Kampfes bis in die jüngste Zeit bewiesen, daß sie den Unterdrückern Namibias empfindliche Niederlagen beibringen kann. Der Präsident der SWAPO, Sam Nujoma, hat im April 1983 vor der letzten UNO-Konferenz über Namibia erklärt:

„Ich gebe hier vor dieser hohen Versammlung wiederum mein Wort, daß wir nichts ungetan lassen in unserem Kampf für die Befreiung Namibias. Wir werden unseren bewaffneten Befreiungskampf so lange intensivieren, wie die Rassisten eine Verhandlungslösung verhindern. Wir werden ... den Preis für die illegale Besetzung weiterhin so hoch machen, daß er größer als der Nutzen für das rassistische Südafrika wird. Ungeachtet der Konzentration von rassistischen südafrikanischen Truppen in Namibia werden die heldenhaften Kämpfer der People's Liberation Army of Namibia (PLAN) die feindlichen Truppen weiterhin angreifen, fortdauernd und in immer größer werdenden Gebieten, vom Fluß Sambesi im Nordosten des Landes bis zum Atlantik und von den Nordgrenzen bis Windhuk, tief im Zentrum von Namibia. Es vergeht kein Tag ohne bewaffnete Zusammenstöße zwischen unseren Befreiungskämpfern und den Besatzungstruppen in unserem Land. Das rassistische Südafrika hat den sich ausweitenden Vorstoß der bewaffneten Aktion von PLAN bis tief in das ganze Land nicht verhindern können.“

Die südafrikanische Regierung spürt diese Erfolge und ist bemüht, sie sowenig als möglich an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Seit Anfang 1983 muß jede beabsichtigte und erreichbare Veröffentlichung über Namibia von der südafrikanischen Armee zensiert werden. Die Armee soll vor allem die Verbreitung von Meldungen verhindern, die „demoralisierend“ wirken können, so die offizielle Begründung. 1982 erklärte der südafrikanische Ministerpräsident Botha anlässlich der Haus-

haltsdebatte, Namibia entwickle sich zu einem Mühlstein am Halse Südafrikas, ein Jahr später wies er auf die Notwendigkeit hin, daß das sogenannte Namibia-Problem „so oder so, so schnell wie möglich“ gelöst werden müsse. Mehr als 1,7 Mrd. Rand (4,08 Mrd. DM) „Kosten“, das sind 8% des Haushalts, allein im Jahr 1983 für den Krieg gegen die SWAPO und die Verhinderung der Unabhängigkeit Namibias beklagte ein Abgeordneter im Dezember letzten Jahres im südafrikanischen Parlament. Der Betrag enthält die aus dem Staatshaushalt von Südafrika aufgewandten Mittel für die 100000 Soldaten starke militärische Besatzung und ihren Einsatz, die „Zuschüsse“ für den Polizei- und Unterdrückungsapparat in Süd-West-Afrika/Namibia und Zahlungen für „Entwicklungsmaßnahmen“, wie die südafrikanische Regierung die Einrichtung von „Homelands“ in Namibia nennt.



Obwohl die SWAPO faktisch gebannt ist, kann sie Demonstrationen in Namibia durchführen.

Die SWAPO begann im Frühjahr 1983 eine neue Offensive, mehrere hundert Kämpfer der PLAN griffen erfolgreich Patrouillen der südafrikanischen Armee im Norden Namibias an, die SWAPO meldete 20 getötete südafrikanische Soldaten und mehr als 50 Verletzte. In Windhuk und in zwei Minen verübte die PLAN Sabotage-Anschläge, die Eisenbahnverbindung in den Norden ist mehrmals unterbrochen worden. Nachdem Südafrika das Abkommen mit Angola geschlossen hatte, erklärte die SWAPO, sie sei von dem Abkommen nicht betroffen und kündigte eine erneute militärische Offensive an. Südafrikanische Zeitungen berichten, daß ca. 800 neue Kämpfer der PLAN in Namibia operieren, es ist

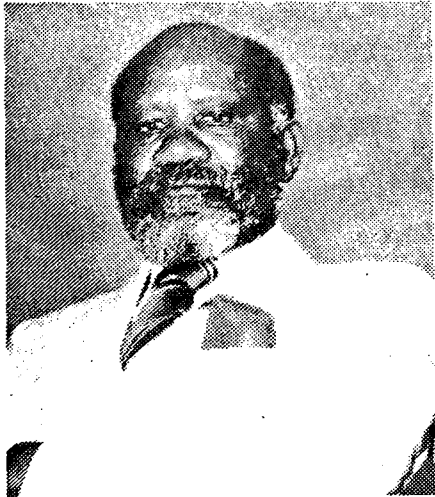
der südafrikanischen Armee nicht gelungen, ihrer habhaft zu werden.

Die Fortschritte im bewaffneten Kampf erleichtern Fortschritte an anderen Fronten des Kampfes. Die Nationale Gewerkschaft der namibischen Arbeiter (NUNW) konnte nach Berichten ihrer Vertreter auf der letzten Sitzung des erweiterten Zentralkomitees der SWAPO ihre Mitgliederzahl in den vergangenen drei Jahren verdoppeln. Im Herbst 1982 und im Frühjahr 1983 führte die NUNW zwei große Streiks in den Diamantenminen und im Kupferbergwerk Tsumeb erfolgreich durch. Seit April 1983 bemüht sich die NUNW um den Aufbau einer Abteilung für Landarbeiter, nach ihren Angaben haben sich bisher knapp 1000 Landarbeiter eingeschrieben.

Die Bemühungen der südafrikanischen Regierung, mit ausländischer Unterstützung ein Marionettenregime in Namibia zu errichten, erweisen sich ebenfalls als vollständige Fehlschläge. Die sogenannte Turnhallenallianz (DTA), die mit Mitteln der Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU und der Hanns-Seidel-Stiftung der CSU zur „multi-rassischen, demokratischen Alternative“ gegen die SWAPO aufgebaut werden sollte, ist Anfang 1983 endgültig auseinandergebrochen und hat ihre Arbeit im „Ministerrat“ beendet. Seither hat auch die förmliche Regierungsgewalt über Namibia wieder der südafrikanische Generaladministrator inne. Seit Herbst sind Bemühungen im Gange, eine „All-Parteien-Konferenz“ (MPC) einzurichten, die erneut eine Verfassung ausarbeiten soll. Die SWAPO enthüllte in einer Presseerklärung, daß auch dieses Unternehmen wiederum mit westdeutscher Unterstützung finanziert wird: „Aus heiterem Himmel kam ein scheinbar reicher, aber anonymer Spender, der, über die Bundesrepublik Deutschland, den Fonds für die Konferenz unterstützte ...“ Noch Anfang des Jahres vermeldete die namibische Verwaltung protzig über diese Konferenz, daß außer der SWAPO alle „namibischen Parteien“ vertreten seien und forderte die SWAPO auf, ebenfalls teilzunehmen. Seit Ende März steht fest, daß auch dieser Versuch, eine Marionettenregierung von Gnaden der Imperialisten und Südafrikas zum Scheitern verurteilt ist. Der Vertreter des „Damara-Rat“ ist aus der Konferenz ausgeschieden und hat sich an die SWAPO gewandt, die Befreiungsorganisation SWANU (South West African National Union) hat erklärt, ihre angeblichen Vertreter wären nicht mehr ermächtigt, für die SWANU zu sprechen. Vertreter der SWANU und des Damara-Rats verhandeln zur Zeit mit

der SWAPO. Die südafrikanische Zeitung „Financial Mail“ kommentierte am 30. März besorgt: „Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß die SWAPO versucht, eine ‚Patriotische Front‘ mit anderen Gruppen zu bilden, um die MPC zu unterminieren.“

Die imperialistischen Staaten BRD, Frankreich, Großbritannien, Kanada und USA haben sich mit der sogenannten Kontaktgruppe ein Instrument geschaffen, förmlich in Namibia einzugreifen. Die SWAPO fordert seit der Pariser UNO-Konferenz im April 1983 die Auflösung der Kontaktgruppe, weil „sich das ganze Unternehmen



Das Siedlerregime mußte einen Gründer der SWAPO, Toivo ya Toivo, der zu 20 Jahren Haft verurteilt war, nach 18jähriger Haft entlassen.

zu einer reinen Rettungsaktion für die weißen rassistischen Besetzer in Namibia entwickelt hat ... angesichts dieser Entwicklung ist die SWAPO zu dem Schluß gekommen, daß die Rolle der fünf Westmächte nicht länger die eines ehrlichen Maklers ist ... Diese Mächte müssen dazu gedrängt werden, ihre unheilvollen Versuch umgehend zu unterlassen, die Verhandlungen über Namibia für ihre eigennützigen Zwecke zu mißbrauchen und zu monopolisieren.“ Frankreich hat im November erklärt, es werde nicht mehr an den Sitzungen der Gruppe teilnehmen. Die Bundesregierung hingegen hat ihren Verbleib in der Gruppe bekräftigt, zuletzt in der Antwort auf eine Anfrage der SPD zur Politik im südlichen Afrika, denn sie sei sich ihrer „besonderen Verantwortung“ für Namibia bewußt und Bundesaußenminister Genscher wies den Präsidenten der SWAPO, Nujoma, drohend auf die „besondere Verantwortung“ der Bundesregierung für die „90000 Deutschen“ Namibia hin.

Quellenhinweis: SWAPO Information Bulletin, Ausgaben Januar, Februar, März 1984; Archiv der Gegenwart, versch. Ausgaben 1983; Financial Mail v. 30.3.84; Facts und Reports, div. Ausgaben 1983 u. 1984

menschluß der schwarzen Staaten im südlichen Afrika, die Koordinations-Konferenz zur Entwicklung im südlichen Afrika (SADCC) unterhöhlen und den Weg dazu eben, die Nachbarländer der festen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kontrolle Südafrikas zu unterwerfen.

Die südafrikanische Destabilisierungs- und Aggressionspolitik hat bisher alle Versuche Angolas und Mosambiks stark beeinträchtigt, ihre aus der Zeit der portugiesischen Kolonialherrschaft ererbte Abhängigkeit von Südafrika einzuschränken. Besonders krass macht sich diese Abhängigkeit im Transportwesen bemerkbar. Südafrika besitzt mehr als 73% des Eisenbahnnetzes im südlichen Afrika. Nach der Unterbrechung der Bahnlinien zu den Häfen in Angola und Mosambik durch die UNITA bzw. MNR muß der Großteil der Exporte von Zimbabwe und Malawi sowie das Kupfer aus Zaire und Sambia über Südafrika transportiert werden. Deshalb hatte die Hauptanstrengung der 1980 gegründeten SADCC, der neben Angola und Mosambik Botswana, Lesotho, Malawi, Swasiland, Tansania, Sambia und Zimbabwe angehören, von Anfang an dem Aufbau eines von Südafrika unabhängigen Transportnetzes gegolten. Im Mittelpunkt dieses geplanten Transportnetzes stand die Verbindung der Mitgliedsländer zu den jetzt weitgehend ungenutzten Hafenanlagen in Mosambik.

Auch Südafrika hat Interesse an der Benutzung der mosambikanischen Häfen. 1973 wurden dort 6,8 Mio. t Güter aus bzw. für Südafrika umgeschlagen, heute dagegen noch 1,1 Mio. t. Sein Ziel ist es, Mosambik fest in das südafrikanisch kontrollierte Transportnetz einzubinden. So stehen die Pläne der SADCC und Südafrikas konträr. Mosambik selbst ist in der Zwangssituation, daß die Geldmittel für den Aufbau eines eigenen, ausreichenden Eisenbahnnetzes fehlen, das kurz- und mittelfristig auch wenig rentabel ist, jedoch seine Unabhängigkeit von Südafrika fördert, während es schnell dringend benötigte Devisen bekommen kann, wenn die Häfen an Südafrika angeschlossen werden, was es aber Südafrika auf Gedeih und Verderb ausliefert.

Daß Mosambik in diese Zwangssituation geraten ist, daran hat die EG und ganz besonders die BRD erheblichen Anteil. Man kann zwar darüber streiten, ob die SADCC-Länder klug gehandelt haben, als sie ausgerechnet von der EG Kredite für die beschlossenen Projekte zur Entwicklung eines unabhängigen Transportwesens wollten. 40% der dafür veranschlagten 2 Mrd. \$ sollten in Mosambik investiert werden. Da sich Mosambik (wie auch Angola) jedoch bis Herbst 1982 gewei-

gert hatte, die sogenannte Berlin-Klausel zu unterschreiben, mit der sich die BRD ihre großdeutschen Ansprüche bestätigen läßt, verweigerte die EG alle Gelder. Ebenso hielt sie auch die „Nahrungsmittel-Hilfe“ zurück, was die prekäre Ernährungslage Mosambiks verschärfte und das Land noch stärker als ohnehin schon auf südafrikanische Nahrungsmittellieferungen verwies. Inzwischen wurde Mosambik (wie auch Angola) zur Unterzeichnung der Berlin-Klausel gepreßt – aber zumindest die BRD verweigert weiterhin Geld für Transport-Projekte. Sie wolle allein die „Ernährungsproblematik zum Schwerpunkt ihrer Hilfe“ machen, erklärte kürzlich die Bundesregierung und fügte hinzu: „Diese Änderung der Priorität wurde von der Bundesregierung in schwierigen Verhandlungen gegen die dortigen Vorstellungen durchgesetzt. Mosambik wollte langfristigen und wenig realistischen Projekten auf dem Gebiet der Infrastruktur Vorrang geben.“

Die BRD wie auch die EG haben also das ihnen Mögliche getan, Mosambik und auch Angola in Verhandlungen mit Südafrika zu treiben, die einer Unterwerfung nahekommen. Südafrikas erklärte Absicht ist es nicht zuletzt, den Kapitalexport in seine Nachbarländer zu entwickeln. Dies entspricht unbedingt dem Interesse der imperialistischen Monopole, die nach neuen Anlagemöglichkeiten im südlichen Afrika suchen. Zugleich würde damit die imperialistische Kontrolle über die Entwicklungsrichtung der beiden Volkswirtschaften errichtet und Terrain, das die Imperialisten mit der Befreiung Mosambiks und Angolas und später auch Zimbabwes verloren hatten, zurückgewonnen.

Daß Südafrika zu einer Änderung seiner Taktik gegenüber den schwarzen Nachbarstaaten übergeht, ist jedoch nicht einfach Ausdruck seiner Stärke, sondern läßt eher Schwächen erkennen.

Bei der letzten großangelegten Aggression gegen die VR Angola im Dezember 1983 hat Südafrika auch nach eigenen Angaben mehr Verluste an Soldaten hinnehmen müssen als jemals. Das rief bei den Imperialisten Besorgnis und unter den Weißen Südafrikas eine große Kritikwelle hervor. Der Stadtrat von Washington z.B. sprach sich dafür aus, alle Kommunalgelder von solchen Banken und Gesellschaften zurückzuziehen, die mit Südafrika Geschäfte machen. Die südafrikanische Presse begann, der Regierung die Kosten des Krieges in Namibia vorzurechnen. Einer ihrer Kritiker kam dabei auf die Summe von umgerechnet 2,9 Mrd. DM im Jahr, auch niedrigere Schätzungen sprechen von mindestens 1 Mrd. DM. Der südafrikanische „Verteidigungshaushalt“ stieg auch

Cahora Bassa-Damm: Ein imperialistisches Projekt gegen die Unabhängigkeit Mosambiks

Am 2. Mai wollen die Außenminister Mosambiks, Südafrikas und Portugals ein Abkommen zur künftigen Nutzung des in Mosambik liegenden Cahora Bassa-Kraftwerks unterzeichnen. Die südafrikanische Regierung will demnach bis zu 1450 Megawatt Strom, das entspricht 8% des Strombedarfs, abnehmen. Mit den Erlösen, der Strompreis soll künftig etwas höher liegen als der bisherige von 1,1 Pfg/kWh, könnten dann die Hidroelectrica de Cahora Bassa – zu 85% portugiesisch, 15% gehören Mosambik – die Kredite von insgesamt zwei Milliarden DM an die französischen, italienischen und westdeutschen Gläubigerbanken zurückzahlen, mit denen die damalige Kolonialmacht Portugal den Bau finanziert hatte.

Die Regierung Mosambiks muß für dieses Abkommen teuer bezahlen: Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ zitiert die Forderung „portugiesischer Experten“, daß die Frelimo-Regierung jetzt in direkte Verhandlungen mit den Terrorbanden der MNR eintreten müsse, da diese weiterhin die über 1400 km lange Hochspannungsleitung nach Johannesburg unterbrechen könnten. Tatsächlich erweist sich, daß der Cahora-Bassa-Staudamm ein schweres Erbe der Kolonialvergangenheit bleibt.

Ende 1969 begann ein Konsortium aus französischen, italienischen, westdeutschen sowie portugiesischen und südafrikanischen Firmen mit dem Bau dieses viertgrößten Wasserkraftwerkes der Welt. Die Absicht der Imperialisten war die enge wirtschaftliche Verbindung der Kolonialstaaten Mosambik, Rhodesien (heute Zimbabwe) und Südafrika, um damit ihre Bastion gegen den Befreiungskampf im südlichen Afrika zu stärken. Mosambik sollte Stromlieferant für das südafrikanische Industriezentrum in Transvaal werden. Imperialistische Konzerne hätten die Ausbeutung von Bodenschätzen in Mosambik aufnehmen können. Die portugiesische Regierung plante die Ansiedlung von mehreren hunderttausend weißen Siedlern.

Erinnert sei auch daran, daß die BRD-Konzerne AEG-Telefunken, BBC, Voith Heidenheim und Hoch-Tief AG am Bau beteiligt waren, westdeutsche Banken Kredite von 500 Mio. DM gaben und die Bundesregierung diese Kredite absicherte. Auch wenn der größere Teil der damals Betroffenen heute nicht mehr im Traum daran denkt, den Kampf

der unterdrückten Völker gegen den BRD-Imperialismus zu unterstützen, sei nicht verschwiegen, daß mehrere Mitglieder des KBW wegen einer Demonstration gegen die westdeutsche Beteiligung an Cahora-Bassa von der BRD-Justiz ins Gefängnis gesteckt wurden. Das Interesse der Bundesregierung an der Durchsetzung des Baus war jedenfalls beträchtlich.

Die Befreiungsbewegung Frelimo hatte den Bau des Staudamms als Mittel zur Vergrößerung der Abhängigkeit Mosambiks von den Imperialisten angegriffen und mehrfach auch militärische Aktionen gegen die Bauarbeiten durchgeführt.

Nachdem die portugiesische Kolonialherrschaft 1975 beendet hatte, konnte die von ihr gebildete Regierung das Cahora Bassa-Projekt in keiner Weise für den wirtschaftlichen Aufbau des Landes nutzen. Vielmehr stellt es seither eine schwere Belastung dar und verlängert die wirtschaftliche Abhängigkeit von Südafrika.

So kann Mosambik nicht einfach neue Landesteile an das Stromnetz anschließen oder etwa die Stromlieferung nach Zimbabwe aufnehmen, denn die dafür nötige Schaltanlage liegt in der Nähe von Johannesburg. Zudem hat sich die südafrikanische Regierung in den Verträgen das Recht vorbehalten, daß Mosambik ohne ihre Zustimmung nicht an andere Länder Strom liefern darf. Eine weitere Folge dieser weitgehenden technischen Kontrolle des Cahora Bassa-Kraftwerks durch die Imperialisten: Die Stromversorgung der Hauptstadt Mosambiks Maputo erfolgt aus Südafrika. Die Kosten für diese Stromlieferungen kann Mosambik zwar mit den Lieferungen aus Cahora Bassa verrechnen. Wenn aber wie in den letzten Jahren durch die Sabotageakte der MNR Mosambik nicht die vertragliche Mindestmenge nach Südafrika liefern kann, muß es den Strom für Maputo mit Devisen kaufen und vergrößert so seine Schuldenlast.

Die Regierung Mosambiks hofft, daß jetzt imperialistische Konzerne bereit sein könnten, den Ausbau des Cahora Bassa-Projekts durchzuführen und dabei ein nationales Elektrizitätsnetz errichten. Die Unabhängigkeit Mosambiks würde damit allerdings nicht gestärkt: Das Projekt kostete rd. 2 Mrd. \$, die die Regierung durch Kredite zu finanzieren hätte.

Quellenhinweis: Informationsdienst Südliches Afrika 2/84; FAZ, 26.4.84; Arbeiterkampf 245

1983 wieder überdurchschnittlich um 16% und beträgt offiziell rund 6,8 Mrd. DM, die wirklichen „Verteidigungsausgaben“ dürften nach den Erfahrungen der Vorjahre jedoch um 25% höher liegen. Die steigenden Kosten der südafrikanischen Aggressionspolitik schlugen sich Anfang des Jahres in einem Nachtragshaushalt nieder, dessen „Sparmaßnahmen“ wie Reduzierung der Subventionen des Brotpreises, Erhöhung der Verkaufssteuer etc. mehr und mehr auch die Buren-Bevölkerung zu spüren bekommt.



Das Regime versucht, jede Opposition zu unterdrücken – Zivilpolizist bei einer Demonstration

Ein wichtiger Hinweis auf Zersetzungstendenzen des Kolonialgebildes ist die Tatsache, daß sich jährlich 4000 bis 5000 junge Weiße dem Wehrdienst entziehen, das sind ungefähr 25 von 1000 Wehrpflichtigen. Die Zahl ist hoch, wenn man bedenkt, daß sie keine andere Alternative haben, als entweder zu emigrieren oder – bei einer Verweigerung aus moralischen und politischen Gründen – sechs Jahre in militärische Strafbarracken eingesperrt zu werden. Das Regime hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen getroffen, um seine Kampfkraft zu erhöhen. 200 000 weiße Schüler zwischen 13 und 17 Jahren werden jedes Jahr durch eine paramilitärische Ausbildung geschleift. Der Wehrdienst wurde verlängert, die Wehrpflicht ausgeweitet, das Gesetz gegen Kriegsdienstverweigerung teilweise verschärft. Die stehenden Kampfeinheiten wurden auf 200 000 Mann aufgestockt, seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre werden auch Schwarze rekrutiert, in regelrechte Kanonenfutter-Einheiten. Die Ende letzten Jahres durchgezogene „Verfassungsreform“, die den sogenannten Farbigen und Indern ein paar Schein-Rechte brachte, hat wahrscheinlich keinen anderen Grund, als die rechtlichen Bedingungen für die Ausweitung der Wehrpflicht auf diese Bevölkerungsgruppe zu schaffen. Doch all die-

se Maßnahmen verschärften und verschärfen zugleich die inneren Widersprüche und verstärken auch unter den Weißen, die einige von den Lasten der Aggressionspolitik selbst zu tragen bekommen, die Opposition.

Eine Ursache für die merklichen Zersetzungstendenzen ist der Erfolg des Volkes von Zimbabwe, das seine Unabhängigkeit erkämpft und das vorletzte Kolonialregime auf dem afrikanischen Kontinent, die bis dahin verlässlichste Stütze Südafrikas, zerschlagen hat. Die kluge Politik der von der ZANU geführten Regierung hat bisher auch unmöglich gemacht, daß die Imperialisten und ihre südafrikanischen Kettenhunde Gelegenheit für massive Einschaltung bekamen. Eine weitere Ursache ist die Tatsache, daß Südafrika trotz all seiner wütenden Anstrengungen Namibia nicht mehr lange halten kann. Die Hauptursache aber ist

der Aufschwung des Befreiungskampfes in Azania/Südafrika selbst.

Aufschlußreich sind in diesem Zusammenhang Meldungen, daß die weißen Farmer sich in den letzten Jahren in Scharen aus den Grenzgebieten Südafrikas zurückziehen. Die Regierung hat versucht, dem mit einem „Gesetz über Bevölkerungsdichte in bestimmten Gebieten“ entgegenzuwirken, aber ohne Ergebnis. Das spricht dafür, daß die Anzeichen für die Entfaltung des bewaffneten Befreiungskampfes sich mehren. Interessant sind hier verschiedene Pressekommentare, die die Abkommen mit Angola und Mosambik damit begründen, daß Südafrika, solange es an der Front in Angola, Namibia und Mosambik zu kämpfen habe, die Errichtung einer Front in Südafrika nicht verkraften kann. Offensichtlich aber rechnet man mit der Errichtung der Front in Südafrika selbst.

Das Erstarken der azanischen Arbeiterbewegung, das den Aufschwung des Befreiungskampfes vor allem kennzeichnet, hat auch das imperialistische Kapital in große Unsicherheit gestürzt. Einerseits locken nach wie vor glänzende Profitaussichten. Andererseits schreckt die ungewisse Zukunft. So nutzte 1983 – bei anhaltendem Zustrom von ausländischem Kapital – dennoch eine ungewöhnlich große Zahl ausländischer Investoren die Lockerung der Devisenbestimmungen, um Firmenanteile an südafrikanische Kapitalisten zu verkaufen und ihr Kapital aus dem Land abzuziehen. – (Fortsetzung im nächsten Heft)

Quellenhinweis: Arbeiterkampf Nr. 245 v. 9.4.1984; Archiv der Gegenwart, Jhg. 1983, Jan. – März 1984; Außenpolitik 1/83 u. 3/83; Europa Archiv Jhg. 1983, 3/84; Facts and Reports, press cuttings on Southern Africa, A – G 1984; Informationsdienst Südliches Afrika, Jhg. 1983, 1 u. 2/1984; Mitteilungen der BfAI, Weltwirtschaft am Jahreswechsel 1983/84, Südafrika; Official Yearbook of the RSA, 1984 – (scc, alk, uld)

Imperialistische Kredithilfen für Südafrikas Kolonialwirtschaft und Kolonialkriege

Ende 1982 wurden die finanziellen Probleme des Buren-Regimes unübersehbar: Die südafrikanische Regierung beantragte beim Internationalen Währungsfonds einen Kredit über 1,24 Mrd. Rand (= 2,73 Mrd. DM), der zum größten Teil zur Deckung akuter Zahlungsbilanzschwierigkeiten benötigt wurde. Das „Handelsblatt“ nannte damals vor allem zwei Gründe für das Kreditersuchen:

Erstens „den Bedarf des Landes an Investitionsgütern, um eine strategische wirtschaftliche Infrastruktur aufzubauen“. In der Tat macht ein Blick auf die Außenhandelsstruktur den Kolonialcharakter der südafrikanischen Wirtschaft deutlich und verweist alle Behauptungen in den Be-

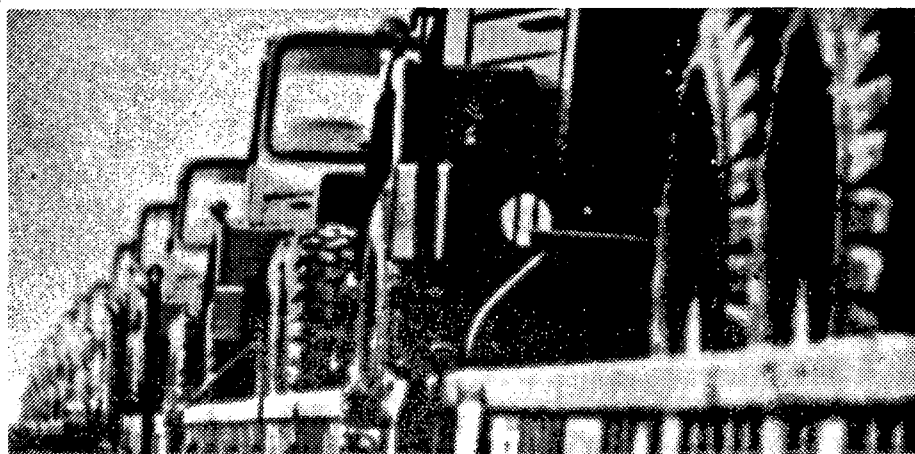
reich der Fabeln und Legenden, daß Südafrika in den vergangenen Jahrzehnten den Grundstock für eine eigenständige industrielle Entwicklung gelegt habe. Das Regime importiert fast ausschließlich industrielle Produkte, wobei der Anteil von Investitionsgütern an den Gesamtimporten von Jahr zu Jahr noch wächst. Es exportiert hingegen nach wie vor – ebenfalls fast ausschließlich – Rohstoffe und Agrarprodukte, darunter vor allem Gold, das die Hälfte der Exporteinnahmen bringt. Die drastisch sinkenden Goldpreise zu Beginn der 80er Jahre stürzten die Kolonialwirtschaft sogleich in ernste Schwierigkeiten.

Zweitens verwies das „Handelsblatt“ ganz freimütig auf die wachsenden „Öl- und Waffenimporte“ Süd-

afrikas. Zusammen seien sie in den ersten acht Monaten 1982 um 18% gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf umgerechnet 4,62 Mrd. DM gestiegen. Die südafrikanischen Statistiken weisen die Waffenimporte nicht getrennt aus, und auch die Waffenexporteure hüten sich, ihre Geschäfte mit dem Buren-Regime der Öffentlichkeit in vollem Umfang darzulegen. So ist die US-Statistik, derzufolge die Reagan-Regierung bisher Waffenverkäufe nach Südafrika in Höhe von 28 Mio. \$ genehmigt habe, sicher maßlos untertrieben; dennoch macht sie amtlich, daß die USA seit 1980 mehr Waffen an das Regime geliefert haben als im ganzen Zeitraum 1950 – 1980.

Der genannte IWF-Kredit war nur der größte und spektakulärste aller Kredite, die Südafrika in den letzten Jahren verlangt und erhalten hat. Die Auslandsverschuldung der Siedlerregierung vervierfachte sich von 1980 bis Juni 1983 auf fast 5 Mrd. DM. In dieser Summe nicht enthalten sind die Kredite an „Körperschaften des öffentlichen Rechts“, darunter v.a. das staatliche Stahlmonopol Iscor, das staatliche Energiemonopol Escom sowie SASOL I, II und III (Kohleverflüssigung, Öl, Gas, auch Giftgase). Die genannten Monopole, allesamt für die Kolonialwirtschaft und Kolonialkriege Südafrikas von großer strategischer Bedeutung, sind ganz erheblich auf Auslandskredite angewiesen: Im Juni 1982 betrug ihre Auslandsverschuldung bereits 18,3 Mrd. DM. Die BRD steht als Gläubiger – und Finanzier – des rassistischen Siedlerregimes ganz oben an.

Quellenhinweis: Blick durch die Wirtschaft v. 4.11.82; Handelsblatt v. 11.10.82; Wirtschaftsdatenblatt der BfAI v. 30.3.1984; Africa News (US) v. 30.1.84



137 schwere Militär-LKW von Magirus Deutz werden von Bremen nach Durban (SA) verschifft. Auch andere westdeutsche Konzerne – wie Rheinmetall – beliefern das südafrikanische Regime mit Waffen.

Wehrpflichtige einig für 165 DM mehr

Hildesheim. 44 Mannschaftsdienstgrade, davon 41 Wehrpflichtige und 3 Zeitsoldaten der 1. Kompanie des Sanitätsbataillons 1 in Hildesheim fordern in einem Leserbrief eine sofortige Wehrsolderhöhung um 165 DM. Sie wenden sich gegen die Verunglimpfung ihrer Lebensansprüche als Luxus durch die Truppenzeitschrift „Heer“: „... wir W 15er haben die gleichen Ansprüche an unser Leben wie alle anderen Gleichaltrigen, die außerhalb der Bundeswehr in Arbeit sind.“ Dabei ist v.a. zu nennen: eigene Wohnung, Auto, Kleidung und Schuhe, Urlaub. Als Ziel geben sie die Höhe des normalen Lohns an.

CDU: Graue Wölfe gibt es nicht!

Hannover. Wiederholt haben riesige Polizeiaufgebote in Hannover Veranstaltungen der türkischen „Idealistenvereine“ geschützt. Als Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD äußerte Innenminister Möcklinghoff jetzt, daß die „Idealistenvereine“ zwar extremistische Organisationen seien, die Gesetze des Gastlan-

Köln. Gestützt auf Anhänger und teilweise zweistellige Wahlergebnisse konnte die NPD ihren Landesparteitag diesmal in Wiehl bei Gummersbach relativ ungestört abhalten. Dem Aufruf des Aktionskomitees Oberbergischer Antifaschisten (DGB, GRÜNE, SPD, FDP, Jusos, Friedensinitiativen, Türkischer Arbeiterverein, Christen) folgten ca. 500 bis 600 Teilnehmer zu einer Gegenkundgebung, darunter auch VVN-, Volksfront-Mitglieder, Autonome und revolutionäre Sozialisten aus dem Bergischen Kreis, Köln und dem Ruhrgebiet.

des aber strikt beachteten. Die Grauen Wölfe könnten sie nicht unterstützen, da es eine solche Organisation in der BRD nicht gäbe. Wenn Mitglieder sich als „Grau-Wolf“ bezeichnen, sei dies nur als persönlicher Hinweis auf ihre geistige Grundhaltung zu verstehen. Ebenso seien Bedrohungen oder Gewaltanwendung gegen andersdenkende Türken Einzelaktionen, die sogar im Gegensatz zur offiziellen Haltung der „Idealistenvereine“ ständen. Zum Verbot: nichts, dafür sei der Bundesinnenminister zuständig.



Initiative gegen faschistische Anschläge

Frankfurt. Aus Anlaß zweier faschistischer Brandanschläge auf türkische Geschäfte im Frankfurter Stadtteil Bornheim hat die deutsch-ausländische Stadtteilinitiative ihre Aktivitäten verstärkt: in der Stadtverordnetenversammlung und gegenüber Oberbürgermeister Wallmann (CDU) fordert sie die eindeutige und klare öffentliche Verurteilung dieser faschistischen Machenschaften, die amtliche und materielle Unterstützung der Geschädigten sowie die Einstellung der polizeilichen Ermittlungen wegen Versicherungsbetrugs. Die Initiative ist inzwischen auf ca. 70 Mitglieder angewachsen, auch Mitglieder der Volksfront sind an der Arbeit beteiligt. Außer konkreten antifaschistischen Schutzmaßnahmen soll zukünftig die Arbeit von Ausländerbeiräten ein Thema sein, wozu Ausländerbeiräte, die bereits arbeiten, zur Berichterstattung eingeladen sind.

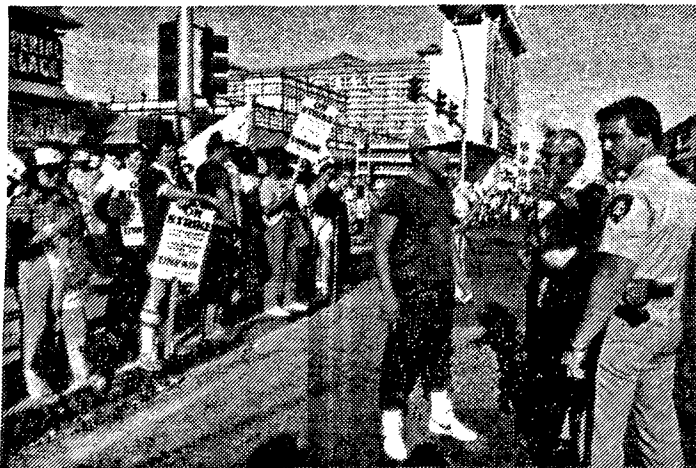
Gegen Schießübungen auf der Kieler Woche

Kiel. Die GRÜNEN wollen auf der nächsten Ratsversammlung in Kiel das Programm der Kieler Woche 1984 ablehnen und fordern insbesondere die Streichung der geplanten Schießwettbewerbe. Seit jeher dient die Kieler Woche der Propaganda von Flottenrüstung und Kriegsvorbereitung, garniert mit „Völkerverständigung“ und Volksfesttrummel. Dieses Jahr unter maßgeblicher Beteiligung der Kirche unter dem Motto: „Frieden erleben – erhalten – gestalten“. Im Programm finden sich drei

Schießwettbewerbe: „Schießen um den Preis des Ministerpräsidenten“, veranstaltet vom Verband der Reservisten, „Schießen für jedermann“ veranstaltet von der Brunswiker Schützengilde und das „Internationale Kieler-Woche-Schießen mit Mannschaften der ausländischen Flotteneinheiten“. CDU-Professor Kalfleiders Institut für Sicherheitspolitik veranstaltet zusammen mit dem Reservistenverband die Podiumsdiskussion: „Frieden – Freiheit – Sicherheit: Eckpfeiler einer menschenwürdigen Gesellschaft“, die gegen die Frieden und Sicherheit bedrohenden, „menschenunwürdigen“ sozialistischen Staaten mobil machen soll. Die GRÜNEN fordern die vollständige Streichung dieser Podiumsdiskussion.

BR-Wahl bei Freudenberg Weinheim

Weinheim. Mit 1302 Arbeiterstimmen (38,6%; 1981: 34,6%) gewann die Liste „Frischer Wind“ deutlich gegenüber der Liste der Gewerkschaft Leder. Während der Betriebsrats-Vorsitzende und der stellv. Gewerkschaftsvorsitzende Dick dies auf „schlechten Verkauf“ der „beispielhaften“ bisherigen Betriebsrätstätigkeit zurückführten, sprachen mehrere Vertrauensleute für stärkere Berücksichtigung der Interessen der (im VLK unterrepräsentierten) hart Arbeitenden und Niedrigverdiener, die die Liste „Frischer Wind“ zum ausdrücklichen Zielpunkt gemacht hatte. Die Vertrauensleute forderten Zusammenarbeit mit deren Betriebsräten und Wiederaufnahme in die Gewerkschaft.



Mit Angriffen auf die Streikposten durch Polizei und Streikbrecher (Bild) versuchten die US-Hotelkapitalisten von Las Vegas vergeblich, den Streik von 17000 Hotel- und Casino-Beschäftigten zu zerschlagen. Streikbrecher verletzten zwei Streikposten mit ihren Wagen. Die Polizei inhaftierte zahlreiche Streikende. Seit dem 2. April steht der Streik gegen die Forderungen der Kapitalisten, die bisher vereinbarte 40-Stunden-Woche für Kellner, Bühnenarbeiter, Zimmermädchen und andere zu beseitigen. Die Kapitalisten wollen Teilzeitarbeit einführen und die Angestellten je nach Bedarf für verschiedene Arbeiten einsetzen können. Durch den Streik sahen sich die Kapitalisten des größten Betriebes, des Hilton-Hotels, gezwungen, diese Forderungen aufzugeben. Die Gewerkschaften verlangen eine Lohnerhöhung von 5% über die nächsten vier Jahre. Der US-Senat hat für den 30.4. und 1.5. Anhörungen angesetzt über ein Bundesgesetz gegen Streikposten, das einen Streik als „Erpressung“ bestimmt und wirksame Streikketten mit Haftstrafen bis zu 20 Jahren bedroht.

Universität Bielefeld

Landesregierung wünscht Lohn- und Gehaltssenkung durch Abgruppierung

Bielefeld. Der Landesrechnungshof NRW hat in einem Bericht über die Universität Bielefeld vom Januar die Bezahlung der 74 Handwerker und Meister der Technischen Betriebsverwaltung (TBV) und der 201 Sekretärinnen in den Fakultäten und der Verwaltung als zu hoch bemängelt und Abgruppierungen um bis zu zwei Stufen gefordert. Dies ist nicht der einzige Bericht. Fast gleichlautende in bezug auf die Bezahlung der Arbeiter hat der Rechnungshof über die Fachhochschule Bochum und die Universität Essen erstellt; von weiteren Hochschulen in NRW sind ebenfalls Abgruppierungsfälle bekannt.

Die Bemühungen der Landesregierung, mit Hilfe des Rechnungshofs die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst zu senken, sind älter. 1979 heißt es in einem Schreiben des Wissenschaftsministers auf Grundlage von

haltssenkung durch Abgruppierungen im großen Stil.

Anfang März gab der Kanzler dem Personalrat ein Exemplar des Rechnungshofberichts. Der Personalrat beschloß, die Handwerker und Sekretärinnen in Teilpersonalversammlungen zu informieren. Als er den Kanzler von dieser Absicht unterrichtete, erklärte der den Bericht im nachhinein für vertraulich und drohte, die Versammlungen per einstweiliger Verfügung verbieten zu lassen. Die Mehrheit des Personalrats, die seit vorgezogenen Wahlen im Dezember aus Beamtenbund, DAG und freien Listen besteht, ließ sich einwickeln und beschloß, nichts zu tun. Daraufhin wies der Kanzler mehrere Fakultäten und die TBV an, für genaueste Arbeitsaufzeichnungen ab Anfang April für drei Monate von den Handwerkern und Sekretärinnen zu sorgen. Er ging über den Rechnungshofbericht

die Arbeitsaufzeichnungen zu verweigern, da nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts niemand dazu gezwungen ist. Auf ÖTV-Informationsveranstaltungen für die Handwerker – zu der selbst die im Beamtenbund organisierten Arbeiter erschienen – und Sekretärinnen wurde das Vorgehen gemeinsam besprochen mit dem Ergebnis, daß trotz mehrerer Dienstgespräche zwischen den Betroffenen und dem Personaldezernenten mit Ausnahme von vier oder fünf kein Beschäftigter Arbeitsaufzeichnungen anfertigt.

Durch die Aktivitäten der ÖTV gezwungen, führte der Personalrat am 6.4. eine Personalversammlung durch, auf der der Kanzler nichts, die Beschäftigten aber immer dann was zu lachen hatten, wenn der Kanzler erzählte, Abgruppierungen werde es nicht geben, Arbeitsaufzeichnungen müßten trotzdem sein. Der derzeitige Stand: Bei Einzelmaßnahmen wie dem genannten Bewährungsaufstieg genügt dem Kanzler jetzt eine Bestätigung des Vorgesetzten, daß der Beschäftigte für eine bestimmte Eingruppierung relevante Tätigkeiten ausübt. Auch bei den Sekretärinnen wird er es wahrscheinlich mit solchen Bestätigungen bewenden lassen. Bei den Handwerkern allerdings hat er die Meister mit den Arbeitsaufzeichnungen beauftragt, die sie auch seit Mitte April anfertigen. Die Auseinandersetzung geht weiter. – (elb)



220 Arbeiter und Angestellte protestieren gegen drohende Abgruppierungen

Rechnungshofberichten: „Insbesondere in den Jahren, als das Angebot an Arbeitskräften gering war, sind die Tätigkeiten der Angestellten und Arbeiter teilweise überbewertet worden, um Arbeitskräfte mit attraktiven Lohn- bzw. Gehaltsangeboten gewinnen ... zu können. Infolgedessen ist es nunmehr trotz des Überangebots an Arbeitskräften schwierig geworden, wieder zu einer tarifgerechten Bewertung der Tätigkeiten zurückzufinden.“ Nachdem auf die Kündigung der Vergütungsordnung mit den Gehaltssenkungen keine massive gewerkschaftliche Gegenwehr sichtbar wird, scheint der Landesregierung die Zeit reif für Lohn- und Ge-

hinaus, indem er z.B. bei Bewährungsaufstiegen in Beschäftigtenbereichen, die vom Rechnungshof nicht erwähnt wurden, ebenfalls Arbeitsaufzeichnungen forderte.

Ein einmal herausgegebener Rechnungshofbericht bleibt natürlich nicht vertraulich, sondern kursiert. Die ÖTV-Vertrauensleute organisierten am 27.3. eine Protestversammlung, zu der sie Solidaritätsadressen von anderen Hochschulen und der IG Metall, IG Druck und IG Chemie Bielefeld erhielten. Die 220 anwesenden Beschäftigten verabschiedeten einstimmig eine Resolution gegen die drohenden Abgruppierungen. Die ÖTV forderte sie auf,

BMW München Ergebnisse der Betriebsratswahl

München. Vor zwei Wochen haben bei BMW München die Betriebsratswahlen als Gemeinschaftswahl von Arbeitern und Angestellten und als Persönlichkeitswahl innerhalb einer IGM-Liste stattgefunden. Der vom Betriebsrat meist eingesetzte Vertrauensleutkörper hatte die Reihenfolge auf der Liste als Wahlvorschlag festgelegt. Der Rechenschaftsbericht des bisherigen Betriebsrats galt als Grundlage der Kandidatur, das Erreichte sichern, die Wirtschaftskraft des Unternehmens als Grundlage für eine vernünftige Belegschaftspolitik erhalten und ausbauen, war das Motto und mündete in der Aufforderung, die ersten 41 der 90 Kandidaten zu wählen. Kandidatenvorstellungen o.ä. gab es nicht.

Nach der bis 1975 erfolgten Persönlichkeitswahl hatte es schon 1978 und 1981 Listenwahl gegeben. 1978 standen außer der IGM-Liste noch fünf Listen von Ausländern zur Wahl, eine davon erklärte sich als zweite IGM-Liste. 1981 verhinderte ein einzelner Angestelltenabteilungsleiter die Persönlichkeitswahl.

Die Wahlbeteiligung lag diesmal mit 62,6% wesentlich niedriger als 1978 (77%) und unwesentlich höher als 1981.

Der bisherige (seit 1949) Betriebsratsvorsitzende und Gesamtbetriebsratsvorsitzende Golda wurde mit Abstand (65,8% der abgegebenen Stimmen, der nächste bekam 44,3%) wiedergewählt. Zahlreiche Stimmzettel mit nur seinem Namen legen nicht nur eine gezielte Unterstützung nahe, sondern auch, daß z.T. wie bei der bisherigen Listenwahl verfahren wurde, nämlich den Listenführer anzukreuzen. Die ersten 41 der Kandidaten wurden zwar gewählt, aber die restlichen erhielten zwischen 2000 und 1000 Stimmen (14% und 7%), um deutlich zu machen, daß eine Änderung der Betriebsratsarbeit für nötig erachtet wird.

Dem Betriebsrat werden sechs ausländische Betriebsräte angehören, bei

einem Anteil der Ausländer von ca. 40% der Münchner Beschäftigten.

Im Ergebnis hat es Rangverschlechterungen der Ausländer gegenüber den Deutschen, der Freigestellten gegenüber den Nichtfreigestellten gegeben. Verbessern konnten sich jene, die erfahrbar Nützliches leisteten, wie Organisation des Belegschaftsverkaufs. Die Wahlbeteiligung war offensichtlich bei den ungelernten und v.a. ausländischen Arbeitern niedrig, relativ hoch bei den deutschen Facharbeitern und den technischen Angestellten.

Die nächsten Auseinandersetzungen mit den Kapitalisten zeichneten sich laut letzter Betriebsversammlung bereits ab: „flexible“ Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich, Abgruppierungen nach Einsatz neuer Maschinerie möglichst bei Umgehung des Betriebsrats.

— (evz)

beitgebers, auf Wunsch des Angestellten eine solche Vereinbarung abzuschließen, ist nirgends festgehalten. Freiwillig gehen lassen werden sie nur diejenigen älteren Kollegen, die sie nicht mehr brauchen. Freiwillig gehen werden die, die es sich leisten können; doch die werden es nicht nötig haben. Weiter werden „freiwillig“ die älteren Kollegen gehen, die den immer weiter wachsenden Anforderungen durch die Intensivierung des Arbeitstages nicht mehr standhalten können und ein erbärmliches Dasein im Ruhestand der unerträglichen Tretmühle im Betrieb vorziehen.

In einem Schreiben vom 12.4.84 an alle Arbeitgeberverbände des Bankgewerbes hat die HBV die Kapitalistenvertreter aufgefordert, die Verhandlungen „insbesondere zu den Punkten Gehaltsvolumen/Gehaltsanhebung kurzfristig wieder aufzunehmen“. Der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes des privaten Bankgewerbes, Klaus Dutti, sagte, er sehe keinen Grund für weitere Verhandlungen.

Der Grund, weshalb sich die DAG diese Spaltung leisten konnte, lag vor allem darin, daß die DGB-Gewerkschaften mit ihrer Propaganda für die 35-Stunden-Woche den Kampf um den Lohn nicht ernsthaft angegangen sind. Gerade unter dem Hinweis auf die schlechten Abschlüsse der vergangenen Jahre hatte die DAG für den Bankbe-

Tarifabschluß Banken

HBV fordert Wiederaufnahme der Verhandlungen

Hamburg. Am 17. April protestierten etwa 2500 Bankangestellte nach Aufruf der Gewerkschaft HBV in Frankfurt, Düsseldorf, Mainz und Saarbrücken mit Warnstreiks und innerbetrieblichen Informations- und Demonstrationsveranstaltungen gegen den niedrigen 3,4%-Abschluß der Banken mit der DAG. Schwerpunkte der Streikaktivitäten lagen bei der Hessischen Landesbank, der Commerzbank, der Dresdner Bank und der Frankfurter Börsen-Daten-Zentrale. Das „Handelsblatt“ meldete dazu am Tag darauf: „Ein vorübergehender Stromausfall der EDV-Anlage in der Frankfurter Börsen-Daten-Zentrale ... hatte nach Aussagen ihres Leiters nichts mit der HBV-Demonstration zu tun.“ Allein in Frankfurt versammelten sich mehrere hundert Bankangestellte während der Mittagszeit zu einer Protestkundgebung. Die HBV stellte ein Essen (siehe Bild). In Hamburg werden in den Banken Unterschriften gesammelt für Wiederaufnahme der Verhandlungen. Weitere Aktionen sind angekündigt: „Wir sind durchaus steigerungsfähig, wenn die Arbeitgeber nicht den Weg an den Verhandlungstisch zurückfinden“, äußerte Vorstandsmitglied Lorenz Schwegler.

Den Bankkapitalisten war es gelungen, mit Hilfe der dienstbaren DAG die DGB-Gewerkschaft HBV aus der Tarifrunde auszubooten. Ergebnis: Erneute Gehaltskürzungen — für die meisten Angestellten sind die 3,4% weniger als 100 DM brutto, für die Auszubildenden gerade 20 DM — 30 Tage Urlaub jetzt auch für die jüngeren Kol-

legen und für etwa ein Prozent der Angestellten eine bescheidene Möglichkeit, vorzeitig den Ruhestand anzutreten. Diese Ruhestandsregelung ist nicht nur mit immensen Einkommenseinbu-



600 Frankfurter Bankangestellte fordern am 17. April in der Mittagspause neue Verhandlungen von den Bankkapitalisten.

ben verbunden — für einen Angestellten in Tarifgruppe 4 (z.Zt. 2653 DM brutto) sind es mehr als 600 DM monatlich netto — einen Anspruch auf Vorruhestandsgeld hat man nach 10 bzw. 20 Jahren Dienstreue aber auch nur, sofern das „Arbeitsverhältnis durch eine Vereinbarung mit dem Arbeitgeber zum Zwecke der Inanspruchnahme von Vorruhestandsgeld beendet ist“. Eine Verpflichtung des Ar-

reich von Anfang an die Forderung nach der 35-Stunden-Woche nicht aufgegriffen. Auch wenn zu erwarten war, daß sie auch wegen des Gehalts den Kapitalisten nicht zu nahe treten würde, schwächte gerade diese Argumentation die Position der HBV beträchtlich.

Mit Parolen „Wenn schon Arbeitszeitverkürzung für Gehaltsprozente — dann aber wirksam und für alle“, wie

die HBV den Vorruhestandsvertrag der DAG angreift, wird die geschwächte Kampffront auf dem Banksektor nicht wirksam aufgebaut werden können. Wenn die Kapitalisten wieder an den Verhandlungstisch gezwungen werden sollen, dann müssen Mindestbeträge hinsichtlich des Gehalts zur Debatte stehen. Viel mehr Kraft für die Gehaltserhöhung ist auch für alle anderen Bereiche notwendig, insbesondere für die niedrigst bezahlten Beschäftigten im Handel. So billig konnten die Banken, die gerade mehr als hervorragende Geschäftsjahre hinter sich haben (die Deutsche Bank zahlt ihren Aktionären 24% Dividende) nur deshalb davon kommen, weil die DAG die über die Lohnfrage angelegte Spaltung schärfer ziehen konnte.

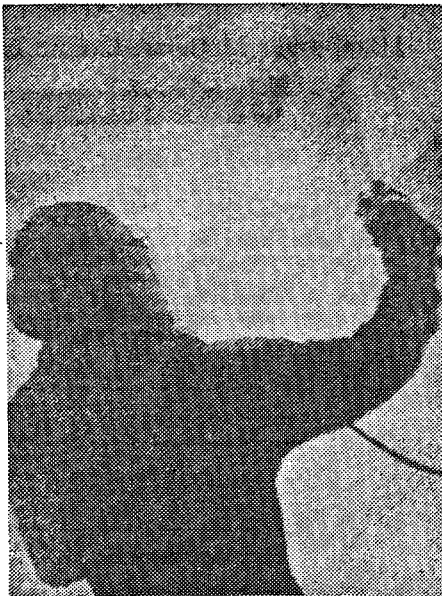
Quellenhinweis: Frankfurter Rundschau v. 18.4.84; Handelsblatt v. 14.4.84; HBV-Pressemitteilungen vom 18.4.84 – (mod)

Arbeitsbedingungen DGB sucht Unterstützung durch Universitäten

Hamburg. Der DGB-Bundesvorstand hat in mehreren DGB-Landesbezirken sogenannte Kooperationsstellen eingerichtet, die die Zusammenarbeit des DGB mit Universitäten und Wissenschaftlern im Kampf gegen gesundheitsgefährdende Arbeitsstoffe fördern sollen. Anfang April führte der Bundesvorstand eine Tagung durch, auf der die Aufgaben der Gewerkschaften im Kampf gegen die Gesundheitsgefahren in den kapitalistischen Betrieben erörtert wurden. Betriebsräte, Gewerkschafter und Wissenschaftler diskutierten die damit zusammenhängenden Fragen.

Aus mehreren Betrieben wurde anhand von Beispielen verdeutlicht, daß trotz einer Vielzahl von Vorschriften Arbeitsbedingungen herrschen, welche die Gesundheit der Arbeiter und Angestellten angreifen. Laborantinnen, die im öffentlichen Dienst arbeiten, berichteten, daß sie mit krebserregenden Stoffen arbeiten müssen. Absaugungen würden aber erst genehmigt, wenn sie den Nachweis erbringen könnten, daß sie selbst an Krebs erkrankt sind. Arbeiterinnen einer Reinigungsfirma müssen mit Reinigungsmitteln arbeiten, die selbst ihre Schuhe angreifen. Über Todesfälle durch Asbestose wurde berichtet und über die hartnäckigen Bemühungen von Betriebsräten, Schutzmaßnahmen durchzusetzen.

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Fehrenbach wies in seinem einleitenden Referat darauf hin, daß die Arbeitsbedingungen weit davon entfernt seien, der Menschenwürde zu entsprechen. Er forderte von den Universitäts-



Malerarbeit – Arbeitsmediziner stellen fest, daß Farben Stoffe enthalten, die zu Hirnschäden führen.

ten Unterstützung, um die schädliche Einwirkung bestimmter Arbeitsstoffe sowie aller körperlichen und psychischen Belastungen nachweisen zu können. Der DGB müsse Einfluß auf die konzeptionelle Entwicklung von Produktionsmethoden nehmen, um Schädigungen von vornherein zu vermeiden. Zu diesem Zweck seien die Kooperationsstellen eingerichtet. Auf der Tagung wurde der DGB aufgefordert, die Kooperationsstellen zu Beratungsstellen für Betriebsräte und Gewerkschaften auszubauen und die Wissenschaftler dafür zu gewinnen, die Auseinandersetzung in den Betrieben um die Arbeitsbedingungen direkt zu unterstützen.

Anwesende Wissenschaftler mehrerer Universitäten (Ärzte und Chemiker) unterstützten dies. Der DGB wurde aufgefordert, intensivere Öffentlichkeitsarbeit zu machen. In der Öffentlichkeit sei bekannt, wie ein kranker Aal aus der Elbe aussieht, aber nicht, welche Arbeitsbedingungen in den Betrieben herrschten und welche gesundheitlichen Gefahren für Arbeiterinnen und Arbeiter bestünden. – (gut)

Darmstadt Vertreibung von Roma-Familien

Darmstadt. Am 13. April 1984 hatte die letzte von ursprünglich vier in Darmstadt lebenden Roma-Familien die Stadt mit dem Ziel nach Frankreich verlassen. Als die Familie an der Grenze bei Saarbrücken festgehalten wurde, leitete die Darmstädter Ausländerbehörde eine (rechtswidrige) Abschiebepflicht an den Grenzschutz weiter.

Die Familie sollte am Frankfurter Flughafen der Darmstädter Ausländerbehörde übergeben werden, weil der Bundesgrenzschutz sich „in Darmstadt nicht so gut auskenne“.

Tatsächlich sollte die Familie, wie auch die anderen, nach Jugoslawien, ihrem Herkunftsland, abgeschoben werden. Auf Intervention des saarländischen Innenministeriums mußte die Abschiebung vom Verwaltungsgericht Darmstadt für unzulässig erklärt werden. Der „Zentralrat Deutscher Sinti und Roma“ brachte die Familie nach Darmstadt zurück.

Die Familie war aus Darmstadt regelrecht geflohen, weil Oberbürgermeister Metzger (SPD) im Verbund mit den Behörden eine Kette von Maßnahmen ergriffen hatte, die vier Roma-Familien zu vertreiben.

Am 18./19. August 1983 ließ die Stadt in einer Blitzaktion ein Haus abreißen, das die vier Roma-Familien bis dahin bewohnt hatten. Diese befanden sich gerade auf einer Reise. Dabei wurde alles, was sich an persönlicher Habe in den Häusern befand, insbesondere eine Kupferwerkstatt und persönliche Gegenstände (Bilder von Verwandten, die von den Faschisten verfolgt worden waren) vernichtet. Begleitet wurde die Abrißaktion von Tiraden des Oberbürgermeisters Metzger, die nach Romani Rose (Vorsitzender des Zentralrat Deutscher Sinti und Roma) an den nationalsozialistischen „Stürmer“ erinnern („fürchterlicher Gestank, Seuchengefahr, halbverweste Kadaver, Rattenplage“ usw.).

Die zurückgekehrten Romafamilien wurden in völlig unzureichende Wohnwagen ausquartiert, an den Rand der Stadt, neben eine Müllkippe. Nachdem die Behörden die Existenzgrundlage der Roma (Kupferwerkstatt) so gründlich zerstört hatten, wurde eine Pressekampagne wegen angeblicher Kriminalität der Roma eingeleitet. Sodann wurde die Familie Nicolice wegen (noch nicht rechtskräftig verurteilter) „strafbarer Handlungen“ am 26. März 1984 nach Jugoslawien abgeschoben. Weitere Abschiebungen mit ähnlichen Begründungen folgten. Sozialhilfe wurde den Familien verweigert, dafür aber wurden in der errichteten Baracke täglich Razzien durchgeführt.

Unterstützt von zahlreichen Organisationen in Darmstadt selbst und von antirassistischen und antifaschistischen Organisationen fordert der „Zentralrat Deutscher Sinti und Roma“:

„Für die aus Darmstadt vertriebenen Roma ist zu fordern, daß sie unter rundweg verbesserten rechtlichen und sozialen Bedingungen in die Stadt zurückkehren können ... Der durch den Hausabriß entstandene Schaden ist vollständig wiedergutzumachen.“

Quellenhinweis: Presseerklärung des Zentralrat Deutscher Sinti und Roma – (cog)

Frauenarbeit in Niedriglohngruppen

Anhebung der unteren Lohngruppen und tarifliche Schutzbestimmungen nötig

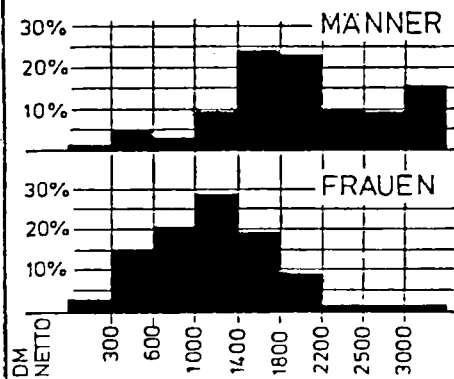
Stuttgart. Der Bosch-Konzern ist ein erfolgreiches Unternehmen, betriebswirtschaftlich und statistisch gesehen. Faktisch gesehen geht es einigen in diesem Unternehmen immer besser, nicht nur der Familie Bosch, die mit 11 % am Stammkapital beteiligt ist. Und vielen, die hier „ihren“ Arbeitsplatz haben, geht es immer schlechter. Langsam aber sicher werden hier Frühinvalide und beschränkt vermittelbare Arbeitslose produziert, die wahrscheinlich letzten Endes von der Sozialhilfe leben müssen, weil zwei Drittel aller Arbeiter bei Bosch nach den unteren Lohngruppen bezahlt werden.

Die IG Metall Baden-Württemberg hat früher schon öfters Alarm geschlagen: Sieben von zehn Akkordarbeiterinnen scheiden vorzeitig aus dem Produktionsprozeß als Frühinvalide aus. Und bei den noch Arbeitenden reicht der Lohn nicht aus, um die steigenden Ausgaben zu finanzieren. Eine Arbei-

April bekam sie wegen längerer Krankheit die Kündigung. Sie und ihr Mann, der ebenfalls bei Bosch arbeitet, können ein Lied singen von der Wohltat der Arbeitsplätze. Seit 13 Jahren ist sie erwerbstätig und war früher nie ernstlich krank. Die Schmerzen haben erst nach sieben Monaten Bandarbeit begonnen. „Ich habe immer das gleiche gehabt, Magenschmerzen, der Arzt meinte zuerst, es sei eine Gastritis, dann, es sei eine Gallenentzündung. Seit zwei Jahren muß ich jeden Morgen erbrechen und abends, wenn ich von der Arbeit komme. Was mich nervös macht, ist folgendes: Die Maschinen laufen immer schneller, es gibt kaum Luft zum Atmen, weil die ganze Halle mit Maschinen vollgestellt ist, es ist zu laut. Das Band ist immer gelaufen, ich mußte alle acht Sekunden die gleichen Handgriffe machen. Zuletzt machten wir in acht Stunden 3600 Lichtmaschinen. Ich hatte Angst, daß



VERTEILUNG DER ERWERBSTÄTIGEN IN BADEN WÜRTTEMBERG NACH NETTOEINKOMMEN



In Baden-Württemberg verdienen 39,7% aller erwerbstätigen Frauen im März 1982 weniger als 1000 DM netto monatlich, bei den Männern 9,6%. Wie soll man unter solchen Verhältnissen selbständig leben können?

terin in Lohngruppe 2 kommt mit Akkordarbeit in Normalarbeitszeit brutto auf 1840 DM monatlich. Ist sie allein stehend mit zwei Kindern, dann bleiben davon netto 1381 DM übrig. Der Sozialhilfesatz würde für sie 1296 DM betragen.

Ist das nicht alles schamlos übertrieben, ist es nicht so, daß alles prima läuft, wenn man nur einen Arbeitsplatz hat? Man halt den Gürtel enger schnallen und die Ärmel hochkrempeln muß, um aus dem Konjunkturtief herauszukommen?

Kündigung wegen Krankheit

Eine Frau arbeitet seit zwei Jahren in Akkord- und Schichtarbeit. Mitte

ich bei der Arbeit erbrechen muß und kein Springer kommt, der mich ablöst.“ Der durchschnittliche Krankenstand bei Bosch betrug 1982 6,59%, bei den ausländischen Arbeiterinnen 11,67%. Die hohe Arbeitsintensität erzwingt lange Krankheitszeiten und letzten Endes das Pausieren in der Arbeitslosigkeit, bis wieder ein neuer Ausbeuter gefunden wird.

Ausbeutung zum Mindesttarif

Für diese Arbeit wurde sie nach Lohngruppe zwei entlohnt, das sind tariflich in der Stunde 8,72 DM, je nach zusätzlicher Akkordleistung erhöhte sich ihr Verdienst auf 11,50 DM bis 12 DM.

Mit Schichtzulage kam sie netto im Monat auf 1500 DM bis 1600 DM. Wie sie, so arbeiten über 1000 bei Bosch in Stuttgart-Feuerbach.

Und wie geht das überhaupt mit Akkord- und Schichtarbeit, Haushaltsführung und Kindererziehung? Eigentlich gar nicht. Der „familienfreundliche“ Kurs der Bundes- und Landesregierung und Stadtverwaltung bürdet den Familien verstärkt Belastungen auf, die auch gesellschaftlich organisiert werden könnten. „Die Kinder sind zu Hause, im Kindertagheim bekamen sie keinen Platz, obwohl sie gern hingegangen wären. Kinder zu Hause, Essen machen, um ein Uhr mittags zur Arbeit, das macht die Nerven kaputt.“ Sie will sich jetzt sechs Monate ausruhen, dann wieder Arbeit suchen, falls sie den Prozeß nicht gewinnt. Entweder sucht sie dann eine Beschäftigung als Putzfrau oder Küchengehilfin. Das Interesse und die Notwendigkeit, wieder arbeiten zu gehen, bestehen weiterhin.

Abwehr von Dequalifizierung und Arbeitskraftvernichtung

Welche Möglichkeiten gibt es überhaupt, gegen die mörderischen Arbeitsbedingungen vorzugehen? „Sieben Stunden am Tag Arbeit sind schon gut, das ist eine Stunde weniger, wir haben mehr Freizeit, mehr Zeit zum Ausruhen.“ Aber: Das Band läuft zu schnell, Erholungsmöglichkeiten sind nicht ausreichend, der niedrige Tariflohn zwingt zur Überverausgabung von Arbeitskraft. Eine Anhebung des Grundlohns wäre nötig, zum Beispiel die Streichung der Lohngruppe zwei, längere Erholungspausen pro Stunde, besonders bei Nacharbeit, tarifliche Mußbestimmungen zur Länge der Taktzeit, veränderte Arbeitsorganisation und veränderte Arbeitsinhalte. In der Anhebung der untersten Lohngruppe im Verhältnis zum Ecklohn (LG 6) hat die IG Metall Baden-Württemberg Erfolge verzeichnet: 1950 betrug dieses Verhältnis 72,5%, 1960 75% und 1983 82,65%. Allerdings konnte die Gewerkschaftsbewegung in keinem Tarifgebiet erreichen, daß die Lohngruppe zwei gestrichen wurde.

Der zunehmende Druck des Arbeitsmarktes gibt den Kapitalisten die Möglichkeit, auch Männer verstärkt in diese unterste Lohngruppe zu pressen. Im Januar 1983 waren bei Bosch Feuerbach 100% aller Beschäftigten in Lohngruppe zwei Frauen, 10 Monate später wurden bereits 85 Männer nach dieser Lohngruppe entlohnt. Statt die unterste Lohngruppe abzubauen, werden zunehmend Arbeiter hier hineingezwungen. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten in dieser Lohngruppe von 800 auf 1026. Die unteren Lohngruppen sind keine reine Frauenlohngruppe mehr. - (ros)

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

Bis in die 50er Jahre waren sogenannte Frauenlohnabschläge tariflich vereinbart. Für gleiche Arbeit an gleichen Arbeitsplätzen gab es bei Frauenarbeit weniger Lohn. Der internationale Kampf der Gewerkschaftsbewegungen und der Frauenbewegungen gegen diese Diskriminierung unter der Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ führte dann in den 70er und 80er Jahren zu Erfolgen.

Die EG-Richtlinien vom 10.11. 1975 „über die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen“, vom 9.2. 1976 und vom 14.2. 1977 zwangen letzten Endes auch die Bundesregierung, das „Arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz“ vom 13.8. 1980 zu verabschieden. Mit ihm sind die §§ 611a, 611b, 612 Abs. 3 und 612a neu in das BGB aufgenommen worden.

Statt der offenen gibt es jetzt die verdeckte Diskriminierung durch die „Leichtlohngruppen“. Im Lohnrahmentarifvertrag der Metallindustrie sind die untersten Lohngruppen durch „geringe körperliche Belastung“ definiert. Belastungsfaktoren wie nervliche Anspannung und Monotonie fehlen. Um dem Problem beizukommen, wäre mindestens eine tarifliche Anhebung gegenüber den anderen Lohngruppen, wie auch der Abschluß von hohen Mindestbeträgen, wie auch eine Neudefinierung der Lohngruppen nötig.

Trotzdem bleibt die Frage, warum es ausgerechnet Frauen sind, die massenhaft von den Kapitalisten zu Niedrigstlöhnen beschäftigt werden. Eine Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit ergab 1980, daß Frauen öfter und länger arbeitslos sind als Männer, wobei das berufliche Qualifikationsniveau kaum eine Rolle spielt. Die familiäre Belastung ist wichtiger. Zum Beispiel beträgt der Anteil der Frauen, in deren Haushalt Kinder bis zu 14 Jahren leben, bei den beschäftigten Frauen nur 33%, bei den arbeitslosen Frauen dagegen 49%. Die Doppelbelastung von Haushalt, Familie und Lohnarbeit führt zu häufigerem Wechsel der Arbeitsplätze. Das wird von den Kapitalisten ausgenutzt, um diese Frauen in die untersten Lohngruppen zu pressen und zur Überverausgabung von Arbeitskraft zu zwingen.

Startbahn West Eröffnung gefeiert

Frankfurt. Einem bundesweiten Aufruf zu einer Demonstration am 14. April anlässlich der Eröffnung der Startbahn West des Flughafens Frankfurt/Main am 12. April folgten rund 20000 Menschen (s. BWK, Nachrichtenheft 08, Nr. 16/84).

Auf einen eigenen Aufruf der GRÜNEN am 12. kamen 5000. Die GRÜNEN und die örtliche Bürgerinitiative hatten gesondert aufgerufen, um „gewaltfrei“ zu bleiben. Dessen ungeachtet war von großem Vorteil, daß die hessischen Gliederungen der GRÜNEN ausnahmslos ablehnten, sich von



Startbahn-West-Demonstration am 14. April 1984

dem ohne ihre Beteiligung zustandekommenen Aufruf zum 14. April zu distanzieren, wie es CDU, SPD und FDP vor und nach der Demonstration gefordert hatten. Auch nach der Demonstration, in deren Verlauf es zu Kämpfen zwischen der Polizei und Demonstranten kam, beschränkten sich die Grünen auf Angriffe gegen die Polizei, die „wehrlose und friedliche Demonstranten verprügelt“ habe. Das ist richtig und kennzeichnet die polizeiliche Taktik vor und während der Demonstration. Vor dem 14. April verteilte die Polizei in Frankfurt/Main und Mörfelden-Walldorf Flugblätter, die „den Bürger“ zu „einsichtigem Verhalten“ zwecks „Unterstützung“ der „schweren Arbeit der Polizei“ aufriefen. Die Angabe des „einsichtigen Verhaltens“ wurde mitgeliefert: da mit „Maßnahmen unmittelbaren Zwangs“ zu rechnen sei, solle die Straße freigehalten werden.

Während der Demonstration verspürten die Polizeitruppen keine Lust,

sich mit den zahlreich anwesenden Militanten zu schlagen, sondern suchten sich erkennbar „Gewaltfreie“ heraus. Es liegt auf der Hand, daß die Polizeiführung damit die tatsächliche Isolation der Militanten betreiben will. Die politische Isolation voranzubringen, ist das Geschäft der staatstragenden Parteien. Die verbreitete Auffassung unter den Militanten, wonach Schläge auf den Kopf geeignet seien, die Staatsloyalität herauszutreiben, ist ein Trugschluß. Tatsächlich ist ohne politisch begründete Antwort auf die Hetze der staatstragenden Parteien eher damit zu rechnen, daß die Polizei das Feld freiprügelt für Auseinandersetzungen, in denen sich nur noch Militante und Polizeitruppen gegenüberstehen. Es ist das Verdienst Alexander Schubarts, dieses Problem auf der Kundgebung benannt zu haben. Er bezeichnete die Niederlage im Kampf gegen die Startbahn West als nicht nutzlos; vielen Menschen sei klar geworden, daß dieser Staat nicht ihre Interessen durchsetze. Ausgesprochen verfehlt ist in diesem Zusammenhang, daß die GRÜNEN Hessen eine SPD-Regierung unterstützen wollen, die die Niederschlagung der aus der Durchsetzung des Startbahnbaues anhängigen Strafverfahren ausdrücklich ablehnt.

Gegen die militärische Nutzung der neuen Startbahn – Rhein-Main-Air Base in Frankfurt zentraler Westeuropas- und Nahost-Umschlagplatz von NATO und USA – stellten am 11.4. einige Menschen auf dem Bundesbahnhöfchen der Air Base ein Transparent auf: „Gegen die NATO-Startbahn“, dessen Wirkung verstärkt wurde durch mehrere Kubikmeter in die Gleise eingelassenen Beton.

Quellenhinweis: FAZ, FR, Ausgaben vom 10. bis 18.4. 1984 – (lgr)

Kraftwerk Buschhaus Keine Inbetriebnahme ohne Entschwefelung

Braunschweig. Im Jahre 1978 wurde der Braunschweigischen Kohle-Bergwerke AG (BKB) in Helmstedt die Genehmigung zum Bau des Salzkohlkraftwerkes Buschhaus erteilt. Dieses Kraftwerk soll zum 1. Juli 1984 ohne eine Rauchgasentschwefelungsanlage in Betrieb gehen und wird stündlich über 18 Tonnen Schwefeldioxid – das sind jährlich über 80000 Tonnen – ausspucken. Schon heute sind der Elm und Königslutter, Naherholungsgebiete von Braunschweig und Wolfsburg, was die Belastung mit Schwefelverbindungen und Staub angeht, so stark belastet wie das Ruhrgebiet. Im Raum Königslutter gehen pro Jahr 120 Kilo-

gramm Schwefel auf einem Hektar nieder. Das sind doppelt so viel wie im Bundesdurchschnitt. Im Raum Braunschweig wird seit Jahren ein gehäuftes Vorkommen von chronischen Lungenkrankungen beobachtet. Bei Kindern ist es zu einer Zunahme der Fälle von Pseudokrapp gekommen. Vom Waldsterben ganz zu schweigen.

Die BKB-Kapitalisten wollen dazu übergehen, zusätzlich zur Braunkohle, deren Vorkommen angeblich in wenigen Jahren erschöpft sein sollen, auch noch Salzkohle im Raum Schöningen im Tagebau abzubauen. Salzkohle läßt sich jedoch in den Kesseln der Braunkohlkraftwerke der BKB nicht verstromen. Dazu wurde für 850 Mio. DM das Kraftwerk Buschhaus gebaut. 105 Häuser und Höfe wurden abgerissen, um dem Tagebau Platz zu schaffen.

Von Anfang an gab es Widerstand gegen den Salzkohleplan. Seit Jahren wird für Buschhaus eine Entschwefelungsanlage gefordert. Anfangs taten die BKB-Kapitalisten die Proteste damit ab, daß die Belastungen gar nicht so groß sei und daß durch den hohen Schornstein die Luft in Helmstedt sogar noch besser würde. Außerdem habe es nicht die technischen Kenntnisse gegeben. Die Forderung zahlreicher Initiativen und einer Demonstration von 7000 am 28.4. lautet: „Keine Inbetriebnahme ohne Entschwefelung!“ Die Landesregierung und die BKB wollen Buschhaus im Juli ohne Entschwefelung in Betrieb nehmen. Ein Stufenplan, der den Einbau einer Entschwefelungsanlage bis 1988 vorsieht, soll den Protest abstopfen.

Quellenhinweis: Braunschweiger Stadtzeitung 3/84; Extrablatt der BKB vom 27.4.84 (Beilage zur Braunschweiger Zeitung) – (smi)

NRW

DVU-Veranstaltungen teilweise verhindert

Oberhausen. Im April führte die faschistische Deutsche Volks-Union (DVU) eine Vortragsreihe mit dem britischen Hitler-Historiker David Irving in mehreren nordrhein-westfälischen Städten durch. Die Vortragsreihe diente der Rehabilitierung von Rudolf Hess. Mit dieser und anderen Kampagnen zur Freilassung von R. Hess wird versucht, die Tätigkeiten der deutschen Bourgeoisie im „Tausendjährigen Reich“ wieder salonfähig zu machen. Die DVU ist Mitglied im sog. Freiheitlichen Rat (Vorsitzender: Frey, Herausgeber der Deutschen Nationalzeitung), dem u.a. angehören: „Wikingjugend“, „Bund für deutsche Einheit“, „Stahlhelm“, „Deutscher Block“, „Gemeinschaft ost- und sudenteutscher Grundeigentümer und

Geschädigter“. Neben der Forderung nach Freilassung von R. Hess stellt die DVU die Waffen-SS als tapfere Soldaten dar, tritt für Ausländerbegrenzung ein und ist für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands als Mindestforderung.

In Oberhausen wurde die Veranstaltung der DVU verhindert. Die „Bunte Liste“ wurde von Volksfrontmitgliedern über die DVU informiert und mobilisierte kurzfristig gegen die Veranstaltung, forderte den Oberstadtdirektor auf, die Veranstaltung zu verbieten und informierte die Presse. Die regierende SPD sah sich nach diesen Aktivitäten veranlaßt, das Auditorium der Stadthalle, das von den Faschisten angemietet war, zu kündigen. Die „Bunte Liste“ mobilisierte trotzdem von einer tags zuvor stattgefundenen Gegenkundgebung gegen eine NPD-Veranstaltung, die ebenfalls verhindert wurde, zur Gegendemonstration. Zu Recht, da die Faschisten ihre Veranstaltung durchsetzen wollten. Dies wurde durch Blockaden verhindert.

In Dortmund wurde das Propaganda- und Versammlungs-„recht“ der Faschisten mit dem Polizeiknüppel



Faschisten-Historiker Irving versucht, Gegendemonstranten in Dortmund zu provozieren.

durchgesetzt. Ca. 200 Antifaschisten, u.a. Volksfront und VVN, demonstrierten dagegen. In Dortmund regiert ebenfalls die SPD. Wie weit die Förderung der Faschisten bereits gediehen ist, zeigt die Tatsache, wer die Faschisten in Dortmund bedient hat. Der Wirt des angemieteten Hotels, der die DVU schon einmal beherbergte, Karl Sammler, ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger in der SPD und für die SPD im Bochumer Stadtrat.

In Paderborn/Marienloh konnten die Faschisten trotz des Widerstandes von Gegendemonstranten und dem Wirt per einstweiliger Verfügung und massivem Polizeieinsatz ihre Propagandareihe durchsetzen. – (mas)

Elbgrenze

Albrecht für völkerrechtswidrige Regelung

Lüneburg. In die Debatte einer Grenzregelung mit der DDR für den Elbeabschnitt zwischen Lauenburg und Schnackenburg hat sich Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht eingeschaltet. Er trommelt für eine Grenzziehung am Nordostufer der Elbe. In einem von der Landesregierung in Auftrag gegebenen und der Bundesregierung zugeleiteten Gutachten erklärt der Göttinger Völkerrechtler Rauschning, daß die Alliierten die Grenze zwischen der britischen und sowjetischen Zone auf dem Nordostufer der Elbe gezogen hätten.

Die DDR fordert zu Recht eine völkerrechtliche Lösung, wonach, wie in jedem Lehrbuch des Völkerrechts nachzulesen, bei schiffbaren (internationalen) Flüssen der „Talweg“, d.h. die Mitte der Fahrinne als Grenze gilt. Faktisch wird auf dem Elbeabschnitt auch seit Jahren entsprechend verfahren, wobei westdeutsche (Zoll-)Boote immer wieder in gezielter Provokation den Zustand in Frage stellen wollen. Albrechts Absicht ist die Aufrechterhaltung dieser Situation und damit dauernde Möglichkeiten zu Grenzprovokationen, da nicht mit einem Verzicht der DDR auf ihre gerechte Forderung zu rechnen ist und somit auch keine Einigung zu erwarten. So bedauert Albrecht auch, daß, nachdem ab 1950 „die Engländer ihre Kontrollfunktion auf der Elbe dem Zolldienst der Bundesrepublik abtraten“, aus „Opportunitätserwägungen“ „westdeutsche Zollboote ... die Boote der DDR nie kontrolliert“ haben (HAZ, 21.3.84).

Was das Gutachten betrifft: Die SPD-Bundestagsfraktion bestreitet, daß Rauschning alle verfügbaren Karten ausgewertet habe, und erklärt, daß alle insgesamt verfügbaren Karten keine eindeutige Regelung erkennen lassen.

Anlaß für Albrechts Aktivitäten war ein Interview des Bundeskanzleramtsministers Jenninger, der sich nicht eindeutig genug nach Albrechts Geschmack geäußert hat. Jenninger hofft, die Grenzverhandlungen für Erpressungsmanöver nutzen zu können, so gehe es ihm nur um „generelle Gesprächsbereitschaft“, um „auszuloten“, „was die DDR zu bieten hat“ (HAZ, 20.3.84). Im Kern sind sich beide einig und eisenhart: Eine völkerrechtliche Anerkennung durch entsprechende Grenzfestlegung wird abgelehnt.

Quellenhinweis: Menzel/Ipsen, Völkerrecht, 1979; Hanoversche Allgemeine Zeitung, versch. Ausgaben – (sts)

Altenheime

Pflegeheime in Neumünster und im Kreis Segeberg . . . nur noch Essen, Waschen, Abführen!

Neumünster. Seit im August 1975 in Wuppertal der Seniorenschutzbund „Graue Panther“ gegründet worden ist, reißen die Enthüllungen über die Lage der Alten in den Pflegeheimen nicht mehr ab. Konnten die zuständigen Behörden die Vorfälle anfangs noch als Ausnahmen hinstellen, so ist das nun nicht mehr möglich, denn durch die „rebellischen Alten“ ist das gesamte Altenversorgungsprogramm der Bundesregierung angeprangert worden.

Fest steht, daß die Altenpflegeheime zu den am meisten gefürchteten Einrichtungen zählen, da sie, obwohl klinikartig, keinesfalls Stätten der Rehabilitation sind, sondern nur noch „Endstationen“ menschlichen Lebens. „Lieber in den Knast als ins Pflegeheim, da weißt du wenigstens, daß du wieder raus kommst!“

Wenn nun die CDU, allen voran Heiner Geißler, in den letzten Monaten so intensiv nach Alternativen für die Betreuung alter Arbeiter sucht, dann ist deren Wohl das Letzte, was er dabei im Auge hat. Da ist von „Stärkung des Familiensinns“ die Rede und von Subsidiarität (Unterstützung), aber kostenlos wohlgemerkt, durch Nachbarn und Verwandte im Sinne von „Nächstenliebe“! Denn die Altenpflege kommt den Staat teuer zu stehen: 1982 wurden ca. 16,25 Mrd. DM Sozialhilfegelder gezahlt; davon entfielen etwa 63% auf Pflegegelder, da 70% aller Pflegebedürftigen auf Sozialhilfe angewiesen sind. Wen wundert es da, wenn schon 1983 der Schlachtruf: Weg mit dem Anspruchsdenken! auf den Fahnen der CDU stand.

Anhand von Zahlen aus dem Wirkungsbereich der „Grauen Panther“ Neumünster sollen hier die „Ansprüche“, die die Pflegebedürftigen in Neumünster und im Kreis Segeberg stellen können, näher beleuchtet werden.

In Neumünster gibt es sechs „Seniorenheime“, davon gehören drei der Stadt, zwei der „Inneren Mission“ (ev. Kirche), und eines ist privat. Dazu kommen 22 Alten-Psychiatrie-Betten im psychiatrischen Krankenhaus Hahnknüll. Zusammen sind das 695 Alten- und Pflegeheimplätze für eine Stadt mit ca. 85000 Einwohnern. Wenn man berechnet, daß 14% der BRD-Bevölkerung über 65 Jahre alt ist, käme man in Neumünster immerhin auf 11900 ältere Menschen, für die zumindest zeitweise Betreuung möglich sein müßte.

Im Kreis Segeberg gibt es, wie im übrigen Hamburger Umland eine verhältnismäßig große Anzahl von Alteinrichtungen. Die Bewohner kommen aus Hamburg, Lübeck und dem gesamten südlichen Schleswig-Holstein. Hier fällt deutlich die Häufung privater Heime auf; von 61 Einrichtungen sind 45 gewerblich und stellen 1392 der 2302 vorhandenen Betten. Die restlichen 16 Heime haben öffentlich-rechtliche Träger.



Bericht der Kreisbehörde Segeberg: „Dabei mußte auch die Verhältnismäßigkeit der Mittel berücksichtigt werden . . .“ – mit der Begründung ist alles erlaubt.

Die Kosten für die Unterbringung sind in Neumünster und im Kreis Segeberg ähnlich hoch: Altenheimplätze zwischen 1300.- und 2000.- DM pro Monat, d.h. 43.- bis 65.- DM pro Tag. Im Pflegeheim kostet ein Monat ca. 2500.- DM, das sind 83.- DM am Tag. Darin enthalten sind rund 10.- DM für Verpflegung. Es gibt keine großen Preisdifferenzen bei den verschiedenen Heimträgern. Was wird nun geboten für diese stolzen Preise? Am besten geht es da noch den Bewohnern von Wohnheimen und Altenheimen, sie haben Anspruch auf ein Ein- oder Zweibettzimmer mit Flur und Bad und evtl. mit Balkon. Im Wohnheim gehört dazu eine Kleinküche. Inbegriffen sind gewisse Betreuung, bei Bedarf Verpflegung und zeitlich begrenzte Pflege. Beim letzten Punkt wird es dann auch schon problematisch, denn die Altenheimer leben in ständiger Angst, ein

„Pflegefall“ zu werden und dadurch ihr Wohnrecht und ihre relative Freizügigkeit zu verlieren. Das Personal und der Heimleiter entscheiden über die Einstufung in die höhere Pflegestufe, und dann kommt es öfter mal vor, daß jemand zum „schweren Pflegefall“ wird, weil das Bett im Pflegebereich, das ja finanziell erheblich mehr einbringt, nicht leerstehen darf.

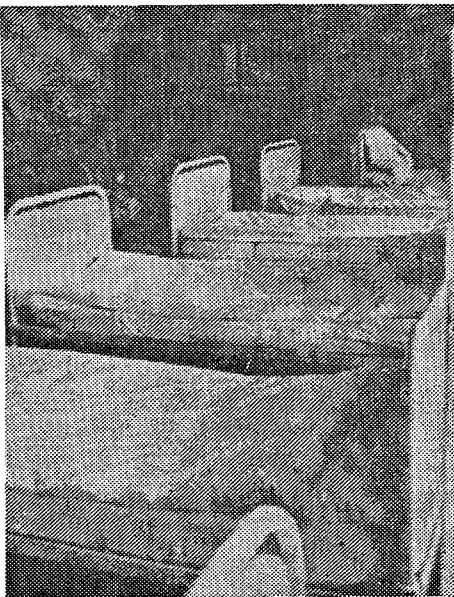
Im Pflegeheim angekommen, schrumpfen die Ansprüche des Patienten

erheblich zusammen: Er hat fortan das Anrecht auf ein Bett, einen Nachtschrank und ein Spind. Wenn er Glück hat, in einem Zweibettzimmer, doch es gibt auch noch Zimmer mit sechs Betten. Er hat ab sofort das Recht auf „Betreuung, Ernährung und Pflege“, was im Klartext heißt, daß man sich nur noch um seine minimalsten Bedürfnisse kümmern wird. Noch nie in seinem Leben hat der alte Mensch so „teuer“ gelebt und dabei so armselig! Die DAG Kiel hat errechnet, daß bei einem Personalschlüssel von eins zu vier, einem Pflegebedürftigen eine Betreuungszeit von insgesamt 75 Minuten pro Tag zukommt. Das war dem Sozialministerium Kiel noch zu üppig. 1984 soll das Pflegepersonal um 30% reduziert werden und die Hauswirtschaftskräfte um 50%, dann verbleiben für alle Verrichtungen am Patienten noch 35 Minuten pro Tag! Für das

Personal bedeutet das ständige körperliche und seelische Überbeanspruchung, und da kommt es dann vor, daß unruhige Pfleglinge an Betten und Stühlen festgebunden werden, oder daß sie große Mengen Beruhigungsmittel verabreicht bekommen.

Soweit die ganz „normalen“ Altenpflegebedingungen; richtig grauslich aber kann es werden, wenn man einen Blick hinter die Kulissen mancher Einrichtungen tut. In Bad Bramstedt liegt das „Seniorenhotel“ des Gerd Eschwe. Er ist bezeichnenderweise Vorsitzender des „Verbandes der privaten Alten- und Pflegeheime“. Die Versorgung in diesem Heim ist berüchtigt, weit über die Grenzen der Stadt hinaus. Ärzte aus dem Kaltenkirchener Krankenhaus berichteten, daß die Patienten von Eschwes Pflegestation „mager und heruntergekommen“ aussähen und Druckgeschwüre am Steiß hätten. Einer der Ärzte ist daraufhin in dieses „Seniorenhotel“ gegangen und hat dort Unordnung und Schmutz in großem Ausmaß vorgefunden. Der Arzt hat sofort das Kreisordnungsamt angerufen. Es wurde eine Begehung durchgeführt, und, da diese rechtzeitig vorher angekündigt wurde, ward alles für rechtens befunden!

Auch Pflegekräfte und Besucher berichten von haarsträubenden Situatio-



Kreisbehörde Segeberg: „In der Praxis wurde so verfahren, daß z.B. bei zu kleinen Wohnschlafräumen eine Untermäßigkeit bis zu 10% gestattet (befreit) wurde ...“

nen: Mehrfach seien in den letzten Jahren Heimbewohner aus dem Fenster gesprungen, weil sie so nicht mehr weiterleben wollten. Auf der Pflegestation „oben“ ist es am schlimmsten, die Matratzen sind uralte, defekt, z.T. ohne

Bezüge. Die Alten haben riesige Druckgeschwüre an Gesäß und Rücken, es gibt keine Klingeln. Da an Wäsche gespart wird, riecht alles nach Stuhl und Urin. Die Pflegerinnen, die gegen diese Zustände angegangen sind, sind alle entlassen worden oder haben gekündigt. Einigen ist sogar mit einer Verleumdungsklage gedroht worden oder Eschwe hat versucht, ihnen die Vorfälle anzulasten. Außerdem erzählt man im Ort, daß das Essen knapp und einseitig sei; daß viele Alte von Eschwe weg wollen, aber es nicht können; daß Eschwe wiederholt an Entmündigungen, Vormundschaften und Finanzangelegenheiten „gedreht“ hätte, zu seinem Vorteil. Bisher hat keiner der Betroffenen gewagt, Eschwe anzuzeigen, da bekannt ist, daß er beste Beziehungen in Stadt und Kreis hat, die er durch reichliches Spenden, z.B. für die Feuerwehr, aufrechterhält. Die Patienten, ohnehin in totaler Abhängigkeit, fürchten Schikanen, Unterdrückung und Zwangsmaßnahmen wie z. B. Verlegung in die Psychiatrie. Auch von der Heimaufsicht ist kein Einschreiten zu erwarten, da das Kreisordnungsamt betont, daß sie „ihre Tätigkeit vornehmlich als eine beratende versteht“ und ein durchaus „partnerschaftliches Verhältnis“ zu den Heimträgern hat. – (lir, stk)

Machenschaften der CDU – Forderungen der „Grauen Panther“

Tätigkeiten der Bundesregierung und Planungen der CDU:

- Seit 1984 müssen auch Enkel sich an den Kosten für den Lebensunterhalt ihrer Großeltern beteiligen, bisher nur die Kinder.

- Seit 1984 müssen die Erben eines Hauses bzw. Grundstücks die Sozialhilfe, die die Erblasser erhalten haben, für die letzten zehn Jahre zurückerzahlen (vorher für fünf Jahre).

- 1984 neuer Anlauf, die Streichung des Taschengeldes von 150 DM für Sozialhilfeempfänger in Heimen durchzusetzen.

- Reduzierung des Pflegepersonalsatzes in der Altenpflege von 1:4 auf 1:5.

- Reduzierung der Altenheimplätze (s. Stichwort).

- „Flächendeckender“ Ausbau der Sozialstationen; wie das aussehen könnte, kann man in Bad Bramstedt verfolgen, dort gibt es eine Sozialstation mit zwei ausgebildeten Pflegekräften für 10000 Einwohner. Eine Pflegestunde kostet 18 DM.

- Kostenlose Hilfe durch Nachbarn, ehrenamtliche Helfer und Angehörige nach dem CDU-Motto: Reden ist Silber, Helfen ist Gold!

Forderungen der Grauen Panther:

- Eine Mindestrente von 1500 DM
- Keine Erhöhung der Renten über 3500 DM.

- Sofortige Rücknahme der sechsmonatigen Rentenschiebung.

- Keine Streichung des Taschengeldes für Rentner in Heimen, die Sozialhilfe-Empfänger sind.

- Auszahlung des Pflegegeldes an die Betroffenen, damit sie sich Pflege ins Haus holen können oder ein schlechtes Heim verlassen können.

- Umfassende ambulante Betreuung; wer will, soll zuhause versorgt werden können.

- Keine „Sippenhaftung“, weder durch Kinder noch durch Enkel.

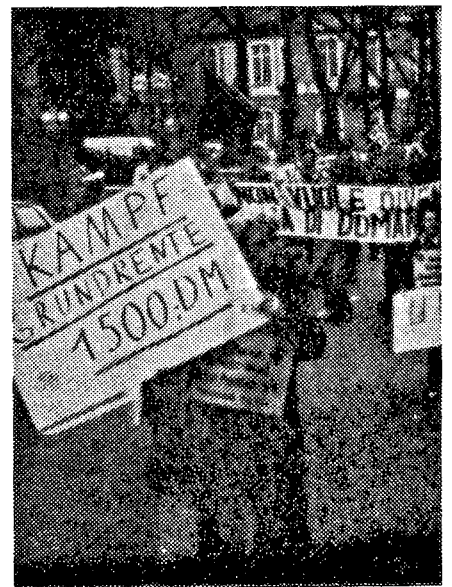
- Finanzielle Förderung der Einrichtungen, die die Rehabilitation der Pflegebedürftigen fördern und nicht wie jetzt derer, die die Alten unter Einstreichung hoher Pflegesätze ans Bett fesseln.

- Keine Stellenstreichungen im Pflegebereich! Verbesserung des Pflegegeschlüssels, bei Bedarf bis zu einem Verhältnis von 1:1.

- Keine Zwangsverlegungen und Entmündigungen von Altenheimbewohnern.

- Stärkung der Rechte des Heimbeirats, daß er in Personal-, Behandlungs- und Unterbringungsfragen mitbestimmt.

- Staatliche Förderung selbstverwalteter, generationenübergreifender Wohngemeinschaften und ähnlicher Einrichtungen, wobei die Gefahr besteht, daß Geißler selbstverwaltete Einrichtungen zum Vorwand nimmt, um weitere staatliche Versorgung abzubauen.



Demonstration der „Grauen Panther“

Im Kreis Segeberg sind nicht einmal ein Drittel der Heimplätze in öffentlicher Trägerschaft. Die weitaus größte Zahl der Alten- und Pflegeheime wird von privaten Unternehmern betrieben, die aus der Unterbringung alter Menschen ein profitables Geschäft machen. Die Bedarfsplanung der schleswig-holsteinischen Landesregierung sieht einen drastischen Abbau der Heimplätze vor allem im öffentlichen Bereich vor. Damit den privaten Kapitalisten bei der Profitmacherei kein Stein im Weg liegt, sind die Mindestanforderungen an Alten- und Pflegeheime, wie sie im Heimgesetz von 1974 und nachfolgenden Verordnungen festgelegt sind, derartig niedrig, daß man ganz legal ein Heim betreiben kann, selbst wenn man die Menschen unter unwürdigsten Bedingungen zusammenpfercht. Daß selbst diese minimalen Anforderungen von den privaten Heimbetreibern nicht eingehalten werden, zeigt sogar ein beschönigender Bericht der Kreisbehörde Segeberg über die Alten- und Pflegeheime im Kreis.

Private und öffentliche Heime im Kreis Segeberg

Heimart	private		öffentlich-rechtliche	
	Anzahl der Heime	Anzahl der Betten	Anzahl der Heime	Anzahl der Betten
Altenheim	21	365	1	42
Altenwohnheime	2	274	—	—
Alten- u. Pflegeh.	17	631	5	577
Pflegeheime	2	50	1	70
Insgesamt	42	1320	7	689

Planung für einzelne Kreise

Kreis	Anzahl der Heime	Anzahl der Betten		
		Ist	Soll	Diff.
Segeberg	49	2009	1306	703
Ostholstein	31	1590	1221	369
Pinneberg	29	1825	1760	65
Plön	11	733	747	14
Steinburg	27	1337	951	386
Stormarn	48	2767	1075	1692

Auszüge aus der Verordnung über bauliche Mindestanforderungen für Altenheime, Altenwohnheime und Pflegeheime für Volljährige vom 27.1.1978.

§ 12 Heizung

Durch geeignete Heizanlagen ist für alle Räume, Treppenträume, Flure und sanitäre Anlagen eine den Bedürfnissen der Heimbewohner angepaßte Raumtemperatur sicherzustellen.

§ 14 Wohnplätze

1) Wohnplätze für eine Person müssen mindestens einen Wohnschlafraum mit einer Wohnfläche von 12 m², Wohnplätze für zwei Personen einen solchen mit einer Wohnfläche von 18 m² umfassen. Wohnplätze für mehr als zwei Personen sind nur ausnahmsweise mit Zustimmung der zuständigen Behörde, Wohnplätze für mehr als vier Personen sind nicht zulässig. Für die dritte oder vierte Person muß die zusätzliche Wohnfläche wenigstens je 6 m² betragen.

2) Wohnplätze für bis zu zwei Personen müssen über einen Waschtisch mit Kalt- und Warmwasseranschluß verfügen. Bei Wohnplätzen für mehr als zwei Personen muß ein zweiter Waschtisch mit Kalt- und Warmwasseranschluß vorhanden sein.

§ 15 Funktions- und Zubehörräume

In jeder Einrichtung müssen mindestens vorhanden sein:

1. eine Kochgelegenheit für die Bewohner,
2. ein Abstellraum für die Sachen der Bewohner,
3. in Einrichtungen mit Mehrbettzimmern ein Absonderungsraum mit Handwaschbecken,
4. ein Leichenraum, wenn nicht eine kurzfristige Überführung der Leichen sichergestellt ist.

§ 16 Gemeinschaftsflächen

Für jede Einrichtung muß Gemeinschaftsraum von wenigstens 20 m² Nutzfläche, mindestens jedoch 1 m² Nutzfläche je Heimbewohner, zur Verfügung stehen, Speiseräume können angerechnet werden. Geeignete Flure, insbesondere Wohnflure können aus-

nahmsweise angerechnet werden, nicht dagegen Treppen, Loggien, Balkone und sonstige Verkehrsflächen.

§ 18 Sanitäre Anlagen

1) Für jeweils acht Bewohner muß im gleichen Geschloß mindestens ein Spülabort mit Handwaschbecken vorhanden sein.

2) Für jeweils 20 Bewohner muß im gleichen Gebäude mindestens eine Badewanne oder eine Dusche zur Verfügung stehen.

Auszüge aus dem Bericht der Kreisbehörde über die Alten- und Pflegeheime im Kreis Segeberg

Eignung und Anzahl des Personals

In den einzelnen Heimen ist die Abstufung der Hilfsbedürftigkeit verschieden, besonders in den mehrgliedrigen Einrichtungen, wie Alten- und Pflegeheimen, aber auch in den reinen Pflegeheimen. Auf eine sture Einhaltung festgelegter Schlüsselzahlen kann daher auch nicht in jedem Fall gedrängt werden. Bei bestimmten Einrichtungen, die z.B. als Familienbetrieb mehr Engagement aufbringen, ist ggf. ein gewisser individueller Spielraum zuzulassen ...

Die Pflegeheime und Einrichtungen mit Pflegeabteilungen haben durchweg examinierte Kräfte (überwiegend Krankenschwestern bzw. Kranken-Pfleger). Auch werden in 14 von den insgesamt 26 dieser Einrichtungen schon vermehrt Personen mit Altenpflegeexamen beschäftigt. Die 22 Altenheime und 2 Altenwohnheime werden durch 12 examinierte Kräfte und 8 besonders fachlich erfahrene Personen geleitet. Zwei Betreiber führen ihre Einrichtung schon über zwei Jahre und die restlichen zwei Heimleiter werden Ausbildungskurse (6 Wochen DRK) belegen ... Lediglich in einem Fall konnte von der Heimaufsicht und dem Amtsarzt in einem Alten- und Pflegeheim ein nicht ausreichender Personalstand, insbesondere in der Pflege, festgestellt werden ...

Ausstattung

Am häufigsten wurden beanstandet: zu kleine Wohnflächen von Wohnschlafräumen, das Fehlen von freistehenden Badewannen und Fäkalienspülen sowie zu schmale Türen und Flure in den Pflegebereichen, nach innen aufschlagende Türen von Sanitärräumen.

Da nach der HeimMindBauV für bestehende Einrichtungen auf Antrag dem Betreiber Fristen zur Angleichung zu erteilen sind und Befreiungen erteilt werden können, wurde hiervon auch Gebrauch gemacht. So waren bei einer den gegebenen Verhältnissen entsprechend optimalen Lösung die Mindestanforderungen mit den technischen Möglichkeiten und dem finanziell Tragbaren in Einklang zu bringen ...

Die mehrjährige Erfahrung zeigt, daß die allermeisten Heime durchaus ordentlich geführt werden und den ihnen anvertrauten Menschen fürsorglich Betreuung und Pflege zukommen lassen. Das Kreisordnungsamt hat daher die Ausübung der Heimaufsicht stets als eine vornehmlich in der Beratung auszuführende Tätigkeit verstanden, wodurch gegenüber fast allen Heimträgern ein mehr partnerschaftliches Verhältnis gewachsen ist.

Auszüge aus einem Altenheimvertrag

§ 1 Leistungsumfang

1) Der Heimträger überläßt dem Bewohner das Zimmer Nr. im Stockwerk mit qm sowie einen Abstellplatz im Keller/Dachgeschoß, gewährt volle Versorgung einschließlich der Betreuung bei Pflegebedürftigkeit in der Einrichtung selbst oder in angemessener anderer Weise und erbringt Angebote zur Freizeitgestaltung.

§ 3 Leistungen gegen zusätzliches Entgelt

Folgende Leistungen werden gegen zusätzliches Entgelt erbracht:

1. Therapeutische Leistungen auf ärztliche Anordnung. Das Entgelt bemißt sich nach den Gebührensätzen des Heimes.

2. Pflege in erheblichem Umfang. Eine solche ist in der Regel dann gegeben, wenn unbestimmt ist, ob oder wann die Pflegebedürftigkeit endet oder wenn sie aufgrund ärztlichen Zeugnisses festgestellt ist.

§ 9 Eintritt der Pflegebedürftigkeit

Kann die volle Versorgung in dem in § 1 genannten Zimmer infolge Pflegebedürftigkeit oder aus einem anderen wichtigen Grund nicht sichergestellt werden, erklärt sich der Heimträger bereit, anstelle des in § 1 genannten Zimmers eine anderweitige geeignete und dem Gesundheitszustand des Bewohners angemessene Unterkunft und Versorgung anzubieten. Der Heimträger wird die Wünsche des Bewohners soweit wie möglich berücksichtigen. Der Bewohner verpflichtet sich bereits jetzt, dieses Angebot anzunehmen, wenn es den Voraussetzungen des § 2 entspricht.

Israel: Terror gegen Palästinenser

Am 13.4. entführten vier Palästinenser einen Bus voll zionistischer Siedler in Israel. Die israelische Armee überfiel den Bus, erschoss zwei Palästinenser während des Überfalls, zwei weitere, angeblich schwer Verletzte, seien auf dem Transport gestorben. Offiziell gab sie bekannt, daß alle Palästinenser „ihren Verletzungen erlegen“ seien. Inzwischen belegen Pressefotos eindeutig, daß zwei Palästinenser direkt nach dem Überfall noch lebten, davon war einer anscheinend unverletzt. Dies weist daraufhin, daß die israelische Armee sie in Lynchjustiz hingerichtet hat. Dies ist nur ein Beispiel für den Terror, den die Zionisten seit dem Abzug der PLO aus Beirut gegen die Palästinenser in Israel und den besetzten Gebieten entfalten. — In den vergangenen Wochen mußte die israelische Polizei die Festnahme von zwölf Mitgliedern von Organisationen bekanntgeben, die mit Mordanschlägen und Massaker-Vorbereitungen die „Endlösung der Palästinenserfrage“ betreiben. Die Zeitung „Jerusalem Post“ gab bekannt, daß diese Personen „aus dem Her-

Reagan: „Freie Marktwirtschaft“ für China

Ein Ergebnis des Besuchs des US-Präsidenten Reagan in der VR China sind zwei Abkommen, eines über die Beteiligung US-amerikanischer Firmen an chinesischen Kernkraftwerken und eines über die Kooperation zwischen anderen US-amerikanischen Unternehmen und Betrieben in der VR China. Die chinesische Regierung erhofft sich von diesen Abkommen Fortschritte im Aufbau der chinesischen Industrie. Reagan fühlte sich ermutigt, seine Auffassungen vom Zweck der Zusammenarbeit der chinesischen Regierung deutlich mitzuteilen: „Freie



Menschen bilden freie Märkte, die dynamische Entwicklung für jeden entzündet.“ Deutlicher hätte er den Wunsch der US-Imperialisten, die Volksrepublik China solle dem Wirken kapitalistischer Unterneh-

men nichts in den Weg stellen, sondern die Ergebnisse der chinesischen Revolution revidieren, kaum ausdrücken können. Entsprechend reagierte die US-Regierung auch nicht auf die Forderung der VR China, die USA solle die Unterstützung für die Insel Taiwan, nach der chinesischen Revolution die letzte Bastion der chinesischen Reaktion, einstellen und die Bemühungen Chinas um die Herstellung der chinesischen Souveränität über Taiwan unterstützen. Die USA will diese Insel der „freien Marktwirtschaft“, die ein Muster für „dynamische Entwicklung“ von Ausbeutung ist, auf keinen Fall aus ihrem Einfluß entlassen.

zen der israelischen Gesellschaft“ stammen. „Darunter fallen Offiziere und Reserveoffiziere, Personen, die für wertvolle Dienste ausgezeichnete wurden ...“

Südafrika: Streik gegen Steuergesetz

700 schwarze Arbeiter einer Getreidemühle in Durban traten ab dem 9.3. in den Streik gegen das neue Steuersystem. Die Kapitalisten haben den

Streikenden mit sofortiger Entlassung gedroht. Unter der Tarnung eines Schrittes zur Gleichberechtigung besteuert die südafrikanische Regierung ab 1.3. die schwarzen Lohnabhängigen nach demselben Gesetz wie die weißen Einwanderer. Die Steuerbelastung der Schwarzen wird so in diesem Jahr um durchschnittlich 7% erhöht. Acht schwarze Gewerkschaften und Gewerkschaftsbünde fordern die Rücknahme des Steuersystems.

Brasilien: Parlament lehnt Direktwahl ab

Das brasilianische Parlament hat den Antrag der Oppositionsparteien, den nächsten Präsidenten in direkter Wahl zu bestimmen, abgelehnt. Der Antrag verfehlte knapp die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit. In Kundgebungen hatten in den Monaten zuvor 25 Mio. Brasilianer die Direktwahl gefordert. Bisher legte ein vom Militärregime ausgewähltes Gremium den Präsidenten fest. Vor der Abstimmung hatte das Militär über die Hauptstadt und umliegende Städte den Notstand ausgerufen. Der jetzige Präsident der Militärs, Figueiredo, hatte gegen heftige Kämpfe der Gewerkschaften die Forderungen des Internationalen Währungsfonds nach Senkung der Löhne, Streichung von Zuschüssen zu Nahrungsmitteln und Kürzungen der öffentlichen Sozialausgaben durchgesetzt. Die Forderung nach Direktwahl richtet sich gegen die Fortführung dieser Politik.

Österreich: Aktionen gegen Pensionsreform

Rund 13000 Beamte aus allen Bundesländern demonstrierten am 12. April auf dem Ballhausplatz vor dem Parlamentsgebäude in Wien gegen die geplante Pensionsreform. Diese sieht u.a. ab 1.7.84 bzw. 1.1.85 die Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage und die Einbeziehung des 14. Monatsgehalts vor. Richtig verweist die Gewerkschaft des öffentlichen

Dienstes darauf, daß diese Maßnahmen, die von der Regierung als Schritt gegen die „Besserverdienenden“ bezeichnet werden, eine „Ebene des Weges zur Verschlechterung der Pensionen aller Österreicher“ bedeuten. Die SPÖ/FPÖ-Regierung knüpft bei ihrem „Reformpaket“ an der Differenz zwischen den Beitragszahlungen

der Lohnabhängigen und der „besserverdienenden“ Selbständigen an. 1981 betrugen die Beiträge der Lohnabhängigen im Durchschnitt 32300 S im Jahr, die der Selbständigen hingegen nur 12200 S. Die Pensionsanstalt der Selbständigen wird jährlich mit rund 10 Mrd. S bezuschußt. Bereits zum 1.1.84 waren die Beiträge der Selbständigen um 1% angehoben worden. Zum 1.1.85 sollen sie erneut um 2,5% auf 12% gesteigert werden. Diese Erhöhungen treffen in erster Linie die Bauern, die mit 188400 mehr als die Hälfte der 374800 Selbständigen ausmachen. 1981 betrug das durchschnittliche Monatseinkommen eines Bauern 6500 S (ca. 930 DM), das eines Lohnabhängigen 14560 S (ca. 2050 DM). Am 27. April demonstrierten mehrere hundert Bauern aus dem Burgenland und der Steiermark ebenfalls in Wien gegen die geplanten Beitragserhöhungen. Bauernbunddirektor Derfler forderte Sozialminister Dallinger auf, die geplante Erhöhung nochmals zu überdenken.

Japan: Hafenarbeiter in den Streik getreten

Am 24.4. begannen 60000 Hafenarbeiter mit einem Streik in zehn großen Häfen. Sie fordern die Erhöhung des Mindestlohns und kürzere Arbeitszeit. Die Streikposten haben die Frachtverladung u.a. in Tokio, Yokohama, Osaka, Kobe unterbunden. Den Streik organisiert der Bund der Hafenarbeitergewerkschaften. Ihr Ziel ist, eine Lohnanhebung in Höhe des Zweifachen der Inflationsrate von 2,9%.



Belgien

Die Kapitalisten wünschen Lohnkosten „mit Westdeutschland abgestimmt“

Mitte April hat die belgische Regierung Martens ihre seit März angekündigten Beschlüsse zur weiteren Lohnsenkung und Versicherungskürzung veröffentlicht. In Kraft sind damit:

– Weitere Lohnsenkungen von jährlich 2% für alle Lohnabhängigen in den Jahren 1984 bis 1986. Nachdem Kapitalisten und Regierung schon seit Anfang 1982 Lohnsenkungen von durchschnittlich 7% durchsetzen konnten, soll nun in jedem Jahr bis 1986 eine zweiprozentige „Lohnindexierung“ entfallen. Das bedeutet wei-



Charleroi, 10.4.: Stahlarbeiter demonstrieren gegen die Lohnsenkungspläne der Regierung.

tere Lohnsenkungen von 6%, in einzelnen Branchen wie der Stahlindustrie, den Werften und im öffentlichen Dienst sollen die Lohnsenkungen sogar noch schroffer ausfallen.

– Renten, Krankengeld und Arbeitslosengeld sollen nach dem gleichen Verfahren ebenfalls um 6% binnen drei Jahren gesenkt werden.

– Eine besondere Grausamkeit hat sich die Regierung gegen die invaliden Lohnabhängigen einfallen lassen. Ihnen wird der Anspruch auf eine Mindestrente von zur Zeit 1200 DM gestrichen, sobald sie mit einer weiteren Person im gemeinsamen Haushalt leben, die über 17592 bfr., das sind umgerechnet knapp über 1000 DM, verdient.

– Welches Niveau der Mindesteinkommen die Regierung damit anstrebt, zeigt ein anderer Beschluß. Ebenfalls ab Mitte April sinkt der Mindestsatz beim Arbeitslosengeld von bisher 11800 bis 12600 bfr. (700 bis 750 DM) auf künftig gerade noch 10000 bfr. (ca. 600 DM).

„Noch nie ... ist die Regierung so zynisch vorgegangen. Wer kann sich erinnern, daß solche Maßnahmen den kleinen Mann ungefähr eineinhalb Monatslöhne kosteten? Wer kann sich erinnern, daß die Kranken, die Rentner und die Arbeitslosen so gnadenlos angegriffen wurden?“, hatte der Gewerkschaftsbund ABVV schon Ende März die Regierungspläne angegriffen und mit zweimaligen landesweiten Streiks am 3. und 10. April versucht, die Zurücknahme dieser Pläne zu erzwingen.

Die Streiks waren erfolglos. Der christliche Gewerkschaftsbund ACV, im flämischen Landesteil mit Abstand größter Gewerkschaftsbund, weigerte sich erneut, an den Aktionen gegen die Regierungspläne teilzunehmen. Der ABVV selbst lehnte die Regierungspläne zwar ab, erklärte sich jedoch gleichzeitig bereit, Lohnsenkungen hinzunehmen, wenn nur Regierung und Kapitalisten verbindlich eine Verringerung der Arbeitslosigkeit zusagen.

Genau an diesem Punkt will die Regierung nach Inkraftsetzen ihrer neuerlichen Maßnahmen nun nachsetzen. Wirtschaftsminister Eyskens erklärte, künftig müßten die Löhne noch stärker gesenkt und die Lohnkosten „mit Westdeutschland abgestimmt“ werden. Am 25. April setzte der Verband der Metallkapitalisten nach. Er verkündete, in diesem Jahr seien Lohnkostensteigerungen von 10% in Belgien zu erwarten, trotz der Regierungsbeschlüsse. In der BRD dagegen würden die Lohnkosten nur um 4% steigen.

Wie auch immer die belgischen Kapitalisten diese Zahlen erklären: Der nächste Zielpunkt ihrer Lohnsenkungen gegen die Lohnabhängigen ist damit gesetzt. Offen erklärte Absicht ist nun, die Lohnsenkungen der westdeutschen Kapitalisten gegen die Lohnabhängigen in der BRD nicht nur mitzumachen, sondern sogar zu übertrumpfen. Denn bislang liegt der belgische Lohnstandard etwa fünf bis zehn Prozent über dem westdeutschen, vor allem infolge der von den belgischen Gewerkschaften erkämpften Lohnindexierung, d.h. der Anhebung der Bruttolöhne entsprechend der offiziellen Teuerungsrate. Diese Lohnindexierung hat die belgischen Lohnabhängigen zwar nicht vor Lohnsenkungen geschützt. Sie hat den Kapitalisten aber *schnelle* und *schwere* Lohnsenkungen insbesondere in den unteren Lohngruppen erschwert. Diese Schranke soll nun fallen, die Lohnindexierung ganz aufgehoben werden.

Leider ist die Position der belgischen Gewerkschaften gegenüber diesen Plänen der Kapitalisten alles andere als gut. Am 25.4. haben ABVV und ACV erneut mit der Regierung verhandelt und dabei erstmals seit längerem wieder ein gemeinsames Forderungspaket vorgelegt. Darin fordern sie u.a. eine schärfere Besteuerung der Kapitalisten, die Einführung der 35-Stunden-Woche bis 1986, Arbeitsbeschaffungsprogramme. Gegenüber den Lohnsenkungsabsichten der Kapitalisten und der Regierung aber bedeutet das „gemeinsame Programm“ von ABVV und ACV Kapitulation: als „Kompromiß“ gegenüber den Regierungsbeschlüssen bieten ABVV und ACV der Regierung an, die Versicherungskürzungen zurückzunehmen, dafür aber die Versicherungsbeiträge der Lohnabhängigen um 6% zu erhöhen. Die Regierung hat dieses Programm dankend abgelehnt. Sie will Lohnsenkung und Versicherungskürzung.

Ein Erfolg der belgischen Kapitalisten bei ihrem Bestreben, den belgischen Lohnstandard unter den westdeutschen zu drücken, würde nicht nur die Lage der belgischen Lohnabhängigen weiter verschlechtern. Er wäre auch für die westdeutschen Kapitalisten ein Ansporn zu weiteren Lohnsenkungen.

Quellenhinweis: Solidair, Zeitung der Partei der Arbeit (PvdA), 4.4. bis 25.4.; De Werker, Zeitung des Gewerkschaftsbundes ABVV, 24.3. bis 21.4. – (rül)

Großbritannien

Spaltung der Bergarbeiter nicht überwunden

Am 1. Mai demonstrierten zwei Gruppen von Bergleuten aus dem Bezirk Nottinghamshire vor dem Bezirksbüro ihrer Gewerkschaft NUM in Mansfield. Etwa 1000 Arbeiter waren gegen den Streik, die gleiche Anzahl für Streik. Steine zwischen den Gruppen flogen, berittene Polizei schritt gegen die Demonstrationen ein.

Der Streik von mehr als 140000 Bergleuten steht solide. Doch weiterhin streiken etwa 35000 Arbeiter nicht. Der Sondergewerkschaftstag der NUM am 19.4. hat die Spaltung der Gewerkschaft nicht überwinden können. Der Gewerkschaftstag beschloß,

– den Streik für mehr Lohn und gegen die geplante Stilllegung von 20 Zechen mit 20000 Entlassungen zu unterstützen;

– und die nötige Prozentzahl für einen Streikbeschluß in einer eventuellen Urabstimmung von 55% auf 50% zu senken.

Der Vorstand hat bislang keine landesweite Urabstimmung ausgerufen. Aber unter dem Eindruck des Gewerkschaftstages beschloß der Bezirksvor-

stand Nottinghamshire, seine Mitglieder ebenfalls zum Streik aufzurufen.

Die 34000 Bergleute in diesem Bezirk hatten im März mit großer Mehrheit gegen Streik gestimmt und waren seitdem, abgesehen von einigen kleineren Gebieten in den Midlands, der einzige NUM-Bereich, der nicht streikte. Aufgrund des spalterischen Prämienlohnsystems verdienen Untertagearbeiter hier bis 1000 DM mehr als in anderen Bezirken (siehe Pol. Ber. Nr. 8/84, S. 10).

Der Streikaufruf des Bezirksvorstandes wurde aber nur von wenigen tausend Bergleuten befolgt, die Mehrzahl arbeitet weiter.

Staatliche Kohlebehörde und Regierung hoffen unverhohlen, daß die Bergleutegewerkschaft an dieser Spaltung zerbricht. Aber die Lage der Regierung hat sich nicht verbessert. Der Boykott von Schiffen mit Importkohle durch Seeleute und Hafenarbeiter zeigt Wirkung und die Vorräte sind knapper, als offiziell angegeben. Schätzungen seien „sehr ungenau“, schreibt die „Financial Times“ inzwischen.

Der US-Finanzier Ian McGregor, von Margaret Thatcher erst zur „Sanierung“ der Stahlindustrie und jetzt als Chef der Kohlebehörde mit ähnlichem Auftrag eingesetzt, macht inzwischen vorsichtige Kompromißangebote. Man könne die Stilllegungen ja über einen längeren Zeitraum strecken, sagte er. Der Gewerkschaftsvorstand lehnte Verhandlungen darüber ab. Über die Lohnforderungen der Gewerkschaft verlor McGregor kein Wort.

Quellenhinweis: BBC-Nachrichten v. 1. Mai; Financial Times, versch. Ausgaben – (hef)

Frankreich Reaktionäre Schulkampagne nicht geschlagen

Am 25. April demonstrierten in über achtzig Orten Frankreichs mehrere Hunderttausend für ein konfessionsloses Schulwesen und gegen den Regierungsentwurf für ein Schulgesetz. Ein Erfolg gegen die Reaktion, die unter der demagogischen Losung „freie Wahl der Schule“ gegen die Arbeiterbewegung mobilisiert? Leider nicht.

Das Komitee für das konfessionslose Schulwesen CNAL, das die Demonstration organisierte und das vor allem von der Lehrgewerkschaft SNI unterstützt wird, hatte ihr Ziel, mindestens ebenso viele zu mobilisieren wie zuvor die Befürworter der katholischen Privatschulen, nicht erreicht. Die Reaktion hatte bei insgesamt sechs Demonstrationen zwei Millionen gegen das geplante Schulgesetz auf die Straße gebracht und so den Sozialistischen Partei (PS) angehörenden Erziehungs-

minister Savary zu großen Zugeständnissen zwingen können. Savary hat in seinem geänderten Gesetzentwurf, der jetzt im Parlament zur Debatte steht, den katholischen Privatschulen staatliche Zuschüsse auch in Zukunft garantiert. Die zunächst vorgesehene Gleichstellung der Lehrer an privaten mit denen an öffentlichen Schulen durch Verbeamtung soll erst in sechs Jahren und dann nur mit Zustimmung der jeweiligen Privatschule möglich sein.

Demgegenüber verlangt das CNAL: Die Beschäftigten an den Privatschulen müssen alle Rechte haben, die das Arbeitsgesetz und das Statut für den öffentlichen Dienst garantieren. Die



Die Generalsekretäre von KPF und PS waren bei der Demonstration in Paris.

Übernahme ins Beamtenverhältnis muß gesetzlich geregelt werden. Wo keine staatliche Schule existiert, soll der Staat keine Privatschulen finanzieren, bevor er nicht eine gleichwertige öffentliche Schule eingerichtet hat.

Obwohl diese Forderungen die Lage der Lehrer an den Privatschulen verbessern würden und sie daher auch große Unterstützung bei verschiedenen Lehrgewerkschaften haben, reicht das nicht aus, um gegen die demagogische Kampagne der Konservativen erfolgreich zu sein. Die Rechte weist darauf hin, daß Schüler an Privatschulen (2 Mio. = 20% aller Schüler in Frankreich sind an den meist katholischen Privatschulen) bessere Leistungen erbrachten und hetzt gegen die gewerkschaftlich organisierten Lehrer, die dadurch, daß sie nur an „Tariftabellen“ dächten, Schuld an der Misere im öffentlichen Schulwesen hätten. So kann die Reaktion die durch die Regierung Mitterrand mit Haushaltskürzungen verschlechterte Ausbildung an öffentlichen Schulen zur Mobilisierung von größeren Teilen der Mittelklassen nutzen, die in den Privatschulen die Möglichkeit sieht, ihren Nachwuchs besser ausbilden zu lassen.

Quellenhinweis: Le Monde, Le Figaro, L'Humanité, 26.4.84 – (alk)

Großbritannien Provokation gegen die libysche Regierung

Das Vorgehen der britischen Regierung gegenüber Libyen, nachdem Schüsse vom Gelände der libyschen Vertretung am St. James Square in London abgefeuert wurden, war darauf gerichtet, Libyen zu demütigen und zu provozieren. Die libysche Regierung hatte sofort, nachdem elf Teilnehmer einer gegen sie gerichteten Demonstration verletzt und eine Polizistin getötet worden waren, angeboten, eine Untersuchungskommission zu entsenden. Sollte diese Kommission einen Prozeß für nötig befinden, könnte die britische Regierung am Prozeß als Nebenkläger teilnehmen und eigene oder internationale Beobachter entsenden. Die britische Regierung hat dieses Angebot schroff zurückgewiesen und darauf bestanden, daß Libyen sein Hoheitsrecht über alle libyschen Botschaftsgebäude in London aufgibt und britischen „Anti-Terror-Einheiten“ die Durchsuchung aller Gebäude und Befragung der Personen darin gestattet. Sie ließ das Gebäude am St. James Square durch Polizei belagern. Als Libyen die britischen Forderungen ablehnte, brach Großbritannien die diplomatischen Beziehungen ab und wies alle libyschen Diplomaten und die weiteren Personen im Botschaftsgebäude aus.

Die britische Zeitung „Observer“ ist erbittert über das Ergebnis der britischen Aktionen gegenüber Libyen und hetzt für weitere britische Aktionen. Nicht nur, weil ein „Mörder“ ungestraft davon komme, sondern vor allem, weil die Regierung vor den libyschen Drohungen, Gegenmaßnahmen gegenüber britischen Staatsbürgern in Libyen zu ergreifen, gekuscht habe: „All dies ändert nichts an dem Punkt, daß eine Regierung die Pflicht hat, die eigenen Bürger anderswo genauso wie zu Hause zu schützen.“ Und sie deutet die Richtung möglicher Aktionen an: „Daß wir versäumt haben, einen härteren Kurs einzuschlagen, liegt nicht am Völkerrecht, sondern an der Furcht, Handels- und diplomatische Beziehungen zu einem Land abubrechen, das Ölgeld ausgeben kann.“

Die US-Zeitschrift „Wall Street Journal“ will in Zukunft schärferes Vorgehen: „Sorge um die 8000 Briten in Libyen und ein Handel von 300 Mio. \$ sind die offizielle Entschuldigung, keinen härteren Weg genommen zu haben. Wir glauben, daß der tatsächliche Grund darin liegt, daß keiner das Vorübergehen eines Zeitalters zugeben will ... Unzivilisierte Länder wie Libyen, Iran, Nicaragua und die Sowjetunion verwandeln das Konzept des Völker-

rechts in eine lächerliche Scharade.“

Die westdeutsche Presse nutzte den Vorgang, um gegen das „terroristische Libyen“ zu hetzen. Sie konnte sich dabei auf die Maßnahmen der Bundesregierung stützen, die die britischen Forderungen gegenüber Libyen unterstützte und den geplanten Besuch Genschers in Libyen absetzte. Die europäischen Imperialisten betrachten die libysche Regierung schon lange als ein Hindernis bei der Verfolgung ihrer Afrika-Pläne. Das haben sie zuletzt in der gemeinsamen EG-Erklärung zum Tschad deutlich gemacht, in der sie Libyen bedrohten.

Quellenhinweis: Observer v. 30.4.84; Wall Street Journal v. 27.4.84; FAZ, Süddeutsche Zeitung, Kölner Stadtanzeiger, div. Ausgaben – (uld)

China – Vietnam „Zweite Lektion“ für Vietnam in Vorbereitung?

Im Februar 1979 überschritten Verbände der chinesischen Volksbefreiungsarmee Vietnams Nordgrenze. Vordergründiger Anlaß der großangelegten Offensive waren Grenzstreitigkeiten; der Zweck des Einmarsches war aber, die vietnamesischen Truppen, die wenige Monate vorher Kampuchea besetzt hatten, in einen Zweifrontenkrieg zu verwickeln und Vietnam schließlich zum Rückzug aus Kampuchea zu zwingen. Die verlustreiche chinesische Offensive scheiterte bald, obwohl Vietnam zur Verteidigung hauptsächlich lokale Milizeinheiten und nur wenige Truppenverbände aufgebieten hatte. In der chinesischen Presse wurde die Aktion dennoch als Erfolg gewertet, weil die vietnamesische Führung eine „Lektion“ bekommen habe, daß sie nicht ungestraft Chinas Grenzen verletzen und eine expansionistische Politik verfolgen könne.

Seither haben die bewaffneten Auseinandersetzungen an der Grenze zwi-

schen China und Vietnam nicht aufgehört. Die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete immer wieder von vietnamesischen Kommandounternehmen, von Artillerie- und Infanterieangriffen; eine vietnamesische Untersuchungskommission veröffentlichte kürzlich eine lange Liste von entsprechenden chinesischen Grenzverletzungen seit 1979. Anfang April meldete Radio Hanoi, daß größere chinesische Verbände in die vietnamesische Provinz Lang Son eingedrungen seien. Steht eine „zweite Lektion“ Chinas gegen Vietnam bevor? Chinesische Partei- und Staatsfunktionäre haben wiederholt von der Möglichkeit einer erneuten chinesischen Offensive gesprochen, so der Außenminister Wu Xueqian im August 1983 bei einem Besuch in Thailand.

Der VR China geht es offenbar nicht um eine rasche Beilegung der bewaffneten Auseinandersetzungen mit Vietnam. Immer wieder hat die chinesische Regierung betont, daß der Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea Vorbedingung für die Normalisierung der Beziehungen zu Vietnam sei, und hat wiederholte Angebote der Regierung Vietnams abgelehnt, die „feindlichen bewaffneten Aktivitäten“ an der Grenze einzustellen und die gemeinsamen Gespräche wieder aufzunehmen. Ziel der chinesischen Politik gegenüber Vietnam ist erklärtermaßen der vietnamesische Rückzug aus Kampuchea und Laos und damit die Verhinderung einer indochinesischen Föderation unter vietnamesischer Führung und außerdem die Beseitigung des sowjetischen Einflusses in Vietnam. Mittel dazu ist u.a. die allmähliche militärische Zermürbung Vietnams, indem China Guerillas in Kampuchea, Laos und Vietnam unterstützt und durch den Grenzkrieg und die ständige Drohung mit einer neuen Offensive erhebliche vietnamesische Kräfte bindet.

Quellenhinweis: China aktuell, div. Ausgaben; Far Eastern Economic Review, 10.4.84; Peter Opitz, China und Indochina, in: Asien, Nr. 7 – (wom)

Türkei Immer mehr Todesurteile verhängt

Seit der Machtübernahme der Militärjunta in der Türkei am 12.9.80 wurden von den Militärstaatsanwälten insgesamt 5905 Todesstrafen beantragt. Am 19.4.84 waren von den Militärgerichten der Türkei 302 Todesstrafen verhängt und 48 vollstreckt worden. Inzwischen – nach den gewonnenen Kommunalwahlen – ist die türkische Regierung dazu übergegangen, die Verurteilungen mit Todesstrafen voranzutreiben und die physische Ver-

nichtung der Führer der Arbeiterbewegung durchzusetzen.

Bereits 1982 wurden sechs Mitglieder der Dev Sol (Revolutionäre Linke) zum Tode verurteilt, weil sie – was das Militärgericht nicht beweisen konnte – den ehemaligen Ministerpräsidenten Nihat Erim, der nach dem Putsch von 1971 verantwortlich für zahlreiche Hinrichtungen politischer Gegner war, ermordet haben sollen. Jetzt wurden Mitte April die Prozeßakten nach Ankara geschickt, damit der Oberste Nationalrat die Todesstrafen bestätigen kann.

Anfang April wurden 26 Todesurteile gegen Mitglieder von Dev Yol, Kurulus, PKK, der Revolutionären Volksunion und Dev Sol verhängt.

Am 24.4. meldete die halbamtliche anatolische Nachrichtenagentur, daß ein Militärgericht in Adana 14 Kurden (PKK) zum Tode sowie vier weitere zu lebenslanger Haft verurteilte. 45 Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen zwischen einem und 20 Jahren. Das Militärgericht beschuldigte sie, in der Osttürkei einen marxistisch-leninistischen Staat gründen zu wollen.

Ende April wurden sieben Todesurteile vom Militärgericht in Adana gegen angebliche Mitglieder der TDKP (Türkisch-Revolutionär Kommunistische Partei) ausgesprochen.

Der Hungerstreik der 1500 Gefangenen im Militärgefängnis Mamak konnte Anfang April von der Gefängnisleitung zerschlagen werden. Am Schlußtag, dem 4. April, befanden sich noch 510 Gefangene im Hungerstreik und 160 Personen im Todesfasten (weder Essen noch Trinken). Am 2. April hatte der Generalstab den Bericht einer Kommission über den Hungerstreik veröffentlicht, in dem es heißt, daß bis zum 2. April 53 Personen in der Haft gestorben seien. Als Gründe werden angegeben: Selbstmord, Hungerstreiks und Gehirnblutungen.

Verschiedene Komitees gegen die Todesurteile in der Türkei und für die Freilassung der politischen Gefangenen wurden in der BRD gebildet. Das in Köln ansässige Komitee „Solidarität mit den politischen Gefangenen in der Türkei“ hatte am 13.3. einen Marsch auf Bonn durchgeführt, bei dem die Freilassung der politischen Gefangenen und die Einstellung der Türkei-„hilfe“ gefordert wurden und plant für den 6. Mai eine Demonstration in Straßburg, wo vom 7. bis zum 11. Mai die Parlamentarische Versammlung des Europarates tagt und darüber entscheiden wird, ob die türkischen Parlamentarier am Europarat teilnehmen können. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hatte den Europarat Mitte April aufgefordert, die Beziehungen zur Türkei abubrechen.

Quellenhinweis: Türkei Infodienst v. 23.4.84; div. Ausgaben taz, April 1984; Unterlagen des Solidaritätskomitees mit den politischen Gefangenen in der Türkei – (eve)



Krieg zwischen China und Vietnam 1979

Jugoslawien

Gewerkschaften vor schwierigen Aufgaben

Am 3. Mai werden auf Druck des Internationalen Währungsfonds eine Vielzahl von Preisen freigegeben, die mit dem letzten Preisstopp vom Dezember 1983 eingefroren wurden. Daß die Preise für Grundnahrungsmittel und den öffentlichen Nahverkehr nicht freigegeben wurden, ist sicher auf den Protest führender Gewerkschaftsvertreter zurückzuführen. Die enormen Preiserhöhungen (bis zu 40%) für Kleider, Möbel, Elektrogeräte u.a. werden dennoch zu einem massiven Sinken der Reallöhne führen und zu einem Anheizen der Inflation.

Die Proteste der Gewerkschaften gegen Auswirkungen der neuen Wirtschaftsreform (s. „Politische Berichte“ Nr. 20/1983) sind eher verhalten. Die „Regelung der Preise allein durch den Markt“ und die Ausrichtung der Produktion allein auf „Rentabilitätsmaßstäbe“ wird nicht kritisiert. Proteste der Gewerkschaften richten sich regelmäßig gegen Preiserhöhungen, die Erhaltung von Mindestbedingungen (Mindestlöhne, Sozialleistungen, etc.) wird nicht als wesentlich erachtet.

Dies liegt sicher an der Struktur des jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus und der Rolle der Gewerkschaften. Der Bund der Gewerkschaften Jugoslawiens ist seiner Struktur nach ähnlich organisiert wie der DGB. Er besteht aus 26 Einzelgewerkschaften, aufgegliedert nach Branchen, und ist als Bund örtlich, regional und auf Bundesebene organisiert. 1978 hatte er im Jahresdurchschnitt 5 Mio. Mitglieder, der Organisationsgrad in den vergesellschafteten Betrieben ist sehr hoch (1978: durchschnittlich 91,5%). Allerdings haben Tarife und gesetzliche Bestimmungen, die eine Branche betreffen, nur eine sehr eingeschränkte Bedeutung.

Zwar ist in einigen Branchen ein Mindestlohn gesetzlich festgelegt, wesentliche Bestandteile des Lohnes (im Bundesdurchschnitt ca. 30%) hängen vom betrieblich erwirtschafteten Gewinn und seiner Aufteilung ab. Auch die vielen innerbetrieblichen Leistungen (Wohnungen, Kantinen, Kinderkrippen, Betriebsrente, Erholungsheime etc.) sind davon abhängig. Das hat dazu geführt, daß das Prinzip „Bezah-



Oben: „Wir müssen uns auf die eigene Kraft stützen.“

Unten: MMF = Internationaler Währungsfonds

lung nach Leistung“ nicht durchgesetzt ist. Für die gleiche Tätigkeit kann ein Metallfacharbeiter bis zu zehnmal mehr im entwickelten Norden verdienen als in den südlichen Regionen. Schon jetzt sind die realen Lebensbedingungen der Arbeiter in großem Ausmaß vom erwirtschafteten Gewinn abhängig.

Westliche Imperialisten verlangen Senkung und Spaltung der jugoslawischen Löhne

Am 3. Mai 1984 treten in der VR Jugoslawien Wirtschaftsbeschlüsse der jugoslawischen Bundesregierung in Kraft, die in das Lohngefüge und den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung einschneiden.

Die Unternehmen, die 1983 mit Verlusten abgeschlossen hatten, sollen die Löhne nur um ein Drittel weniger anheben dürfen, als der Durchschnitt der Lohnerhöhung in der jeweiligen Teilrepublik ausmacht, diejenigen Unternehmen, die nach dem 1. Juli 1984 ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber anderen Unternehmen und Banken nicht nachkommen können, sogar nur um die Hälfte. Entgegen allen Vorstößen des Internationalen Währungsfonds (IWF) hat die jugoslawische Regierung bislang in ihrer Lohnpolitik den Kurs aufrechterhalten, die Bezieher niedriger Einkommen zu schützen, indem sie die Löhne dort stärker erhöhte, wo die Verluste am größten waren. Diese Politik wird durch das Eingreifen der imperialistischen Gläubiger zerschlagen. Die Lohnhöhe ist an das

Produktionsergebnis des Unternehmens gebunden. Zudem wird der Preisstopp, an dem die jugoslawische Regierung bisher ebenfalls festgehalten hat, schrittweise aufgehoben. Ausgenommen sind vorerst die Preise für die 5-10% Güter und Dienstleistungen, die „strategisch und lebenswichtig“ sind.

Die wirtschaftlichen Maßnahmen entsprechen den Forderungen, die der IWF und die 16 westlichen Gläubigerländer, darunter mit an vorderster Stelle die BRD, an Jugoslawien gestellt hatten und an deren Erfüllung sie die Durchführung der Umschuldungsabkommen gebunden hatten.

Die Anfang März vom IWF ausgehandelte Umschuldungsaktion umfaßt 1,6 Mrd. Dollar an mittel- und langfristigen Bankkrediten, 600 Mio. Dollar Staatsschulden und 800 Mio. Dollar an kurzfristigen Krediten. Jugoslawiens Schulden gegenüber dem kapitalistischen Ausland betragen 21 Mrd. Dollar. In diesem Jahr müssen 45% der geplanten Deviseneinnahmen für den Schuldendienst aufgebracht werden. Mehrmals soll der Dinar in diesem

Jahr abgewertet werden.

Den westdeutschen Kapitalisten reicht das nicht. Sie kritisieren im „Handelsblatt“, daß in den ersten drei Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr die Löhne noch um 45% stiegen. Die „Süddeutsche Zeitung“ dagegen legt schon ihr Kalkül dar, warum die Erpressung durch die Imperialisten aufgrund der von ihnen erzwungenen Lage funktionieren kann: „Daß es noch nicht zu größeren Unruhen ge-



Beratung des jugoslawischen Parlaments über das Wirtschaftsprogramm

Die Wirtschaftsreform zielt nun darauf ab, daß das Rentabilitätsprinzip vollständig durchgesetzt wird. Befürchtet wird eine große Anzahl von Betriebsschließungen, die die Arbeitslosenanzahl weiter erhöhen wird. Auch soll der Kündigungsschutz innerhalb der Betriebe abgebaut werden, um das „Leistungsprinzip“ besser durchsetzen zu können.

Die ständige Hetze der westlichen Imperialisten gegen den „Egoismus“ der jugoslawischen Arbeiter, ihre „Faulheit“, mangelnde Arbeitsproduktivität etc. zeigt ihren Wunsch, über die Wirtschaftsreform, Rationalisierung usw. die Arbeitsintensität gerade auch in den Joint-Venture-Betrieben zu steigern, verbunden mit Lohnsenkung und dem Abbau der Sozialleistungen.

Die Aufsplitterung der Lohnhöhe, sowie das Selbstverständnis der Gewerkschaften, die den Ausbau der innerbetrieblichen Selbstverwaltung als Hauptaufgabe ansehen, erschwert offensichtlich das angesichts dieser Pläne dringend nötige Eintreten für die Absicherung von Mindestbedingungen sowie gesetzliche bzw. tarifliche Regelungen, die eine Lohnstruktur nach dem Prinzip „Bezahlung nach Leistung“ durchsetzen könnten.

Ein Indiz für die Zersplitterung der Arbeiterbewegung sind die Ursachen und der Verlauf von Streiks, die in den letzten zwei Jahren wieder zugenom-

men haben. Anlaß ist meistens eine ungerechte innerbetriebliche Lohnverteilung, unpünktliche Lohnauszahlung oder schlechtere Bezahlung als im Monat vorher. Die Streiks bleiben generell auf einzelne Betriebe beschränkt, sind per Gesetz nicht erlaubt, aber werden auch nicht unterdrückt. Die örtlichen Gewerkschaftsvertreter stellen sich nicht direkt auf die Seite der Streikenden, sondern versuchen, durch Präventivschlichtung die Streiks zu verhindern. Die Streiks führen zu innerbetrieblichen Veränderungen, nicht aber zu Lohnstrukturveränderungen in der Branche.

Allerdings hat die Entwicklung in Polen in den jugoslawischen Gewerkschaften zu einer Debatte über ihre Aufgaben geführt. Neben ihrer Haupt-

werkschaften keinen öffentlichen Widerspruch hervorgerufen.

„Der Arbeiter wird nicht bereit sein, zum Spielball des angeordneten Wirtschaftsverlaufs zu werden“, heißt es in einem Artikel der Zeitschrift „Danas“ über die anstehenden Maßnahmen. Bedauert wird, daß sich die Lohnfestlegungen bisher jeder Kontrolle entziehen, obwohl es entsprechende Parteibeschlüsse gibt. Dazu wird J. Bilic (Mitglied des ZK des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens) zitiert:

„Die Arbeiterklasse muß über ihre Mittel selbst verfügen. Solange der Staat, die Banken und sonstigen Finanzinstitute das Geld in Händen halten und verteilen, solange können weder die Arbeiter noch die Wirtschaft die Kräfte sein, die die Gesellschaft voran-



„Die Partei setzt den Rotstift an“ – aus „Danas“

kommen ist, hat verschiedene Gründe. Viele Jugoslawen haben unvermindert starke persönliche und materielle Bindungen zum Land ... Die Antagonismen zwischen den vielen auf jugoslawischem Boden zusammenlebenden Völker behindern zudem einheitliche Protestaktionen. Und die Schöpfer der Selbstverwaltung haben die Arbeiterschaft organisatorisch bewußt so zersplittert, daß nicht Klassenbewußtsein, sondern Konkurrenzgefühl Denken und Handeln der Werktätigen prägt.“

Fragt sich, warum die westlichen Gläubigerländer bei ihrer Verhandlung am 24.3. kein neues Geld an Jugoslawien loswerden konnten und enttäuscht feststellten, daß dieses noch nicht einmal alle für 1983 angebotenen Kreditlinien ausgeschöpft habe. Sie beschränkten sich auf die Umschuldung von 800 Mio. Dollar Regierungskrediten. Durch Drosselung der Importe hat Jugoslawien 1983 erreicht, daß das Handelsbilanzdefizit gegenüber den westlichen imperialistischen Ländern stark zurückging, von 1,5 Mrd. Dollar 1982 auf 125 Mio. Dollar 1983.

Quellenhinweis: Archiv der Gegenwart 13/1984, 22. – 28.3. 1984; Handelsblatt vom 30.4. 1984

aufgabe, die „Erziehung der Arbeiter zur Selbstverwaltung“, wird wieder mehr die Bedeutung der Gewerkschaften als Organisationen, die die Angriffe auf das Lebensniveau der Arbeiter abwehren sollen, hervorgehoben. Deshalb ist auch nicht eine Spaltung der Gewerkschaften oder die Bildung einer Gewerkschaft wie der Solidarnosc zu erwarten.

Die weitgehenden Rechte der Arbeiter auf Betriebsebene können natürlich gut dazu genutzt werden, Auswirkungen der Wirtschaftsreform zu mildern. Problematisch bleibt aber, daß allein über den Ausbau innerbetrieblicher Selbstverwaltung eine weitere Aufsplitterung der Löhne und das Absinken eines Teils der Arbeiterbevölkerung ins Elend nicht verhindert werden kann. Beunruhigend ist auch, daß die Äußerungen einzelner Vertreter von Partei und Regierung, die sich ganz offen für die Wiederherstellung der Marktwirtschaft aussprechen, bisher in den Ge-

bringen. Die Arbeiterklasse Jugoslawiens muß über ihre Mehrarbeit so bestimmen können wie die Bourgeoisie über ihr Kapital.“

Das klingt gut, nur: Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Selbstverwaltungsgremien, in denen nachweislich leitende Angestellte und Manager das Sagen haben, kann der Ausbau allein der innerbetrieblichen Mitspracherechte, verbunden mit der „Regulierung der Wirtschaft durch den Markt“ auch zu einer Entwaffnung der Arbeiter führen, wird sie nicht verbunden mit gesetzlichen oder tariflichen Festlegungen zur Lohnstruktur und mit der Absicherung von Mindestbedingungen. Dann ist auch zu befürchten, daß die guten Sozialleistungen (z.B. ein Jahr bezahlter Mutterschutz, einheitliche Rentenversicherung) schrittweise gekippt werden, ein erklärtes Ziel der Imperialisten.

Quellenhinweis: Zitate und Bilder aus „Danas“, Nr. 114/1984; div. Ausgaben v. „Danas“ u. „Borba“ – (Iscl, anl)

Ein Produkt der deutschen Filmindustrie

DIE UNENDLICHE GESCHICHTE

Die westdeutsche Filmindustrie stellt mit dem Film "Die unendliche Geschichte" unter Beweis, daß sie inzwischen im Besitz eines gut ausgebauten Apparates ist, mit dem sie publikumswirksame Produkte im Wert von zig Millionen herstellen kann. Die Neue Constantin Filmgesellschaft hat rund 60 Millionen DM Produktionskosten vorgeschossen, um damit in den Bavaria Film Ateliers und gemeinsam mit dem WDR einen Film für den westdeutschen und US-Markt produzieren zu lassen, der in seiner technischen Aufwendigkeit mit Filmen wie "Krieg der Sterne" oder "E.T." gleichzieht, die bisher ausschließlich Monopol von US-Gesellschaften waren. Die westdeutsche Bourgeoisie könnte damit auf einem wichtigen Propagandasektor völlig selbständig operieren und damit die ideologische Richtung bei Spielfilmen in Kinos, Fernsehen und bei Video gezielter ihren Bedürfnissen entsprechend gestalten. Die Vorstellungen, die Zimmermann mit seiner Filmförderung verbindet, gehen so der Verwirklichung entgegen.

Bemerkenswert ist, welchen Stoff die Neue Constantin Filmgesellschaft für diesen Vorstoß ausgewählt hat. Im Gegensatz zu dem offen reaktionären Vorläuferprodukt, dem militaristischen Machwerk "Das Boot", das von demselben Produzenten, Bernd Eichinger, und demselben Regisseur, Wolfgang Petersen, gefertigt wurde, scheint "Die unendliche Geschichte" auf den ersten Blick als eher harmloser Märchenfilm.

Bastian, ein kleiner Junge, hat größere Probleme: die Schule gefällt ihm nicht, und er erhält von stärkeren Jungen Prügel. Nun findet er ein Buch, "Die unendliche Geschichte", mit dem er sich, statt im Unterricht zu sitzen, zur Lektüre auf den Speicher der Schule zurückzieht. Das Buch handelt vom Land Phantasien, das vom "Nichts" bedroht wird. Stück für Stück verschwinden ganze Teile Phantasies mitsamt Bewohnern, allesamt seltsame Phantasiegestalten wie Felsenbeißer, Rennschnecke, Winzling, Nachtalbe u.ä. Ein kleiner Junge, Atreju, erhält den Auftrag, ein Heilmittel für die

Das Reich der Wünsche ist nicht nur das Reich des Glücks, sondern auch der Willkür



Die Kindliche Kaiserin, eine süßliche kitschige Figur, wird schließlich von dem Helden "erlöst" — die Traumwelt in dem Film "Die unendliche Geschichte" hat mystische Züge.

todkranke Kindliche Kaiserin zu finden, womit dann auch Phantasien gerettet wäre. Die nun folgenden Abenteuer dieses Jungen sind dann Anlaß, Moralsentzen an den Zuschauer zu bringen: Wer sich selber aufgibt, kommt um, lautet der Kommentar, als das Pferd des Jungen in den "Sümpfen der Traurigkeit" versinkt. Du mußt an dich selber glauben, ruft ihm ein Fabelwesen zu, als Atreju zwischen zwei Sphinxen, die bisher noch jeden umgebracht haben, hindurch muß. Schließlich findet Atreju heraus, nachdem Phantasien bis auf den Elfenbergturm, in dem die Kindliche Kaiserin lebt, völlig zerstört ist, daß nur ein "Erdenkind" das Land vor dem "Nichts" retten könne. Der Zuschauer ahnt schon nach verschiedenen Andeutungen, daß dieses Erdenkind Bastian ist, dessen Phantasieprodukte bei der Lektüre der "Unendlichen Geschichte" das Land Phantasien bilden, und daß der Held Atreju eine Wunschvorstellung Bastians ist. Immer, wenn Bastian an der Realität festhält, von seiner Lektüre aufblickt und sagt, "das kann nicht wahr sein, das ist ja alles nur eine

Geschichte", verschwindet wieder ein Stück von Phantasien. Erst als Bastian im letzten Augenblick seine Träume als Wirklichkeit anerkennt, ist Phantasien gerettet, durch seine Vorstellungskraft entstehen alle Wesen und Landschaften neu. Er kann sich jetzt alle Wünsche erfüllen. So fliegt er auf einem "Glücksdrachen" einen Vergeltungsangriff gegen die Jungen, die ihn ständig verprügelten, und treibt sie in eine Mülltonne. So wendet sich für Bastian alles zum Guten — auch wenn's bloß in der Phantasie ist.

Was in dem Film verschwommen als Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen daherkommt — den Menschen würden ihre Träume und damit immer mehr die Hoffnung auf eine bessere Zukunft geraubt —, erweist sich als reaktionäre Propaganda für Individualismus und Konkurrenzkampf. Die Wunschvorstellungen vom besseren Leben — sie bleiben in dem Film Phantasieprodukte bis auf die sehr konkrete Vorstellung, den stärkeren Konkurrenten heimzuzahlen — konnte der Held nur durch den "Glauben an sich selber" verwirklichen. — (alk)

JUWELENRÄUBER

AUS LANGEWEILE?

Ein Versicherungsvertreter wird Zeuge eines Überfalls auf einen Juwelierladen. Weil seine Versicherung für den Schaden aufkommen muß, was seiner beruflichen Laufbahn schaden könnte, macht er sich auf die Suche nach den Tätern. Dabei verliebt er sich in eine Politesse, die zum Zeitpunkt des Überfalls in der Nähe des Juwelierladens Strafzettel verteilt, lernt die vermögende Familie der Politesse kennen und verdächtigt bald u.a. drei seiner Hausnachbarn, in die Überfälle verwickelt zu sein. Eine von ihm beauftragte Detektei installiert daraufhin in der Wohnung eines Nachbarn eine Wanze, was ihm bei der Suche nach den Tätern auch nicht hilft, weil der Nachbar die Wanze schnell findet und verschwinden läßt. Ansonsten hilft dem Versicherungsvertreter noch ein Millionärssohn, der am liebsten das ganze Jahr in Irland Urlaub machen würde. Genauso gelangweilt wie dieser Personenkreis ist am Ende auch der Plot: Die Überfälle auf die Juwelierläden wurden von der Mutter und dem Bruder der Politesse verübt, "aus reiner Lust an Abenteuer und Nervenkitzel", wie die Polizei gutachtet, und die Politesse, die zum Schluß mit dem Versicherungsvertreter durchbrennt, stand dabei Strafzettel verteilend Schmiere. Womit der Leser nach 156 Seiten wenigstens weiß, welches Motiv eine Tochter aus vermögenden Kreisen haben kann, um Politesse zu werden. (Luisa Ferber, Nette Leute in Ulm, Goldmann Krimi 5634, München 1983, 4,80 DM — rül)

DDR-DARSTELLUNG, DIE

DER CSU GEFÄLLT

Erich Loest, mit Visum aus der DDR ausgereist, ist jetzt in den Vorstand des Schriftstellerverbandes in der Bundesrepublik gewählt worden. Befragt, ob er eine seiner nächsten Schriften über Ereignisse in der BRD abfassen wolle, erklärte Loest, es sei seine Aufgabe, über die DDR zu schreiben, denn da wisse er Bescheid. In seinem Roman "Es geht seinen Gang oder Mühen in unserer Ebene" betont er mehrmals, an den Fakten, die er darstelle, gäbe es nichts zu deuteln: "... und wie du auch immer darüber und über mich in dieser Zeit urteilst,

eins steht fest: Keiner kann kommen und behaupten, es wäre anders gewesen." Loest erhebt demnach den Anspruch, er habe interessielos Fakten über das Leben in der DDR authentisch geschildert. Das ist nicht der Fall. Loest vermittelt durch den Ich-Roman über das Leben eines fünfundzwanzigjährigen Ingenieurs bestimmte Informationen über die DDR. Eine Information ist, daß die Geschichtswissenschaft in der DDR die Wahrheit verschweige. Ein Freund des Ich-Erzählers ist Historiker und stellt fest: "Geschichtsschreibung, die aus Tagesgründen weiße Flecken zuläßt, gibt sich selbst auf." Loest konstruiert: Der Historiker, SED-Mitglied, kommt nicht damit zurende, daß einige Jagdflieger der Nazi-Wehrmacht höhere Abschußziffern hatten, als ihm bisher bekannt war. War die Nazi-Wehrmacht dann nicht besser, als bisher dargestellt? Ist die Rote Armee zu gut bewertet worden? Der Historiker kann diese Fragen nicht beantworten, und Loest läßt ihn in dem Roman eine vernünftige Antwort auch nicht finden: Trotz höherer Verluste als bisher bekannt, hat die Rote Armee die Nazi-Wehrmacht zerschlagen. Loest läßt den Historiker stattdessen wegen dieser "weißen Flecken" an den Rand der Verzweiflung geraten. Diese Darstellung hat jedenfalls der CSU so gut gefallen, daß der CSU-Vorstand Loest kürzlich zu einem Vortrag lud. Das Honorar wird ihm helfen, weiter über die DDR zu schreiben. (E. Loest, Es geht seinen Gang oder Mühen in unserer Ebene, dtv neue Reihe, Nr. 6315, 9,80 DM – gba)

LASSALLE: BESITZ

STATT ENTEIGNUNG

Hans Peter Bleuel hat eine neue Biographie Ferdinand Lassalles, des ersten Vorsitzenden des 1863 gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, verfaßt. Er schildert die Entwicklung Lassalles vom bürgerlich-demokratischen Revolutionär zum sozialistischen Politiker, der bemüht ist, alle Widersprüche im Lager der Reaktion und der bürgerlichen Politiker zu nutzen, um die Verwirklichung sozialer Interessen der Arbeiter zu erreichen. Dies versucht er, nachdem 1849/50 viele Sozialisten, u.a. auch Karl Marx und Friedrich Engels, ins Ausland

fliehen mußten, und zahlreiche Arbeiter verhaftet sind, zunächst vor allem in Auseinandersetzung mit Politikern und Wissenschaftlern aus seinen eigenen, bürgerlichen Kreisen. Erst in den 60er Jahren bemüht er sich um direkte Verbindung mit politisch tätigen Arbeitern, die zum großen Teil unter der ideologischen Vorherrschaft der bürgerlichen Fortschrittspartei stehen. Lassalle kritisiert die von Bürgertum und Junkern verlangte "verdammte Bedürfnislosigkeit" der hart arbeitenden Klassen und tritt ein für die selbständige politische Organisation der Arbeiter in einer eigenen Partei. Diesem fortschrittlichen und in vollständigem Gegensatz zum preußischen und anderen absolutistischen Staaten stehenden Vorhaben nimmt er allerdings sofort die Spitze. Er setzt sich dafür ein, daß Hauptziel dieser Partei die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts sein müsse – in der Hoffnung, daß damit die Frage der Staatsgewalt gelöst sei. Sein Programm ist nicht die Enteignung der Enteigner, die Marx und Engels im Kommunistischen Manifest gefordert hatten, sondern die Verwandlung der besitzlosen Arbeiter in Besitzende durch Einrichtung von staatlich finanzierten Produktionsgenossenschaften, in denen nicht mehr Privatkapitalisten sich das Mehrprodukt der Arbeiter aneignen, sondern die Arbeiter ihren vollen Arbeitsertrag besitzen. Bleuel versucht, dieses reformistische Konzept zu rechtfertigen mit dem Hinweis, daß Lassalle und seine Anhänger die ganze Zeit versuchen mußten, ihre politische Arbeit zunächst legal zu entfalten und aus diesem Grund auf allzu große Radikalität verzichten mußten, um für das Bürgertum und selbst für die preußischen Junker und die preußische Regierung keinen Verbotgrund zu liefern, sondern im Gegenteil die Widersprüche zwischen diesen für die eigenen Interessen zu nutzen. Eine Behauptung, deren Beweis Bleuel nicht antritt. Die preußische Regierung jedenfalls hat die Unterdrückung der Arbeitervereine weiterbetrieben und Lassalle mit Anklagen wegen "Aufhetzung zum Klassenhaß" etc. verfolgt. (Hans Peter Bleuel, Ferdinand Lassalle oder der Kampf wider die verdammte Bedürfnislosigkeit, Fischer TB Nr. 5107, 18,80 DM – uld)

Arbeitsbedingungen

"MEDIZINISCHE ARGUMENTE" GEGEN DIE 35-STUNDEN-WOCHE

"Leistung ist gesund" verkünden die Nachrichten der Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar. Berichtet wird von einem Festvortrag des Prof. Schettler, vielfacher Ehrendoktor und eine Art Papst auf dem Gebiet der Inneren Medizin, den er auf einer gemeinsamen Veranstaltung dieser Kammer und der Uni Heidelberg hielt und der auch im Deutschen Ärzteblatt abgedruckt wurde.

"Es wäre töricht, generell belastete Berufsgruppen durch eine Verkürzung der Arbeitszeit zu entlasten ... Man kann jedenfalls medizinische Fakten und Argumente nicht für diese politischen Parolen und Wunschbilder heranziehen." Denn: "Mit Erreichung eines hohen Versorgungsniveaus stellten sich in unserer Gesellschaft bald übertriebene Forderungen und überzogene Ansprüche in der Freizeitgestaltung ein." Wie gefährlich die Freizeit sei, zeige sich z.B. an den Millionen von Fußballfans, von denen ja nach jedem Spiel die Hälfte frustriert sein müsse, weil immer nur eine Mannschaft gewinnen könne.

Nun ist der Herzinfarkt die häufigste Todesursache und eine der häufigsten Ursachen für Frühinvalidität, obgleich weniger als die Hälfte den Infarkt längere Zeit überlebten. In Berlin wurden vor wenigen Jahren ca. 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen (LVA-Versicherte) zu ihren Lebensumständen befragt. 578 waren Infarkt-Patienten, die anderen Vergleichsgruppe. (1) Als Merkmal mit der höchsten Trennschärfe zwischen Infarktgruppe und Kontrollgruppe erwies sich, daß die Infarktgruppe weit weniger in das soziale Leben einbezogen war, was Betätigung in Verein, Partei oder Gewerkschaft etc. angeht, was Besuch von Verwandten, Freunden, kulturelle Veranstaltungen und Hobbies betrifft. Die Tatsache also, daß man in seinem sozialen Leben eingeschränkt wird, weil man nach der Arbeit fertig ist, weil man Nachtschicht (immerhin 1/5 der Erwerbstätigen) oder Spätschicht arbeitet oder weil man häufiger den Arbeitsplatz wechseln muß, das sind Risikofaktoren, die nach dieser Untersuchung weit schwerer wiegen als das Rauchen.

Es zeigte sich außerdem, daß der Zigarettenkonsum sehr stark mit der Arbeitsbelastung zunimmt und gegenüber der Arbeitsbelastung als eigener Faktor kaum noch in Erscheinung tritt. Als Risikofaktor mit der zweithöchsten Trennschärfe zwischen Infarkt und Kontrollgruppe erwies sich die Arbeitsbelastung, und zwar nicht nur die aktuelle Belastung, die dem Infarkt vorausging, sondern die im Verlauf des Lebens erlittene und akkumulierte Belastung. Dies gilt vor allem für die nervliche Belastung, z.B. Hetzarbeit, ständig die gleichen Handgriffe, hohe Konzentrationsanforderung, Schichtarbeit, Nachtarbeit, außerdem für zeitliche Überbelastung.

Als drittwichtigster Risikofaktor stellten sich in der Studie Überlastung und Konflikte bezüglich der Freizeit heraus. Dies betrifft nicht die Frustration vor dem Fernseher, sondern die Infarktgruppe wies ein deutlich niedrigeres Nettoeinkommen und wesentlich schlechtere Wohnverhältnisse auf als die Kontrollgruppe, hatte dazu mehr Kinder, berufstätige Ehepartner und gestörte Partnerbeziehungen. Laut Schettler spielt das alles keine Rolle, gehört "Streß zu jedem Leben", ist "nur die individuelle Reaktion auf Streß unterschiedlich". Es fehle nur am Leistungswillen. "Das Leistungsbeußtsein spielt in unserer heutigen Gesellschaft verrückt ... Fehlt der Leistungswille, wird er durch Leistungsunwilligkeit ersetzt, so führt dies zur Auslöschung nahezu aller Leistungen." In diesem Zusammenhang beklagt er, daß das derzeitige Sozialversicherungsrecht nur die Alternative zwischen gesund und krank lasse und "die wichtige Phase der Mißbefindlichkeit nicht mehr aufgearbeitet, sondern in Krankheit umgemünzt" werde. Als Beweis führt er eine Studie an, die an Textilarbeiterinnen in zwei vergleichbaren Betrieben gemacht worden sei. Diese hätten, abhängig von den Umgebungsbedingungen wie Zwangshaltung, sensorische Belastungen (gemeint ist wohl Lärm und Gestank, d. Verf.) deutlich mehr oder weniger Krankschreibungen gezeigt. Schettler behauptet, solche Krankschreibungen erfolgten gar nicht wegen objektiver Erkrankungen, sondern wegen "Störung der Allgemeinbefindlichkeit".

Werde erst diese Mißbefindlichkeit aufgearbeitet und ein entsprechender Leistungswille erzeugt, werde auch diese Störung der Allgemeinbefindlichkeit verschwinden. Als Beweis führt er eine Befragung von Schwerarbeitern an, die bei höherer Umgebungsbelastung (Hitze, Lärm) keine gesteigerten "Befindlichkeitsstörungen" zeigen würden. Nun ist es lächerlich, derartige "Beweise" anzuführen. Es ist z.B. längst bekannt, daß Nachtarbeiter körperliche Schwerarbeit noch eher ertragen als nervliche Belastung. (2) Aus der zitierten Infarkt-Untersuchung ergibt sich, daß nervliche Überlastung weit wichtiger für den Herzinfarkt ist als körperliche Schwerarbeit.

Wie sagt Schettler? "Leistungswille und Leistungszwang" sind nötig, "um den Erfolg zu garantieren und insbesondere den in jeder Gesellschaft unverzichtbaren Wachstumsquotienten zu sichern." So vermerken die Nachrichten der IHK Rhein-Neckar zu dem Erfolg des Vortrags beim Auditorium: "Die Pointen sind gut angekommen."

(1) Soziale Ursachen des Herzinfarkts; W. Maschewsky, V. Schneider, Frankfurt 1982; (2) Nachtarbeit – Ihre Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden; J. Carpentier, P. Cazamian, Eschborn 1980 – (diw)

RAF-Prozeß

ENTWICKLUNG DES HAFTRECHTS FÜR POLITISCHE GEFANGENE (II)

Die nachfolgenden Auszüge aus dem Antrag der Verteidiger von Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar auf Aussetzung des Verfahrens und Aufhebung der auf psychische und physische Vernichtung hinauslaufenden Isolationshaft befassen sich mit der Entwicklung in der BRD (vgl. PB 08/84).

<<Als ein Grundzug des Grundgesetzes für die BRD wurde von vorneherein das Staatskonzept der sog. "wehrhaften Demokratie" durchgesetzt ... In mehreren Grundgesetzartikeln fand dieses Konzept seinen Niederschlag, so in Art. 9 II GG (Verbot von Vereinigungen, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten), Art. 21 II GG (Verbot verfassungsfeindlicher Parteien) und dem weniger bekannten, aber äußerst kennzeichnenden Art. 18 GG mit folgendem Wortlaut: "Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit ..., die Lehrfreiheit ..., die Versammlungsfreiheit ..., die Vereinigungsfreiheit ..., das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis ..., das Eigentum ..., oder das Asylrecht ... zum Kampfe gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen."

Das ist also die Quintessenz der "Wehrhaftigkeit": Bei prinzipieller politischer Gegnerschaft gegen das bestehende System besteht kein Anspruch des Bürgers auf die politischen Grundrechte ... Der "substanzhafte Wert", dem diese "Wehrhaftigkeit" dient, ist die vielzitierte "freiheitlich-demokratische Grundordnung"; nach dem Mitverfasser des einschlägigen Großkommentars zum Grundgesetz, Maunz/Dürig/Herzog/Scholz, Prof. Dürig, ein nicht exakt rational faßbarer Begriff; sondern: "Der Begriff der fdGo ergibt sich einfach daraus, was wir von "früher" und von "drüben" als politische Ordnung unbedingt nicht wollen ... Dieser Maßstab der Verfassungsinterpretation ... ist im Bewußtsein unserer Rechtsgemeinschaft bemerkenswert verläßlich."

Es handelt sich hier also um dieselbe Sorte von absolutem, für jeden verbindlichem Wert, wie ich ihn vorhin schon an dem in faschistischen Gesetzen enthaltenen Begriff des "Wohls des Volkes" dargestellt habe: ein nicht präzise faßbares angebliches "Bewußtsein der Rechtsgemeinschaft", wobei die entscheidende Frage ist, wer bestimmt, was dieses "Bewußtsein der Rechtsgemeinschaft" ist und wer folglich ein Feind davon ist ... In deutlichem Unterschied und gewissermaßen als "Lehre" aus der teilweise ohne gesetzliche Grundlage ausgeübten "inneren Feindbekämpfung" im 3. Reich wurden in der BRD von vorneherein ausgefeilte gesetzliche Handhaben für diesen Zweck geschaffen und später dann durch die Notstandsgesetze auf verfassungsrechtlicher Ebene ein abgestuftes Konzept der Veränderung staatlicher Strukturen bis hin zu einer faktischen Beseitigung des parlamentarisch-demokratischen Systems entwickelt.

Auf strafrechtlichem Gebiet war grundlegend das Strafrechts-

änderungsgesetz vom 20.8.1951. Durch Einführung, Neufassung oder Änderung von 51 Paragraphen von StGB, StPO und GVG wurde ein umfassendes Instrumentarium zur Bekämpfung des "inneren Feindes" von Hochverrat über Verfassungsverrat, verfassungsfeindlichen Streiks, verfassungsfeindlicher Vereinsgründung, verfassungsfeindlicher Propaganda bis hin zu Landesverrat in verschiedenen Ausformungen geschaffen.

Gegen wen sich das richtete, hat Rebmann in dankenswerter Offenheit in seiner Rede vor dem Deutschen Richtertag in Essen 1979 erklärt: "Die Gewährleistung des inneren Friedens in unserem Staat gegen politisch motivierte Kriminalität ist eine Aufgabe, die der Justiz schon bald nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, nämlich durch das Strafrechtsänderungsgesetz vom 30.8.1951 zugewiesen worden ist. Dem Gesetzgeber ging es bei jener Novelle vor allem darum, dem sogenannten gewaltlosen Umsturz entgegenzuwirken, wie er damals von kommunistischer Seite angestrebt wurde. Durch das Einschreiten der Strafjustiz konnten die illegale KPD" (es sei bemerkt, daß die KPD 1951 noch gar nicht illegal war) "und ihre Tarnorganisationen im wesentlichen zerschlagen werden."

Bemerkenswert an dieser Äußerung Rebmanns ist vor allem zweierlei: 1. betrachtet er die Kriminalisierung des Verhaltens des inneren politischen Feindes der fdGo, die Behandlung dieses Verhaltens als Straftaten anstelle der offenen politischen Auseinandersetzung um Positionen, als Idealmittel zu seiner "Zerschlagung". 2. geht es ihm offensichtlich nicht um die aktuellen Formen dieses Verhaltens, also gewaltsam (wie bei der RAF) oder nicht (wie bei der KPD), sondern um den Inhalt als Grundlage strafrechtlichen Vorgehens, also ob es sich um Feinde der fdGo handelt. Daraus ergibt sich zugleich ein charakteristischer Begriff von "innerem Frieden" und "innerer Sicherheit": "Innere Sicherheit" wird hergestellt durch "Zerschlagung" der "Feinde der fdGo", vor allem mittels Strafrecht.

Die Verteidigung ist der Auffassung, daß genau dies der Begriff von Sicherheit ist, der gegenüber den Angeklagten Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt angewendet wird und der zur Substanz der "Sicherheits-" und "Ordnungs"-Begründungen für die Sonderbedingungen ihrer Haft geworden ist. Aus diesem Sicherheitsbegriff ergibt sich auch konsequent das, was nach Ansicht der Verteidigung durch vor allem auch die extremen, mit "Sicherheit" gerechtfertigten Haftbedingungen bewirkt werden soll: Der Versuch, ihre politische Identität zu brechen, und zwar schon in der Untersuchungshaft ...

Auf dem Gebiet des Haft- und Strafvollzugsrechts wurde das Konzept der Inneren-Feind-Bekämpfung und -Zerschlagung ebenfalls seit Beginn der Bundesrepublik verfolgt. Nicht nur wurde mit dem Strafrechtsänderungsgesetz von 1951 die in der Weimarer Republik geltende Festungshaft für Hochverrat, Landesverrat etc. und die damit verbundene positive Privilegierung abgeschafft und ausschließlich noch Zuchthaus als Straftat vorgesehen. Von vorneherein wurde vielmehr auch an Konzepten eines besonderen, verschärften Haftvollzugs an politischen Gefangenen gearbeitet, also an der im Faschismus ins Extrem betriebenen negativen Privilegierung politischer Gegner des Systems angeknüpft. Charakteristisch hierfür ist folgender Protokollabschnitt aus den Verhandlungen des 38. Deutschen Juristentags bei den Beratungen des Strafrechtsänderungsgesetzes 1951: "Bei Delikten, die nur von bestimmten Gruppen von Menschen begangen werden, sind Sonderstrafen denkbar, die ein dieser Gruppe eigentümliches Interesse beeinträchtigen. Hier handelt es sich um politische Delikte. Politische Täter haben politische Interessen, in denen sie getroffen werden können ... Den echten Revolutionär berühren nur solche Maßnahmen, mit denen "seine politische Betätigung wesentlich beeinträchtigt wird. Gerade diese muß unmittelbar getroffen werden und das ist möglich und findet sich auch schon in Ansätzen. Rede- und Schreibverbot, Druckschriftenverbote" sind solche Maßnahmen, "die als echte Strafen mit zugleich starker präventiver Wirkung sich anbieten".

Rebmann leugnet diesen politischen Zusammenhang keineswegs: Gleich im Anschluß an seine Ausführungen zur Zerschlagung des "gewaltlosen Umsturzes" der KPD mit den Mitteln der Kriminalisierung sagt Rebmann: "In der ersten Hälfte unseres Jahrzehnts erwuchs der Strafrechtspflege eine neue Aufgabe unter anderen Bedingungen, nachdem Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Horst Mahler und andere versucht hat-

ten, in der Bundesrepublik eine bewaffnete Untergrundarmee aufzubauen. Mit der Strafverfolgung terroristischer Gewalttäter leisten Staatsanwaltschaften und Gerichte heute ihren Beitrag zur Gewährleistung des inneren Friedens und der inneren Sicherheit in unserem Staat. Zur Bewältigung des Terrorismus als einer neuen und besonders gefährlichen Form der Kriminalität durch die Justiz bedarf es eines ausreichenden gesetzlichen Instrumentariums, sowohl im materiellen Recht, um schuldangemessen bestrafen zu können, als auch im Verfahrensrecht, um die Terroristenprozesse trotz ihrer spezifischen Schwierigkeiten ordnungsgemäß durchführen zu können."

Als Konzept zur politischen Feindbekämpfung gibt Rebmann hier an die Behandlung als "neue und besonders gefährliche Form der Kriminalität". Im Anschluß daran listet er, ohne auch nur einmal deren Bezogenheit auf politische Feindbekämpfung zu leugnen, sorgfältig die zahlreichen Änderungen des materiellen und formellen Strafrechts seit 1974 mit den bekannten einschneidenden Eingriffen in Verteidigungsrechte etc. auf, die von Regierungsseite z.T. als lediglich zur allgemeinen "Verfahrensbeschleunigung" oder "-vereinfachung" dienend präsentiert wurden.

Die wesentlich neue Stufe der politischen Feindbekämpfung ist im Unterschied zur KPD-Bekämpfung die Deklaration von Aktionen der RAF zu einer "neuen und besonders gefährlichen Form" allgemeiner Kriminalität. Die gewaltsame Form, in der verschiedene Aktionen der RAF stattfanden, dient als Aufhänger dafür, Mitglieder der RAF als "gemeine", "blutrünstige", "aus niedrigen Beweggründen handelnde", folglich besonders "verabscheuungswürdige Kriminelle" hinzustellen. Die Brücke zu einer solchen Verfahrensweise lieferte der – nach Rebmann – speziell zur RAF-Bekämpfung durch das Anti-Terrorismus-Gesetz vom 18.8.1976 eingeführte Straftatbestand der Bildung einer terroristischen Vereinigung, § 129a StGB. Dieser Straftatbestand benennt als "Zweck oder Tätigkeit" der Vereinigung ausschließlich "unpolitische" Straftaten wie Mord, Geiselnahme, Brandstiftung, obwohl er faktisch eigens für die innerstaatliche politische Feindbekämpfung konstruiert wurde. Nicht als "Zwecke oder Tätigkeit" benennt der § 129a StGB wohlweislich den "Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung" der BRD.

Die Bundesanwaltschaft hat auch in diesem Verfahren nicht

den Straftatbestand des Hochverrats angeklagt, obwohl sie ganz offensichtlich davon ausgeht, daß z.B. Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt es "mit Gewalt oder Drohung mit Gewalt unternommen haben, den Bestand der BRD zu beeinträchtigen oder die auf dem Grundgesetz für die BRD beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern" – das ist der Straftatbestand des heutigen § 81 StGB, Hochverrat.

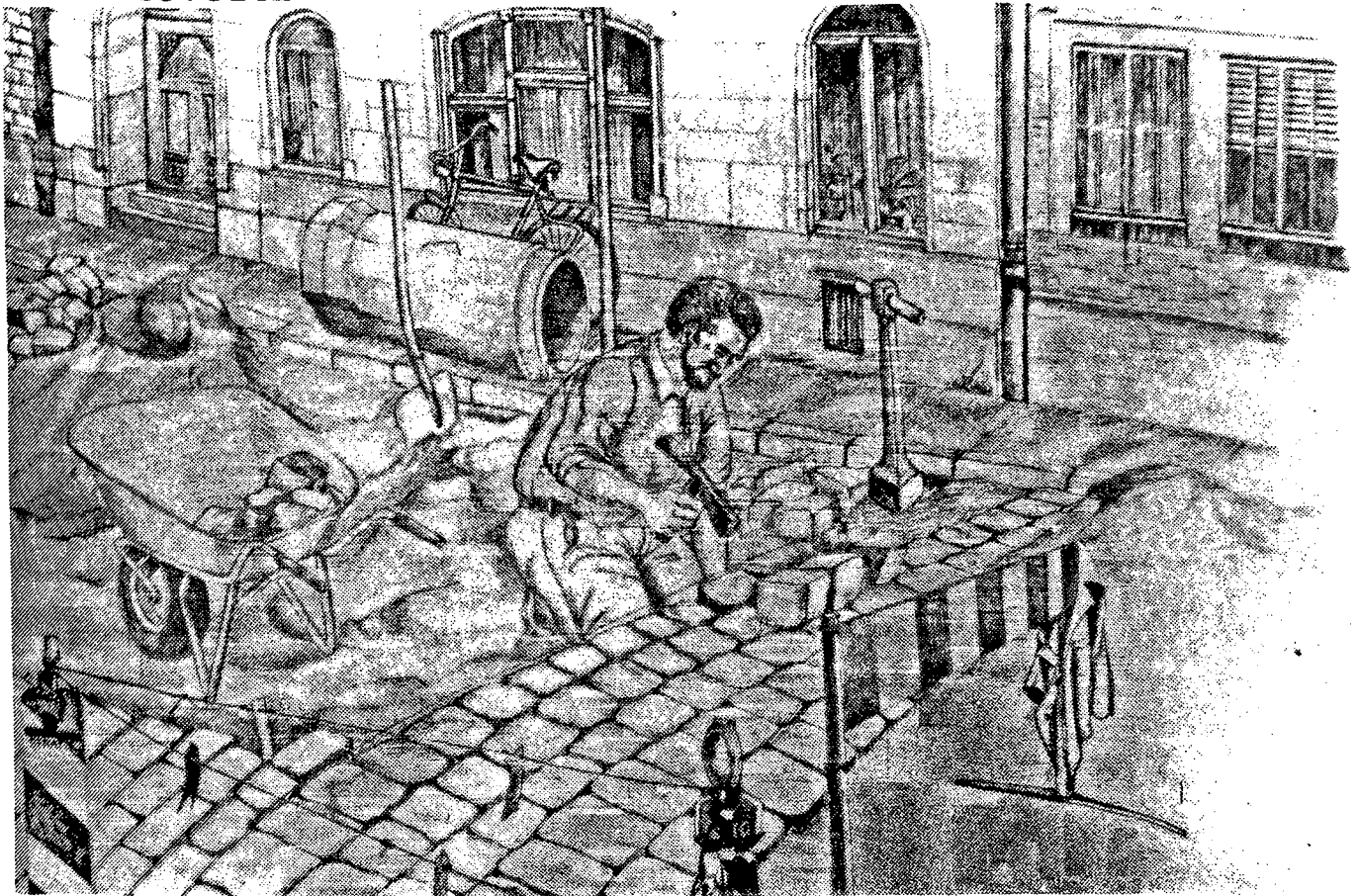
Diese spezielle Methode der Kriminalisierung politischen Verhaltens der RAF-Mitglieder unter bewußter Verdrängung ihres politischen Zwecks hat es auch ermöglicht, das Sonderhaftstatut, die Hochsicherheitstrakte, die eklatanten Beschneidungen von Verteidigungsrechten, die in Wahrheit Teil einer politischen Feindbekämpfung sind, als nun einmal unabdingbar nötiges Sicherheitskonzept gegen "gefährliche Gewaltkriminelle" darzustellen. Der wirkliche Zweck schimmert auch immer wieder in den einschlägigen Entscheidungen der Gerichte, vor allem der für dieses Verfahren gebildeten Sonderjustiz, durch. Eines der krassen Beispiele sind zwei Beschlüsse der Strafvollstreckungskammer Lübeck, mit denen das Verbot jeglichen Briefkontakts zwischen RAF-Gefangenen abgesegnet wurde. In dem einen Beschluß vom 9.12.1983 heißt es:

Die Beteiligten haben, solange sie die Spielregeln bestimmten, erheblich lange Grenz- und Strafverfolgungsbehörden genarrt. Sie werden erkennen müssen, daß sich die Verhältnisse geändert haben und der Rechtsstaat und seine Verfassung einschließlich der Grundrechtsordnung wehrhafter sind, als es mitunter den Anschein hat."

Die jetzige CDU/CSU/FDP-Regierung und die Bundesanwaltschaft sind dabei, die Taktik der Kriminalisierung als "kriminelle" oder "terroristische" Vereinigungen und als Gewaltkriminelle und die Anwendung von Haftverschärfungen auf immer größere Teile der Bewegung in der Bevölkerung auszudehnen, die sich auch nur gegen z.B. Raketenstationierung, Kernkraftwerke, Stadtzerstörung oder Startbahn West richten.>>

Quellenhinweis: Rebmann, Terrorismus und Rechtsordnung, in: Dt. Richterzeitung 1979, S. 363ff.; Hansen, Peinecke, Reizentzug und Gehirnwäsche in der BRD, 1982; Rambert, Binswanger, Bakker Shut, Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht, 1983; div. Bundesgesetzblätter – (mis)

ARBEITSSTUDIE



Baustelle von Steineklopfen – (frü)

Betriebsratswahlen Hoesch

VERLUSTE DER RECHTEN – GEWINNE DER IG METALL

Die unten abgedruckten Dokumente und Ergebnisse der Betriebsratswahlen bei Hoesch Dortmund erlauben noch keine Aussage über den Verlauf der Betriebsratswahlen 1984 insgesamt. Das wird erst nach Abschluß der Wahlen Ende Mai und aufgrund der von den Gewerkschaften dann vorgelegten Auswertungen möglich sein. Dennoch sind die Wahlen bei Hoesch von Interesse, weil es sich um einen Konzern in der "Krisenbranche" Stahl handelt, der zudem in den letzten Jahren 10000 Beschäftigte entlassen hat und dessen Rationalisierungsprogramm auch nach Aussagen aller Kapitalistenorgane einzigartig ist (siehe S. 39 oben). In der Produktivität steht Hoesch inzwischen an der Spitze der Stahlkonzerne Westeuropas. Die Massenentlassungen, Werksschließungen usw., die der Hoesch-Konzern in den letzten Jahren vorgenommen hat, sind zwar von Protestaktionen der Belegschaft begleitet gewesen, dennoch konnte der Konzern sein Rationalisierungsprogramm im wesentlichen durchsetzen.

Im Ergebnis der Betriebsratswahlen steht die IG Metall gestärkt da, und rechte Spalterlisten haben verloren. Das ist erfreulich. Es deutet darauf hin, daß mit dem Bonner Regierungswechsel und dem forcierten Sozialabbau die Position des CMV

zunächst schwieriger geworden ist, die soziale Demagogie um die "Familie", um die "Beteiligung am Produktivvermögen" und für die Zusammenarbeit von "Kapital und Arbeit" weniger Resonanz findet – zumindest in Industriegebieten, wo die Bindungen des Lohnarbeiters durch Familie, Haus und Boden eher geringer sind als in ländlichen Gebieten.

Andererseits hat die IG Metall die Wahlen ohne Forderungen gegen die Hoesch-Kapitalisten bestritten – wenn man von der Forderung nach "Erhaltung des Stahlstandortes Dortmund" und "Bau eines Ersatzstahlwerkes" absieht, Forderungen, unter denen kein fester Zusammenschluß der Belegschaft möglich ist und die längst von der Konzernleitung gestrichen sind. Außerdem hatte die IG Metall in den letzten Jahren den Kampf gegen die Abwälzung der Stahlkrise auf die Stahlarbeiter mit Forderungen zur Stärkung der westdeutschen Stahlkonzerne, gegen die anderen westeuropäischen Stahlkonzerne verbunden, also direkt Chauvinismus propagiert. Dagegen gab es keine nennenswerten IGM-Initiativen z.B. gegen die Schichtarbeit, die Überstunden, die Kurzarbeit und die dauernden Lohnsenkungen in der Stahlindustrie.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen drückt das Wahlergebnis vermutlich eine Stärkung der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften aus, der es gelungen ist, die Opposition gegen die Politik des Hoesch-Konzerns wie gegen die Regierungspolitik zu sammeln. Daß der Zuwachs der IG Metall auf die Kampagne für die 35-Stunden-Woche zurückgeht, ist eher unwahrscheinlich, gerade nach dem verlorenen Stahlarbeiterstreik 1978/79. – (wom)

Dokumentiert:

BETRIEBSRATSWAHLEN BEI DEN HOESCH-WERKEN DORTMUND

Forderungen der IG Metall

Die IG Metall hat zu den Betriebsratswahlen keine Forderungen formuliert, die der künftige Betriebsrat vertreten soll. Lediglich im Werk Phoenix legten die Vertrauensleute Wahlprüfsteine vor, die im wesentlichen formal waren. Unter den Angestellten rief die IGM zur Wahl ihrer Kandidaten mit einem zentralen Flugblatt auf, in dem u.a. festgestellt wurde:

"Angestellte sind besonders gefordert!

Starke Betriebsräte sind eine unverzichtbare Voraussetzung, um die Probleme der kommenden Jahre im Interesse der Arbeitnehmer bewältigen zu können. Diese Aufgaben liegen vor uns:

Durch die verstärkte Einführung der Datenverarbeitung im Angestelltenbereich dürfen keine weiteren Arbeitsplätze vernichtet werden. Gefährdet sind z.B. durch die automatische Textverarbeitung 1,5 bis 2 Mio. Arbeitsplätze, durch das computerunterstützte Konstruieren (CAD) 250000 bis 400000 Arbeitsplätze.

Personalinformationssysteme, die der Erfassung von Leistung und Verhalten dienen (wie PAISY), müssen verhindert werden.

Es geht um den Erhalt und die Ausweitung von Qualifikation und Einkommen sowie um die Sicherheit der Arbeitsplätze."

Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft – Kampfprogramm der RGO-Betriebsgruppe Hoesch

Angesichts einerseits:

- von über 10000 vernichteten Arbeitsplätzen auf der Hütte seit 1979
- des Abbaus betrieblicher Sozialleistungen (z.B. Weihnachtsgeld für Rentner);
- von 1979 bis 1984 dreimal verschlechterten Sozialplänen, der Vertagung des Stahlwerk-Neubaus auf den Sankt Nimmerleinstag;

angesichts andererseits:

- immer höher steigender Aktienkurse von Hoesch;
- der höchsten Pro-Kopf-Produktion in der Stahlindustrie bei Hoesch;
- der höchsten Zuschußquote an Subventionen innerhalb der gesamten Stahlindustrie bei Hoesch;

sagen wir:

Um die Abwälzung der Krisenlasten auf uns abhängig Beschäftigte endlich zu stoppen, muß Schluß gemacht werden mit der Politik der "Vorleistungen". Das immer wieder als "diesmal aber wirklich letzte, aber nicht zu vermeidende Vorleistung" beschworene Nachgeben gegenüber dem Vorstand – letztes Beispiel: Zustimmung zur Schließung der P4 – ist tatsächlich jeweils eine Niederlage im Kampf zur Verteidigung von Arbeiterinteressen gegen Kapitalinteressen gewesen.

Klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik statt Sozialpartnerschaftskurs, das heißt für uns im einzelnen:

- Kompromißlose Verteidigung aller noch auf der Hütte vorhandenen Arbeitsplätze!
- Keine Kürzung der Richtbelegschaften. Schluß mit den sogenannten Sofortprogrammen, durch die nur getestet werden soll, wie weit sich die Leistungsschraube noch anziehen läßt. Schluß mit der ratierlichen Kurzarbeit, die zur Leistungsverdichtung beiträgt und die spätere Senkung der Richtbelegschaften vorbereitet!
- Jung und Alt gemeinsam! Deshalb: Erhalt der Ausbildungskapazität. Übernahme aller Ausgebildeten nach der Lehre in den erlernten Beruf. Schluß mit der zwangsweisen Verschiebung in den Konzern!
- Arbeitsplätze statt Ausländerhetze! Wir lehnen Abfindungsaktionen auf der Grundlage der "Rückkehrförderung" der Bundesregierung ab!
- Hoesch darf kein Sklavenhändler werden. Deshalb: keine Leiharbeit durch Hoesch!
- Gegen die verstärkte Fremdvergabe von Aufträgen im M-Bereich! Alle Arbeiten auf der Hütte müssen von der Hüttenbelegschaft gemacht werden!
- Gruppenarbeit, Gruppenprämien, neue Zulagenstufe für Angestellte – das sind Stichworte, unter denen ein neuer Rationalisierungsschub durchgeführt wird. Mit ein paar Pfennigen mehr sollen wir selbst zur Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen, zur Leistungsverdichtung geködert werden. Statt Spaltung in zig verschiedene Gruppen gemeinsame, solidarische Lohn- und Gehaltspolitik!
- Betriebsdatenerfassung, neue Rechensysteme, Leistungskontrolle des Einzelnen durch immer umfangreichere rechnergesteuerte Datenerfassung – dazu genaue Auswertung der persönlichen Krankendaten durch den BKK-Computer –, das sind eindeutige Schritte zu einem im Interesse von Hoesch optimal durchsichtigen Personalinformationssystem. Deshalb: Keine Speicherung und Verarbeitung von persönlichen Daten im Zusammenhang mit Produktions-

Kapitalistenpresse:**EINE PERLE UNTER
DEN STAHLKONZERNEN**

"Allein in den letzten zwei, drei Jahren wurde die Arbeit ganzer Stäbe zur Makulatur, als kurz hintereinander die Verhandlungen zwischen Krupp, Klöckner und Salzgitter, zwischen Hoesch und Krupp, zwischen Hoesch und Salzgitter, kurzfristig ergänzt um Klöckner, und schließlich zwischen Thyssen und Krupp scheiterten. Nur einer hat die Zeit konsequent genutzt: Hoesch-Chef Rohwedder:

Als er vor fünf Jahren in den Dortmunder Vorstand einzog, galt Hoesch als erster Pleitekandidat der deutschen Stahlindustrie ... Zwei Jahre zuvor war das einst ruhmreiche Traditionsunternehmen eine – damals heftig beklatschte – Fusion mit dem holländischen Hoogovens-Konzern eingegangen, in der die finanzkräftigeren Niederländer den entscheidenden Einfluß ausübten ...

Um das Diktat der Holländer zu brechen, aber auch um die damals beabsichtigte Fusion von Hoesch und Krupp zur Ruhrstahl AG möglich zu machen, drängte Rohwedder den übermächtigen Partner zum Rückzug ...

Nachdem bereits gut 1,5 Mrd. DM bei Hoesch verloren und aus Holland überwiesen worden waren, drohte er damit, die deutsch-holländische Holding Estel in die Pleite zu treiben, falls die Holländer ihn nicht zu akzeptablen Scheidungsbedingungen würden ziehen lassen.

Das Argument verfiel ... Doch auch im Umgang mit hausgemachten Problemen bewies der gelernte Jurist und Wirtschaftsprüfer, der als Staatssekretär im Wirtschaftsministerium so unterschiedlichen Herren wie Karl Schiller, Hans Friderichs und Otto Graf Lambsdorff gedient hatte, Mut zu harten Maßnahmen. Sozialdemokrat Rohwedder

– kippte gegen den Protest von Belegschaft sowie Stadt-, Landes- und Bundesregierung die Pläne für den Bau eines neuen Stahlwerkes, das nur für Überkapazitäten gesorgt hätte,

– strich die Arbeitsplätze um ein Drittel zusammen und ließ sich die Sozialpläne vom Staat bezahlen, als der noch Geld dafür hatte ...

– lastete seine Anlagen durch geschickten Quotentausch so gut aus, daß trotz des verheerenden letzten Quartals für 1983 am Ende ein ausgeglichenes Ergebnis, vielleicht gar ein leichter Gewinn übrig bleibt.

Mit 25 Millionen DM ist Rohwedder dabei die moribunde Arbed Saarstahl behilflich. Diesen Betrag, den Kaufpreis für eine Profilstahl-Quote, überwies die Saarländer just in der Woche nach Dortmund, als sie sich gegenüber Bund und Land außerstande erklärten, die Novemberlöhne für die Belegschaft zahlen zu können.

Trotzdem sieht Rohwedder seinen Auftrag ("ich soll Hoesch sanieren") noch längst nicht erfüllt. Um langfristig zu überleben, muß der Konzern stärker diversifizieren ..." (Manager-Magazin 12/1983)

und Arbeitsplatzdaten!

- Schluß mit der Überstundenschinderei im Kaltwalzwerk! Normalarbeitszeit von Montag bis Freitag muß so bezahlt werden, daß sie unseren Lebensunterhalt sichert!
- Über 50 Mio. DM hat die Hütte 1983 durch Kurzarbeit "gespart" – deshalb: Wenn Kurzarbeit nicht überhaupt verhindert wird – Hoesch muß zahlen, 100 Prozent Ausgleich bei Kurzarbeit!
- Auf ewig "rote Zahlen", immer am Rande des Konkurses – so sieht die Zukunft einer aus der Hoesch-Werke ausgegliederten und vom Grundbesitz und sonstigen Vermögen beraubten Hoesch Stahl AG aus. Deshalb: keine Ausgliederung des Stahlbereiches, Verbleib in der Hoesch Werke AG!
- Vage Zusagen über die "beharrliche Weiterverfolgung des modernen Ersatzstahlwerkes" helfen nichts. Das hat die Vergangenheit gezeigt. Der für die Belegschaft notwendige Bau des Stahlwerkes auf der Westfalenhütte kann nur durch den Kampf der Belegschaft selbst durchgesetzt werden!
- Erhalt und Sicherung der P1 auf der Union! Das heißt: kein Abbau der vierten Schicht auf Union. Durchführung der Investition Hubbalkenofen sofort!

Über die genannten betrieblichen Punkte hinaus ist eine klassenkämpferische Orientierung der Gewerkschaftspolitik allgemein notwendig. Nicht in "Sozialpartnerschaft" mit den Kapitalisten, sondern nur im entschiedenen Kampf gegen sie lassen sich unsere Interessen durchsetzen – dazu gehört:

- 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Um dies durchzusetzen, müssen die insbesondere hier im Ruhrgebiet für die gewerkschaftliche Kampfkraft entscheidenden Stahlbelegschaften in den Kampf miteinbezogen werden!
- Das gesetzliche Verbot der Aussperrung ist angesichts der Drohungen der Kapitalistenverbände, bei Streik auszusperrern, notwendig!
- Gesetzliches Rentenalter für Stahlarbeiter 55 Jahre – bei voller Rentenzahlung!
- Verstaatlichung der Stahlindustrie mit Garantie für alle Arbeitsplätze! Diese Forderung kann nur im konsequenten Kampf gegen die Konzernherren, Banken und ihre Regierung durchgesetzt werden.

Forderungen der Listenverbindung DAG/CMV (Westfalenhütte):

In einem Flugblatt zur Betriebsratswahl forderten DAG/CMV

unter anderem:

- Verkürzung der Lebensarbeitszeit anstelle der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit,
- Beteiligung der Arbeiter am Produktivkapital durch Einführung des Beteiligungslohnes.

Ergebnisse der Betriebsratswahlen

Im Werk Westfalenhütte, wo eine gemeinsame Wahl von Arbeitern und Angestellten stattfand und neben der IGM-Liste die Liste von DAG/CMV zur Wahl stand, erreichte die IGM 31 von 32 Betriebsratssitzen; DAG/CMV büßten gegenüber den Wahlen 1981 einen Sitz ein.

Im Werk Phoenix wählten Arbeiter und Angestellte gemeinsam; zur Wahl stand nur die Liste der IGM, auf der auch zwei Mitglieder der DAG vertreten waren. Bei dieser Persönlichkeitswahl kamen u.a. Mitglieder der Vertrauensleutkörperleitung in den Betriebsrat, die die sozialpartnerschaftliche Politik der bisherigen BR-Mehrheit kritisiert hatten.

Im Werk Union standen zwei Listen, IGM und RGO, zur Wahl. Die bisherigen RGO-Betriebsräte hatten vergeblich versucht, eine gemeinsame Liste mit den Kandidaten der IGM zu erreichen. Die RGO-Liste erhielt 25% der Arbeiterstimmen und damit etwa 7% weniger als 1981, aber wie bisher drei Mandate. Bei den Angestellten erreichte die IGM fünf, die DAG einen Sitz.

Stellungnahmen zum Wahlausgang

Die IGM wertet die Betriebsratswahlen bei Hoesch als eindeutigen Erfolg. "Das Ergebnis ist eine Bestätigung für die Arbeit des Betriebsrates in den vergangenen drei Jahren ... Das bedeutet für den Betriebsrat den Auftrag, weiterzumachen mit dem Ziel, den Stahlstandort Dortmund zu sichern ..." (WAZ, 6.4.84)

Die KPD wertet das Wahlergebnis als "Abfuhr für die Rechten – Stabilisierung der linken Kräfte". Zu den Verlusten der RGO-Liste bei Union heißt es im "Roten Morgen" (13.4.84): "Vom Grundsatz her eine Stabilisierung des Einflusses der RGO. Gründe für die leichten Verluste liegen unter anderem in der Reduzierung der Arbeiterbelegschaft seit 1981 von 3600 auf jetzt nur noch 1460 ... Ausscheiden aktiver jüngerer Kollegen durch Abfindungsaktionen, älterer durch Sozialplan sowie in den letzten Monaten Umsetzungen von der Westfalenhütte nach Union taten ein übriges, daß das jetzige Ergebnis niedriger ausfiel als 1981 ..."



Noch mehr Wehrpflicht?

Verlängerung der Wehrdienstzeit von 15 auf 18 Monate, Überprüfung der "Tauglichkeits"-Kriterien mit der festen Absicht, die Zahl der zum Wehrdienst Rekrutierten zu erhöhen, mehr Frauen in die Bundeswehr – noch in diesem Sommer will die Bundesregierung ihre Pläne zur Ausweitung der Wehrpflicht und zur

weiteren Stärkung der Militärmacht der BRD endgültig bekanntgeben. Die SPD opponiert gegen die Werbung von Frauen und deutet an, bei allen anderen Plänen mitwirken zu wollen. Organisationen wie z.B. die Verbände der Kriegsdienstverweigerer haben dagegen bereits heftigen Widerstand gegen dieses Programm angekündigt.

Imperialistische Politik im südlichen Afrika

Die westeuropäischen Imperialisten betrachten den ganzen afrikanischen Kontinent als ihren natürlichen Hinterhof. Der CDU-Politiker Müller sprach kürzlich von Afrika als "dem weichen Unterleib Europas". Das südliche Afrika ist für die Imperialisten dabei von besonderer Bedeutung: als größter Rohstofflieferant, als Markt, als Kapitalanlagesphäre, für die Sicherung ihrer Handelswege. Im Zusammenhang mit der Kritik der Rolle der westeuropäischen Imperialisten setzen sich die Politischen Berichte mit früher vertretenen Theorien über die angeblich besonders gefährliche Rolle der Sowjetunion im südlichen Afrika auseinander.



Kampf gegen Luftverpestung

Der Mannheimer Gemeinderat hat innerhalb eines halben Jahres seine dritte Sondersitzung zum Thema Luftverschmutzung abgehalten, ohne auch nur einen Schritt dagegen beschlossen zu haben. Lediglich die Neuansiedlung einer Zementmühle lehnt er ab. Mehrfach wurde inzwischen wissenschaftlich nachgewie-

sen, daß ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Luftverpestung in Mannheim und dem überproportionalen Auftreten von Atemwegserkrankungen und Krebs besteht. Daß Mannheim wenigstens zum "Belastungsgebiet" erklärt wird, verhindert die Gemeinderatsmehrheit von SPD und CDU auf Geheiß der IHK bisher erfolgreich.

VR China: Wie entwickelt sich die Lage der Arbeiter?

Ein modernes, starkes China propagiert die chinesische Regierung als Ziel ihrer Wirtschaftspolitik. Zur Erreichung dieses Ziels hat sie weitgehend Grundsätze der früheren Wirtschaftspolitik fallengelassen, nicht mehr selbständige, dezentrale und kollektive Wirtschaftsentwicklung, sondern Förderung selbständiger Bauern und Investitionen mit ausländischer Unterstützung in Wirtschaftszentren zwecks Steigerung der Produktion ist die Devise. Die Vorteile einer solchen Politik kommen vor allem der Intelligenz und den reichen Bauern in den entwickelten Landesteilen zu gute. Unter welchen Verhältnissen leben die, die die Produktion steigern müssen?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:
Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.
Politische Berichte sowie ein Nachrich-

tenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57
Postscheckkonto Köln,
Konto-Nr. 104 19-507
Bankleitzahl 370 100 50

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 2–12): Rüdiger Lötzer; für Spezialberichte (S. 13–17): Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional (S. 18–27): Günter Baumann; für Auslandsberichterstattung (S. 28–33): Wolfgang Müller; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 34–37): Angela Lux; für Sozialstatistik (S. 38/39): Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.